

Das Parlament

Berlin, Montag 19. Dezember 2011

www.das-parlament.de

61. Jahrgang | Nr. 51/52 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Ein Mann für die Attacke

Patrick Döring Beim zweiten Mal hat es geklappt: Patrick Döring wird neuer FDP-Generalsekretär, nachdem Christian Lindner am Mittwoch überraschend zurückgetreten war.



Kurz später stellte Parteichef Philipp Rösler seinen Hannoveraner Parteifreund (38) als designierten Nachfolger vor. Den Wunschposten hatte der Verkehrsexperte der FDP-Bundestagsfraktion schon vor zwei Jahren angestrebt – der damalige Parteichef Guido Westerwelle entschied sich jedoch für Lindner. Der Bundesschatzmeister und Fraktionsvize der FDP sitzt seit 2005 im Bundestag, gilt als gesellig und teamorientiert, aber auch als Mann klarer Worte. Vom massigen und aggressiven Döring erhoffen sich die angeschlagenen Liberalen mehr Aufmerksamkeit in der politischen Landschaft. „Alle müssen nun an einem Strang ziehen“, gab der Diplom-Ökonom derweil als Parole aus. kru ||

ZAHLE DER WOCHE

54,4

Prozent der FDP-Mitglieder haben in der parteiinternen Abstimmung für den Kurs der Parteiführung votiert, die den permanenten Euro-Rettungsschirm ESM unterstützt. Der Antrag des Euro-„Rebellen“ und Bundestagsabgeordneten Frank Schäffler erhielt nur 44,2 Prozent. Allerdings wurde beim Mitgliederentscheid das zur Gültigkeit nötige Ein-Drittel-Quorum aller Parteimitglieder mit 31,6 Prozent knapp verfehlt.

ZITAT DER WOCHE

»Auf Wiedersehen.«

Christian Lindner, ehemaliger FDP-Generalsekretär, am Ende seiner Rücktrittserklärung am vergangenen Mittwoch. Nach seinem kurzen Statement in der Berliner Parteizentrale der Liberalen konnten keine Fragen mehr gestellt werden.

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK

Deutsche Einheit Debatte zum Jahresbericht der Bundesregierung Seite 4

EUROPA UND DIE WELT

EU-Gipfel Kanzlerin Merkel unterrichtet das Parlament Seite 8

WIRTSCHAFT & FINANZEN

Klimagipfel Regierungserklärung zu den Beschlüssen von Durban Seite 12

KULTUR UND MEDIEN

Kulturerbe Debatte über ausstehende Ratifizierung der Unesco-Konvention Seite 13

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Zusatzzahl 67

RENTE Ab Januar verschiebt sich die Regelaltersgrenze. SPD und Linke können dies nicht stoppen

W eihnachten, das Fest der Familie, naht und das muss nicht immer ein Grund für Harmonie sein. In vielen Wohnzimmern herrscht schon jetzt gereizte Stimmung. Und wenn man den Plenarsaal des Bundestages als das Wohnzimmer der Berliner Abgeordneten-Familie betrachten will, dann macht auch dieses in Sachen fehlender Harmonie keine Ausnahme. Da droht Linken-Fraktionschef Klaus Ernst der Bundesregierung schon mal mit der Rute. Umgekehrt wirft Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) der Linken sichtlich wütend vor, „betonhart in der Vergangenheit zu leben“ und aktuelle Entwicklungen nicht sehen zu wollen. Kurz vor dem Start der Rente mit 67 am 1. Januar war die Stimmung am vergangenen Donnerstag gereizt wie immer bei diesem Thema. Gegenstand der Bundestagsdebatte war eine Große Anfrage der Fraktion Die Linke (17/5106) und die Antwort der Bundesregierung (17/7966) darauf. Während Die Linke in ihrer Anfrage die Anhebung des Rentenalters als „unvertretbares Risiko für Jung und alt“ bewertet, betont die Regierung in ihrer Antwort, die Entscheidung von damals bleibe auch heute richtig. Entlang dieser Fronten bewegte sich im Wesentlichen auch die Diskussion, die Grünen und die SPD standen mit ihren Positionen irgendwo dazwischen.

Vor allem für die SPD verwundert das nicht, hat sie doch 2007 in der Großen Koalition die Rente mit 67 beschlossen. Ab Januar wird es also ernst für die ersten Neu-Rentner. Sie müssen einen Monat länger arbeiten, um abschlagsfrei in Rente gehen zu können. Bis 2029 wird auf diese Weise das Renteneintrittsalter schrittweise angehoben. Ab Jahrgang 1964 gilt dann generell das Einstiegsalter von 67 Jahren.

Zu viele Arbeitslose Mit ihrem jüngsten Parteitag-Beschluss, die Rente mit 67 auszusetzen, bis mindestens 50 Prozent der 60- bis 64-Jährigen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, hat die SPD aus eigener Sicht jedoch keinen Kurswechsel vollzogen. Sie argumentiert mit der sogenannten Überprüfungsklausel des betreffenden Gesetzes, die besagt, vor dem Hintergrund der aktuellen arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Situation Älterer zu entscheiden, ob die Rente mit 67 tatsächlich eingeführt werden soll. Und bei deren Bewertung scheiden sich erheblich die Geister.

„Sie haben von der sozialen Lage der Menschen in diesem Land überhaupt keine Ahnung“, warf SPD-Arbeitsmarktexpertin Elke Ferner der Regierung vor. Nur jeder Fünfte



Die Rente liegt für dieses Baby noch in weiter Ferne. Wie weit, lässt sich noch gar nicht abschätzen. Denn ob die 67er-Grenze das letzte Wort ist, ist nicht sicher

sei vor dem Renteneintritt versicherungspflichtig beschäftigt, ein Viertel der Menschen dagegen arbeitslos. Deshalb sei es unverantwortlich, bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik Milliarden zu kürzen und so die Chancen Älterer auf einen Job massiv einzuschränken. Sie forderte, Zeiten der Langzeitarbeitslosigkeit für die Rentenberechnung stärker zu berücksichtigen und die Bedingungen für den Erhalt einer Erwerbsminderungsrente zu verbessern.

Wenn man bis 67 arbeiten soll, müssten bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein, betonte Klaus Ernst (Die Linke). Dazu gehöre, „dass man mit 64 Jahren überhaupt noch Arbeit hat“. Derzeit seien aber nur knapp neun Prozent der 64-Jährigen in Deutschland in Vollzeit erwerbstätig. Für 90 Prozent der Menschen bedeute die Anhebung des Renteneintrittsalters deswegen nichts anderes als eine „äußerst brutale Rentenkürzung“.

»Wir machen keine Rolle rückwärts. Wir bleiben standfest.«

Ursula von der Leyen (CDU)

Ursula von der Leyen interpretierte die Arbeitsmarktlage Älterer ganz anders. Man könne doch nicht leugnen, dass sich die Situation Älterer in den vergangenen Jahren deutlich verbessert habe. In den letzten zehn Jahren habe sich die Erwerbstätigenquote der 60- bis 64-Jährigen verdoppelt, so der Einwand der Ministerin. Es sei ein Gebot der Fairness den Jungen gegenüber, das Renteneintrittsalter anzuheben. „Europa ist ein Kontinent des langen Lebens und darauf müssen wir reagieren. Wir machen keine Rolle rückwärts“, verteidigte die Ministerin den Start der Rente mit 67.

Heinrich Kolb (FDP) fragte die SPD in Bezug auf die Überprüfungsklausel des Gesetzes: „Was haben Sie denn damals erwartet, wie sich die Erwerbslage der Älteren entwickeln würde?“ Immerhin sei die Erwerbstätigenquote der Älteren und auch das Renteneintrittsalter in den letzten Jahren erheblich gestiegen.

Wolfgang Strengmann-Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen) wie auch Elke Ferner forderten flexiblere Übergänge in die Rente. Außerdem müsse das Erwerbsleben so gestaltet werden, dass man gesund länger arbeiten könne. Er warb für eine „Grüne Garantierente“, die den Menschen nach 30 Versicherungsjahren ein Niveau über der Grundsicherung garantieren soll.

Versuch gescheitert Karl Schiewerling (CDU) wies schließlich darauf hin, dass die Akzeptanz der Rentenversicherung so groß wie nie zuvor sei. Deshalb müsse man die Stellschrauben auch für die Zukunft der Rentenversicherung richtig stellen, warnte er. Eine Anhebung der Beiträge, eine Absenkung des Sicherungsniveaus oder eine Erhöhung des Bundeszuschusses seien jedoch keine ernsthaften Alternativen zur Rente mit 67.

Deshalb geht es damit nun wie geplant im Januar los. Der Versuch von SPD und Linken, dies mit zwei Entschließungsanträgen (17/8150; 17/8151) noch zu verhindern, scheiterte an der Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen. Claudia Heine ||

EDITORIAL

„Sischä“ in die Zukunft

VON JÖRG BIALLAS

Früher war die Sache einfach. Was immer passieren möge: „Die Rende is sischä“, pflegte Norbert Blüm bei jeder Gelegenheit zu betonen. Und die Menschen im Land haben dem CDU-Sozialpolitiker und Arbeitsminister geglaubt. Bis eines Tages offensichtlich wurde: Die staatliche Rente ist eben doch nicht so sicher, dass sie ein sorgenfreies Dasein nach dem Erwerbsleben garantieren kann.

Private Altersvorsorge hieß fortan das Zauberwort. Wer es mit seinem Einkommensverhältnis irgendwie vereinbaren konnte, versuchte Geld zurückzulegen: Immobilien, Lebensversicherungen, Aktienfonds. Staatliche Förderprogramme schufen Anreize, einer finanziellen Notsituation im Alter vorzubeugen. Bis dann die weltweite Wirtschaftskrise mit grausamer Wucht das Gefühl der Sicherheit zerschlug und die prognostizierten Renditen zusammenschmelzen ließ.

Geblieben ist die Sorge um die Zukunft. Die regelmäßige persönliche Prognose des staatlichen Rentenversicherers wird in den meisten Fällen nicht mit dem aktuellen Lebensstandard in Einklang zu bringen sein. Wenn dann auch noch die individuelle Vorsorge vor den Gesetzen der Finanzmärkte kapituliert, ist die Versuchung groß, das Rentensystem in Bausch und Bogen zu verdammen.

Das wäre fatal. Vielmehr geht es darum, den Solidarvertrag der Generationen dauerhaft zu unterhalten. Die regelmäßige persönliche Prognose des staatlichen Rentenversicherers wird in den meisten Fällen nicht mit dem aktuellen Lebensstandard in Einklang zu bringen sein. Wenn dann auch noch die individuelle Vorsorge vor den Gesetzen der Finanzmärkte kapituliert, ist die Versuchung groß, das Rentensystem in Bausch und Bogen zu verdammen.

Etwa die: Wie hilfreich ist es, das Eintrittsalter auf 67 Jahre zu erhöhen, wenn derzeit viele Erwerbstätige vorfristig ausscheiden, weil der Arbeitsmarkt ihnen bis zur Rente keinen Job bietet? Jedoch: Warum sollte eine Gesellschaft, die immer gesünder immer älter wird, nicht länger arbeiten?

Auch: Ist es gerecht, bei den Rentenzahlungen weiterhin zwischen Ost und West zu unterscheiden? Obwohl: Wäre es nicht ebenso ungerecht, in Kenntnis der enormen Aufwendungen für Senioren in den neuen Ländern und deren Einkommenssicherung seit der Wende noch mehr Geld einzusetzen? Darüber wird, darüber muss die Politik im Gespräch bleiben. Weil es eine der vorrangigen Aufgaben des Staates ist, jedem Bürger das Alter in Würde zu ermöglichen. Das meinte Norbert Blüm, als er sagte: „Die Rende is sischä.“

Einheitliche Praxis noch nicht in Sicht

RENTENRECHT Alle wollen neue Ungerechtigkeiten vermeiden. Darüber hinaus bleibt vieles unklar

Es bleibt ein heißes Eisen, das alle Beteiligten nur mit spitzen Fingern anfassen: die Schaffung eines bundeseinheitlichen Rentenrechts. Das wurde während der Bundestagsdebatte am vergangenen Freitag deutlich, als drei Anträge der Opposition und eine Große Anfrage an die Regierung zu diesem Thema zur Diskussion standen. Verwunderlich ist die Vorsicht nicht. Fast unüberschaubar ist die Gemengelage aus unterschiedlichsten Interessen und Sonderfällen. Maria Michalk (CDU) hatte dafür die richtigen Zahlen parat: Neben der gesetzlichen Sozialversicherung mussten im Zuge der Wiedervereinigung allein 27 Zusatzversorgungs- und fünf Sonderversorgungssysteme der DDR in bundesdeutsches Rentenrecht überführt werden. Unter letztere fallen zum Beispiel auch Mitarbeiter der DDR-Staatsicherheit, die man nicht weiter privilegieren wollte. Gleichzeitig mussten Ansprüche aus den „normalen“ berufsständischen Zusatzversicherungen „überführt“ werden.

Gefühlte Ungerechtigkeiten Da der „Teufel hier im Detail“ steckt, wie es Iris Gleicke (SPD) formulierte, konzentriert sich die öffentliche Debatte meist auf die unterschied-

liche rentenrechtliche Bewertung der Einkommen in Ost und West. Die Höherwertung der Ost-Einkommen, geregelt im Rentenüberleitungsgesetz (RÜG) von 1991, sollte die damals drastischen Einkommensunterschiede zumindest für die Rentenberechnung ausgleichen. Doch diese Höherwertung existiert nach wie vor, was vor allem bei Westdeutschen für Unmut sorgt. Ostdeutsche dagegen ärgern sich über den immer noch niedrigeren Rentenwert-Ost. Dieser Faktor ist Teil der Rentenberechnung und liegt im Westen der Republik höher. SPD und Linke fordern in ihren Anträgen (17/6486, 17/6487, 17/7034) eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe, um die Rentenüberleitung abschließend zu klären. Die SPD fordert außerdem einen „Härtefallfonds“ für Betroffene, deren Ansprüche aus DDR-Zeiten nicht mehr rentenpolitisch zu klären sind. Darüber hinaus verlangt sie eine Angleichung pauschal bewerteter Versicherungszeiten wie Zeiten der Kindererziehung. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Hans-Joachim

Fuchtel, lehnte eine Arbeitsgruppe ab. Es sei naiv zu glauben, ein solches Gremium könne die differenzierten Probleme lösen, sag-

te er. Eine konkrete zeitliche Perspektive für ein einheitliches Rentenrecht nannte er nicht. Gleicke (SPD) nannte dagegen das Auslaufen des Solidarpaktes II 2019 als zeitliches Orientierungsfenster. Bis dahin müssten die Einkommensunterschiede ausgeglichen werden, dann sei auch die Höherwertung der Einkommen hinlänglich. Martina Bunge (Die Linke) kritisierte, dass die Regierung noch immer keinen Zeitplan für die Angleichung vorgelegt habe und forderte einen einheitlichen Rentenwert für Ost und West. Dem schloss sich auch Wolfgang Strengmann-Kuhn (Die Grünen) an – allerdings eingeschränkt. Denn er verlangte für den Fall ein gleichzeitiges Ende der Höherwertung der Ost-Einkommen. Das lehnt die Linke ab. Heinrich L. Kolb (FDP) wies darauf hin, dass die Ost-West-Angleichung der Löhne zwar stagniere, dass es aber mittlerweile bundesweit regionale Lohnunterschiede jenseits der Ost-West-Marke gebe, woraus wiederum neue Verteilungsfragen entstünden. che ||

Parlamännchen
Politik für Kinder

Rente

Erst geht man in die Schule, dann lernt man einen Beruf, danach geht man arbeiten. Ob als Krankenschwester, Baggerfahrer oder Lehrer – man bekommt für seine Arbeit einmal im Monat Geld. Davon muss man alles bezahlen, die Wohnung, das Essen, die Kleidung. Und außerdem gibt man jeden Monat etwas Geld an den Staat. Wenn man alt ist, hört man auf zu arbeiten. Und jetzt bekommt man einmal im Monat Geld vom Staat zurück. Das nennt sich dann Rente. Menschen, die Rente bekommen, nennt man deswegen auch Rentner. Eure Omas und Opas sind meistens schon Rentner. In Deutschland gibt es sehr viele Rentner. Viel mehr, als es Kinder und Jugendliche gibt.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 2 und 3 und unter: www.bmas.de/DE/Themen/Rente

GASTKOMMENTARE

RENTE MIT 67 VERSCHIEBEN?

Nicht vor 2020

PRO



Ulrike Herrmann
»die tageszeitung«

Schon der Titel ist zynisch: „Rente mit 67“. Denn er impliziert, dass die meisten Beschäftigten bis zur offiziellen Altersgrenze arbeiten würden. Doch nichts ist ferner der Realität. Viele Deutsche gehen sehr früh in den Ruhestand. Von den 60- bis 64-jährigen arbeiten ganze 26,4 Prozent – und viele davon Teilzeit. Eine echte Vollzeitstelle bekleiden nur 18,7 Prozent. Die meisten Beschäftigten scheiden dabei nicht etwa freiwillig aus dem Berufsleben aus. Sie sind krank oder arbeitslos. Wenn ab 2012 das Rentenalter schrittweise auf das 67. Lebensjahr verschoben wird – dann wird damit faktisch nur die Rente gekürzt. Dabei ist die Rente mit 67 eigentlich eine richtige Idee, denn die Deutschen leben immer länger – und sie sind auch länger gesund. 1960 wurde die Rente bei den Männern durchschnittlich 9,6 Jahre ausbezahlt. Heute sind es mehr als 15 Jahre. Zudem wachsen immer weniger Junge nach, die diese Renten zahlen sollen. Doch ist die Rente mit 67 nur gerecht, wenn die Älteren auch einen Job finden. Die Lebensarbeitszeit darf also erst verlängert werden, wenn Vollbeschäftigung herrscht. Das mag utopisch klingen, doch ist diese Zeit nicht mehr fern. Das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung hat kürzlich berechnet, dass das „Erwerbspersonenpotenzial“ bis 2025 um 3,6 Millionen Menschen sinken wird. Denn die Babyboomer verlassen den Arbeitsmarkt, während nur wenige Jugendliche nachdrängen. Dann werden alle gebraucht, auch die Älteren. Die Frage ist also nicht, ob man die Rente mit 67 einführen sollte – sondern wann. Sie sollte auf das Jahr 2020 verschoben werden. Denn dann haben die Arbeitnehmer tatsächlich eine Chance, dass sie ihren Beruf bis zur Rente ausüben können.

Falsche Ermunterung

CONTRA



Peter Thelen
»Handelsblatt«

Viele der Argumente der Befürworter einer Verschiebung der Rente mit 67 stimmen. Es ist wahr, dass immer noch viel zu viele vor 65 in Pension gehen. Sehr viele Unternehmen haben sich noch nicht auf die Alterung ihrer Belegschaften eingestellt. Wie sich dadurch die Arbeitsbedingungen verändern müssen, ist immer noch zu oft nur Gegenstand von Sonntagsreden. Dies gilt auch für die Wertschätzung Älterer. So manch ein Endfünfziger beispielsweise hat schon die Erfahrung machen müssen, dass ansonsten ganz sauber tickende Kollegen ihn aufforderten, doch Altersteilzeit zu nehmen, nur weil er es gewagt hatte, Kritik zu äußern. Hier bleibt noch viel zu tun. Doch würde eine Verschiebung auch alle die entmutigen, die sich auf den Weg gemacht haben, die Erwerbsgesellschaft zu Gunsten der Älteren zu verändern, und zugleich diejenigen ermuntern, die besten wie vor ihre Personalprobleme am liebsten über Vorruhestandsregelungen lösen würden. Frei nach der Devise „einmal verschoben immer verschoben“. Genau das aber darf nicht passieren. Die Rente mit 67 ist wichtig, nicht so sehr wegen der Rentenversicherung, die nur um 0,5 Beitragspunkte entlastet wird, sondern weil Wirtschaftswachstum in alternen und schrumpfenden Bevölkerungen nur über längere Erwerbszeiten und höhere Erwerbsbeteiligung möglich bleibt. Und Hand aufs Herz: Um einen Monat soll die Altersgrenze ab den kommenden Jahr jährlich steigen, ab 2022 wird das Tempo auf zwei Monate pro Jahr erhöht. Es bleibt also noch Zeit, die Reißleine zu ziehen, sollte sich wirklich zeigen, dass die sozialen Härten einer steigenden Altersgrenze zu groß sind.

Mehr zum Thema auf den Seiten 1 bis 3
Kontakt: gastautor@das-parlament@bundestag.de

Herr Schaaf, im Januar geht es los, dann startet die Rente mit 67, die Franz Müntefering als Arbeitsminister der Großen Koalition durchgesetzt hat. Dieser nannte die Pläne der SPD zur Aussetzung des Projektes schon im vergangenen Jahr „unredlich“. Verstehen Sie die Kritik?

Wenn er damit meint, dass wir die demografische Entwicklung unserer Gesellschaft nicht negieren können, dann hat er Recht. Die Frage, ob man 2012 anfängt, ein höheres Renteneintrittsalter einzuführen, ist eine andere. Das ist der Unterschied, den man machen muss. Wir sind mehrheitlich der Meinung, dass man es jetzt nicht machen kann. Aber wir denken nicht, dass man es gar nicht machen sollte.

Wir leben ja auch länger und gesünder und können dann doch auch länger arbeiten, oder?

Neueste Statistiken besagen, dass insbesondere Geringverdiener eine mittlerweile geringere Lebenserwartung haben. Das sind die, die weniger vorsorgen können, die schlecht entlohnt werden. Für die ist die Rente mit 67 dann tatsächlich eine Verkürzung von Rentenzeit.

Die SPD will die Rente mit 67 aussetzen, bis die Erwerbstätigenquote bei den 60- bis 65-Jährigen mindestens 50 Prozent beträgt. Nun wusste man um die sehr geringe Erwerbstätigenquote Älterer schon 2007, als der Beschluss gefasst wurde.

Deswegen gibt es in dem jetzt gültigen Gesetz eine Überprüfungs Klausel. Die besagt, dass man vor dem Hintergrund der arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Situation der Älteren entscheidet, ob man die Rente mit 67 im Jahr 2012 einführt. Und da müssen wir feststellen, dass es noch enorme Defizite gibt. Unsere Schlussfolgerung daraus ist nicht, die Rente mit 67 gar nicht zu machen, sondern erst die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Das ist ein längerer Prozess...

Ja, aber man kann die Übergänge gestalten. Zum Beispiel durch eine verbesserte Erwerbsminderungsrente, hier konkret durch den Verzicht auf Abschläge und veränderte Zurechnungszeiten. Es geht aber auch um gleitende Übergänge. Dazu gehört insbesondere die geförderte Altersteilzeit. Das ist eine echte Chance für die, die nicht mehr so gut können, aber auch für die Betriebe, die Menschen sozialverträglich in Rente zu bringen. Da haben wir viel Vertrauen dadurch zerstört, dass wir es einfach haben auslaufen lassen und die Erwerbsminderungsrente im Zusammenhang mit der Rente mit 67 nicht verbessert haben.

Das SPD hat nun das Modell einer „Teilrente“ bei gleichzeitiger Teilzeitarbeit für über 60-Jährige vorgeschlagen. Für wie sinnvoll halten Sie das?

Für Menschen, die normal oder eher wenig verdienen, ist es eigentlich keine gute Option, weil die Ansprüche sich auch reduzieren. Anders sieht es bei denen aus, die gut verdienen und sich das leisten können. Deswegen habe ich nichts dagegen. Aber die Teilrente wirkt wahrscheinlich nicht für die breite Masse von Arbeitnehmern. Da ist eher die Frage der Altersteilzeit, also ein echter gleitender Übergang, relevant.

Löst sich das Problem der mangelnden Erwerbsbeteiligung Älterer vielleicht bald von allein – Stichwort Fachkräftemangel?

Das glaube ich nicht. Der klassische alte Familienunternehmer, der kümmert sich um seine Leute, auch wenn die irgendwann alt und kaputt sind. Aber für diese ganzen Interimsmanager, die quasi alle fünf Jahre an ihren Zahlen gemessen werden, geht es nicht um Arbeitnehmer, sondern um „human capital“. Die gehen da einfach anders mit um. Und da braucht es gesetzliche Schutzmechanismen. Sinnvoll wäre zum

»Es gibt enorme Defizite«

ANTON SCHAAF Der SPD-Politiker über die Bedingungen für die Rente mit 67, Armut im Alter und den „Total-Ausfall“ Riester-Rente



45 Jahre lang gearbeitet und 35 Jahre geriestert hat und dann nicht über 850 Euro Rente kommt, dann stimmt etwas im System gar nicht mehr. Da brauche ich auch keine Zuschussrente. Da stimmt etwas bei den Löhnen, den Beiträgen und den Leistungshöhen in der Rentenversicherung nicht. Mit einer solchen Rente legitimiert man im Nachhinein den Niedriglohnssektor.

Aber selbst Durchschnittsverdiener werden in Zukunft nicht mehr viel Rente bekommen, wenn das Sicherungsniveau von derzeit 51 Prozent auf 45 Prozent im Jahr 2025 absinkt.

Wir haben ein Rentensystem, das auf drei Säulen beruht. Wobei eine im Moment, zumindest für Geringverdiener, ein totaler Ausfall ist, das ist die Riester-Rente. Dann stellt sich aber die Frage: Sollten wir eigentlich in Zukunft ein relativ erfolgloses Instrument weiter fördern, oder können wir die Förderung nicht in die erste Säule der Beitragszahlungen stecken, um Altersarmut zu vermeiden?

Das andere Thema der Woche ist die Ost-West-Angleichung der Renten. Die SPD will ein einheitliches Rentensystem in der nächsten Legislaturperiode durchsetzen. Wie?

Das geht nur einher mit einer ehrlichen Debatte über die Angleichung der Löhne in Ost und West. Es ist nicht in Ordnung, dass es 20 Jahre nach der Einheit noch unterschiedliche Tarifverträge gibt. Wenn man zum Beispiel einen bundesweiten Mindestlohn von 8,50 Euro hätte, dann würde man damit den Verdienst hunderttausender ostdeutscher Arbeitnehmer deutlich anheben. Da wäre allen mitgeholfen: Den Arbeitnehmern, der Rentenversicherung und selbst der Steuerkasse, weil man nicht mehr so viele Aufstocker hätte. Deswegen ist es auch nicht nachvollziehbar, dass man sich dem so verweigert.

Der Transfer des DDR-Rentensystems in das bundesdeutsche Modell wird gemeinhin als Erfolg gewertet. Wo liegen die Schwachstellen?

Man hätte Anfang der 1990er-Jahre gleich ein Rentenüberleitungsabschlussgesetz mitbeschließen müssen, in dem man die vielen komplizierten Einzelfragen sozialpolitisch löst. Denn rentenpolitisch sind die meisten von ihnen nicht mehr zu lösen. Ich habe vorgeschlagen, dafür einen Härtefallfonds einzurichten.

Wem sollte der konkret nutzen?

Zum Beispiel den Geschiedenen der DDR. Wem soll ich denn heute noch, nach all den Jahren, einen Versorgungsausgleich aufdrücken? Der Rentenversicherung? Oder dem ehemaligen Mann? Wie soll das denn gehen? Aber das muss nicht bedeuten, dass es einer ehemals in der DDR geschiedenen Frau schlecht gehen muss. Oder was ist mit der Krankenschwester, die aufgrund der Rentenansprüche, die ihr in der DDR versprochen worden sind, und die sie nun verloren hat, in der Grundsicherung landet? Rentenpolitisch kann man da nichts machen. Aber für beide könnte der Härtefallfonds eine Lösung bieten.

Ist die Höherbewertung der ostdeutschen Einkommen heute überholt?

Nein, noch nicht. Es wäre dann überholt, wenn wir, zumindest in weiten Tarifbereichen, einheitliche Löhne und auch einen gesetzlichen Mindestlohn hätten. Beides gleichzeitig, eine Aufwertung der Renten Ost bei Beibehaltung des Höherwertungs-faktors, ist wohl kaum finanzierbar.

Das Interview führte Claudia Heine.

Anton Schaaf (49) ist rentenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Seit 2002 ist er direkt gewähltes Mitglied des Bundestages.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Geradlinige: Karl Schiewerling

Geradlinigkeit ist eine der Eigenschaften, mit denen sich der Abgeordnete Karl Schiewerling auf seiner Homepage selbst beschreibt. Im Bundestag hatte der arbeitsmarkt- und sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am vergangenen Donnerstag wieder Gelegenheit, dies unter Beweis zu stellen. Da verteidigte der 60-Jährige geübte Essener, der seit 2005 den münsterländischen Wahlkreis Coesfeld/Steinfurt II als direkt gewählter CDU-Abgeordneter im Parlament vertritt, engagiert den Beschluss der früheren Großen Koalition, die Rente mit 67 einzuführen. Dieser bleibe auch heute richtig, sagt Schiewerling im Gespräch in seinem Büro, fügt aber einschränkend hinzu, „wenn die Menschen tatsächlich länger arbeiten können“. Dazu gebe es schon heute viele Initiativen, auch seitens Firmen, „die genau wissen, dass sie gar nicht mehr anders können als Ältere künftig länger zu beschäftigen“. Das derzeitige Abrücken der SPD von der Rente mit 67, die erst vor wenigen Jahren vom sozialdemokratischen Sozialminister Franz Müntefering propagiert und durchgesetzt wurde, hält er für falsch. Die Altersarmut ist ein anderes Rententhema, das Schiewerling bewegt. Hier lautet seine Devise, „denen zu helfen, die alles getan haben, was sie konnten“. Der CDU-Sozialpolitiker will vor allem ältere Frauen unterstützen, die Kinder groß gezogen haben, womöglich ihre Eltern gepflegt und auch private Vorsorge getroffen haben. Sie sollten als Rentner nicht auf soziale Grundsicherung angewiesen sein. Hier unterstützt er Bundessozialministerin Ursula von der Leyen (CDU), die ihre geplante „Zuschussrente“ für langjährige

Versicherte mit Niedriglöhnen an das System der Rentenversicherung statt an die Grundsicherung andocken will. Ursula von der Leyen – sie ist das „soziale Gesicht“ der Koalition – lässt der Unions-Sozialexperte oft den Vortritt: „Ich will, dass wir gemeinsam zum Wohl der Menschen Erfolge haben“, sagt Schiewerling, wissend, dass die wichtige Aufgabe des arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Fraktionssprechers selbst ein hochkarätiger Auf-



»Firmen wissen genau, dass sie gar nicht mehr anders können als Ältere künftig länger zu beschäftigen.«

steigerposten ist. 2009 wurde er von der Fraktionsspitze dazu vorgeschlagen („ich habe nicht gedrängt“), als sein Vorgänger Ralf Brauksiepe (CDU) zum Parlamentarischen Staatssekretär unter Ministerin von der Leyen wurde. Im Arbeits- und Sozialausschuss sitzt Schiewerling seit 2005. Damals kam er ganz ohne Ochsentrout in der Partei in den Bundestag. Eine Überraschung. Denn der langjährige Münsteraner Diözesansekretär des Kolpingwerks hatte außer einigen Jahren als CDU-Ratsherr und Chef der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft in seiner Heimatgemeinde Nottuln keine weiteren Parteistationen bekleidet.

Der gelernte Industriekaufmann, der zunächst beim Mannesmann-Röhren-Werk in Mülheim/Ruhr arbeitete, hatte sich seit 1973 einen Namen als Verbandsvertreter katholischer Organisationen gemacht: als Sekretär beim Verband der Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung, dann beim Bund der Deutschen Katholischen Jugend und zuletzt beim Kolpingwerk Diözesanverband Münster. Hier und nicht in der Partei hat sich Karl Schiewerling sein ganzes (sozial-)politisches Wissen erarbeitet. Der Sohn eines christlichen Gewerkschafters ist geprägt von der Welt der katholischen Verbände und der katholischen Soziallehre. Sie ist auch für Schiewerling Grundlage eigener sozialpolitischer Vorstellungen. So hat er den katholischen Verbänden ermöglicht, von der Leyen das von ihnen entwickelte Rentenmodell vorzutragen. Es sieht eine auch von Millionären und Beamten mitfinanzierte Sockelrente als erste Säule sowie die weiteren Komponenten aus Pflichtversicherung in der Rentenversicherung ergänzt um Betriebsrenten und privater Altersversorgung vor – das wäre eine Umwälzung des deutschen Rentensystems. Aber auch die Katholiken im schwarzen Münsterland müssen lernen, dass „ihr“ Mann in Berlin nicht alles durchsetzen kann. Wie entspannt sich der offen und sympathisch wirkende CDU-Mann vom Politikstress? Krafttraining, Wandern und vor allem Radfahren. „Ich mache in Berlin alles mit dem Fahrrad“, sagt er. Jetzt freut sich der Vater dreier Kinder auf die besinnliche Weihnachtszeit daheim im Haus in Nottuln, wo er mit seiner Ehefrau und ihrer 92-jährigen Mutter wie in einem Mehrgenerationenheim zusammenlebt. Hans Krump

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 X
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(äußer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15,
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi)

Verantwortliche Redakteure
Dr. Bernard Bode (bob)
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ahe), stellv. Cvd
Michael Klein (mik)
Hans Krump (kru), Cvd
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Monika Pilath (mpi)
Annette Sach (as)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Fotos
Stephan Roters

Redaktionsschluss
16. Dezember 2011

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kuhlfeldstraße 4-6
64546 Mörfelden-Walldorf

Anzeigen-/Vertriebsleitung
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Klaus Hofmann (verantw.)
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main

Leserservice/Abonnement
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung Das Parlament
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-42 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: parlament@fs-medien.de

Anzeigenverkauf
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Karin Kortmann
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-43 75
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: karin.kortmann@fs-medien.de

Anzeigenverwaltung, Disposition
Zeitungsanzeigengesellschaft
RheinMainMedia mbH
Andreas Schröder
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-41 33
Telefax (0 69) 75 01-41 34
E-Mail: parlament@rheinmainmedia.de

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unerwartete Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.

Europa nähert sich auch bei der Rente immer weiter an. Zwar unterscheiden sich die Systeme der Alterssicherung in Europa noch immer erheblich voneinander. Doch unter dem zunehmenden Spardruck folgen viele EU-Staaten dem deutschen Beispiel: Immer mehr Länder schicken ihre Arbeitnehmer – oftmals unter Protest – später in Rente. Ein Blick in fünf europäische Länder.



Dänemark Kaum war die neue rote Regierung in Kopenhagen angetreten, musste sie sich auch schon selber eine große Niederlage zufügen.

Nur Wochen nach dem Machtwechsel verabschiedete das Parlament eine Reform des Frührentenversicherungssystems.

Statt wie gehabt schon mit 60 in Rente gehen zu können, soll das Eintrittsalter schrittweise angehoben werden und 2023 bei 64 Jahren liegen. Obwohl die regierenden Sozialdemokraten das nicht wollen. Betroffen ist der sogenannte efterløn, ein steuersubventioniertes Frührentenversicherungssystem, das prinzipiell jedem offensteht, der nicht bis zum offiziellen Pensionsalter von 65 warten möchte. Von Volkswirten war schon lange kritisiert worden, Arbeitnehmer so früh in die Rente zu lassen.

Doch die linken Parteien, die nach der Wahl im September an die Macht kamen, wollten daran ebenso wenig ändern wie die Rechtspopulisten, die die Vorgängerregierung stützten. Die jetzige Staatsministerin Helle Thorning-Schmidt hatte stattdessen im Wahlkampf damit geworben, alle Dänen 12 Minuten mehr arbeiten zu lassen. Kurz vor der Wahl war es der konservativ-liberalen Minderheitsregierung noch gelungen, für die Rentenreform die Sozialliberalen mit ins Boot zu holen. Obwohl diese mittlerweile mit den Sozialdemokraten und der Linkspartei koalieren, haben sie sich nach der Wahl an das Abkommen gehalten und bei den Koalitionsverhandlungen keinen Hehl daraus gemacht, die Reform durchzusetzen. Schließlich stimmten sogar die Sozialdemokraten mit.

In den kommenden Jahren also werden immer weniger Dänen die Möglichkeit haben, sich frührentenieren zu lassen, ohne dass sie arbeitsunfähig sind. Stattdessen wird parallel sogar das gesetzliche Renteneintrittsalter angehoben, und zwar bis zum Jahr 2022 auf 67 Jahre – heute liegt es bei 65. Da die Frührentenversicherung stark eingeschränkt wird, sollte sich das tatsächliche Rentenalter von derzeit 62,3 Jahren dem gesetzlichen schnell annähern.

Der alte Regierungschef Lars Løkke Rasmussen hatte sogar geplant, das Renteneintrittsalter im Einklang mit der Lebenserwartung weiter steigen zu lassen. Heute 30-Jährige hätten demnach arbeiten sollen, bis sie 71 sind. Das kam in der Bevölkerung überhaupt nicht gut an, aber vielleicht ist es diesem Schreckensszenario zu verdanken, dass die etwas schwächere Reform letztlich ohne allzu viel Protest durchgesetzt werden konnte. *Clemens Bomsdorf, Kopenhagen*

Der Autor ist Korrespondent unter anderem für die „Financial Times Deutschland“.



Frankreich Unter dem aktuellen Spardruck beschleunigt Frankreichs Regierung die Umsetzung der Rentenreform, die sie im Herbst 2010 gegen den massiven Widerstand von Gewerkschaften und Opposition durchgesetzt hatte. Mit der Reform steigt das gesetzliche Renteneintrittsalter in den kommenden Jahren schrittweise von bisher 60 auf 62 Jahre. Außerdem müssen die Franzosen in Zukunft länger in die Rentenkassen einzahlen, um die volle Rente ohne Abschläge zu erhalten. Die Beitragszeit erhöht sich von jetzt 40 Jahren bis 2020 auf 41,5 Jahre. Wer nicht so lange eingezahlt hat, bekommt die volle Rente erst mit 67 statt mit 65. Momentan gehen die Franzosen tatsächlich mit 60 Jahren in den Ruhestand.

In Frankreich gibt es unterschiedliche Rentensysteme für den privaten Sektor, Beamte und Selbstständige. Für den privaten Sektor – rund zwei Drittel der berufstätigen Bevölkerung – besteht das Rentensystem aus einem Grundsystem (régime général) und zahlreichen Zusatzsystemen. Bestimmte Berufsgruppen des öffentlichen Sektors wie Militärs, Polizisten oder Zugführer können bereits früher in Rente gehen. Anfang November diesen Jahres hat die Regierung beschlossen, die Anhebung des Renteneintrittsalters im allgemeinen Rentensystem vorzuziehen. Sie soll nicht erst ab 2018 für alle Beschäftigten gelten, sondern bereits ab 2017. Nach Angaben von Premierminister Francois Fillon wird das Defizit im Rentensystem des Privatsektors dadurch von 2012 bis 2016 um insgesamt 4,4 Milliarden Euro reduziert. Damit werde nicht erst 2018, sondern bereits 2017 ein ausgeglichenes Budget erreicht.

Für die zwischen 1952 und 1955 geborenen Franzosen bedeutet die Beschleunigung der Reform konkret, dass sie einen bis vier Monate länger arbeiten müssen als bisher vorgesehen. Jemand, der 1952 geboren ist, hätte durch die Reform frühestens mit 60 Jahren und acht Monaten in Rente gehen können. Jetzt verschiebt sich sein Renteneintrittsalter noch einmal um einen Monat auf 60 Jahre und neun Monate. Die Jahrgänge ab 1955 können frühestens mit 62 in Rente gehen. Die Gewerkschaften, die 2010 Hunderttausende von Menschen zu Demonstrationen und Streiks gegen die Rentenreform mobilisiert hatten, reagierten kritisch auf die geplante rasche Umsetzung. Das bringe wenig, beunruhige die Beschäftigten und sei letztlich nur ein „Signal an die Rating-Agenturen“, erklärte die gemäßigtere Gewerkschaft CFDT. Das Renteneintrittsalter werde erhöht, ohne dass Arbeitsplätze für Senioren geschaffen würden, monierte die kommunistische Gewerkschaft CGT. *Ursula Amtage, Paris*

Die Autorin arbeitet als Korrespondentin in Frankreich.



Italien Das Rentensystem gilt zwar als in sich solide – aber als unbezahlbar. Auch steckt es voller sozialer Ungerechtigkeiten. Dagegen geht die Regierung des früheren EU-Kommissars Mario Monti vor. Mit ihrer Rentenreform, die am vergangenen Freitag die erste parlamentarische Hürde nahm, will sie nicht nur sparen; vielmehr soll der Flickenteppich früherer Einzelkorrekturen einem neuen Gesamtgefüge weichen. Montis „Techniker“-Kabinett hat einen Vorteil gegenüber „politischen“ Regierungen: Kein Minister legt es auf eine Wiederwahl an. Deshalb entfällt – ganz unitalienisch – die Klientelpolitik; zugunsten einer langfristigen Reform werden keine Besitzstände geschützt, nicht einmal die der heutigen Ruhestandler selbst.

Italien gibt mit 16,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts mehr Geld für Renten aus als die EU im Durchschnitt (12,5 Prozent). Wer heute in Pension geht, erhält – nach den Statistiken von EU und OECD – in Deutschland 64,1 Prozent des letzten Nettolohns, in Italien 88,3 Prozent. Die beliebte Frührentenversicherung und die höheren Lebenserwartung seiner Bürger belasten Italiens Systems auch noch doppelt. Monti hat die „Baby-Renten“ nicht ganz streichen können, aber mit Abschlägen bewehrt. Das Rentenalter steigt 2012 für Männer von derzeit theoretisch 65 Jahren auf 66 Jahre; schon 2018, acht Jahre früher, als die gestürzte Regierung Berlusconi das wollte, müssen sich die Frauen anpassen. Laut Eurostat gehen die Italiener derzeit aber tatsächlich mit 60,1 Jahren in den Ruhestand.

Künftig wird keine Rente mehr nach dem Einkommen der letzten Berufsjahre berechnet – was schon bisher immer größere Finanzierungslasten auf die jungen Generationen abgewälzt hat –, sondern nach den Zahlungen des ganzen Arbeitslebens. Nicht gesenkt werden die Rentenbeiträge, die für abhängig Beschäftigte mit 33 Prozent weit über den deutschen Abgaben liegen (was Italiens Wettbewerbsfähigkeit mindert). Dafür müssen künftig die Selbstständigen mehr zahlen. Sie, die traditionell ihr Einkommen gegenüber dem Fiskus kleinrechnen, kamen bisher auch noch mit einer Beitragshöhe von 20 Prozent davon. Zur Finanzierung herangezogen werden erstmals auch reiche Rentner mit Jahresbeträgen von 90.000 Euro und mehr. Mit ihnen „bluten“ – sichtlich ungem – auch die Parlamentsabgeordneten: Sie kriegen ihre Pension erst mit 60 statt wie bisher mit 50 Lebensjahren. *Paul Kreiner, Rom*

Der Autor arbeitet als Korrespondent für „Stuttgarter Zeitung“ und „Tagesspiegel“.



Großbritannien Die Diskussion um die Zukunft der Altersversorgung auf der Insel dreht sich derzeit vorwiegend um den öffentlichen Dienst. Wegen eines gähnenden Lochs in der Rentenkasse plant die konservativ-liberale Koalition schmerzhaftes Einschnitte; sie gehen auf Vorschläge des früheren Labour-Sozialministers John Hutton zurück. Demnach sollen öffentlich Bedienstete in Zukunft länger arbeiten und deutlich mehr Beiträge bezahlen. Zusätzlich sollen Renten und Pensionen zukünftig nach dem Durchschnitts-Einkommen während des Berufslebens berechnet werden statt wie bisher nach dem letzten Gehalt. Die gute Altersversorgung galt lange Jahre als Ausgleich dafür, dass Angestellte im öffentlichen Dienst in ihrem Berufsleben weniger verdienten als vergleichbare Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft. Dieses Verhältnis hat sich in 13 Jahren Labour umgekehrt; gleichzeitig haben viele Privatfirmen ihre großzügigen Firmenrenten abgeschafft.

In Großbritannien liegt die staatliche Mindestrente (nach 30 Jahren Beitragszahlung) derzeit bei 102,15 Pfund pro Woche – umgerechnet monatlich etwa 523 Euro. Weil diese Summe, anders als andere Sozialleistungen, neuerdings an die Inflation gekoppelt ist, erhalten Rentner im April eine Erhöhung von 5,2 Prozent. Im Durchschnitt gehen die Briten momentan mit 63 Jahren in Rente. Das Rentenalter für Frauen wird bis 2018 schrittweise von derzeit 60 auf 65 Jahre angehoben. Dann ist Gleichheit mit den Männern erreicht. Ab 2020 soll das Renteneintrittsalter für Männer und Frauen 66 Jahre betragen. Zudem steigende Lebenserwartung auf die ständig steigende Lebenserwartung. Aus diesem Grund wird das Rentenalter für alle bereits 2026 auf 67 Jahre erhöht, nicht wie bisher geplant erst zehn Jahre später. „Wir zeigen einer skeptischen Welt, dass demokratische Regierungen schwierige Entscheidungen treffen können“, sagt Finanzminister George Osborne. Berechnungen des Versicherungsstatistikers Hymans Robertson zufolge würden Geringverdienende wegen komplizierter Ausgleichszahlungen zukünftig besser dastehen; die Bezieher mittlerer und hoher Einkommen, darunter alle Lehrer, müssten hingegen Einbußen hinnehmen. *Sebastian Borger, London*

Der Autor ist freier Korrespondent unter anderem für die „Financial Times Deutschland“.



Litauen Das Land fährt seit Beginn der Finanzkrise einen der rigidesten Sparkurse in Europa. Die Staatsausgaben sanken um 30 Prozent, unter anderem, weil die Regierung die Löhne im öffentlichen Dienst um 20 bis 30 Prozent kürzte. Es wird zur Akzeptanz beigetragen haben, dass auch Regierungschef Andrius Kubilius sich 45 Prozent seines Gehalts streichen ließ. Jedemfalls kam es nur zu vereinzelt Protesten, die litauischen Gewerkschaften und Oppositionsparteien unterstützten den Sparkurs zähneknirschend.

Rentner allerdings stehen immer wieder mit Transparenten vor dem Seimas, dem Parlament in Vilnius. Das war für viele der 3,3 Millionen Litauer auch schon vor der Finanzkrise ein gewohntes Bild. Die Rentenkassen müssen sparen, immer wieder drosseln hohe Arbeitslosenraten den Zufluss von Beiträgen. Die demografische Entwicklung im gesamten Baltikum ist schwierig, die Länder überaltern. Hinzu kommt der negative Auswanderungssaldo: Vor allem junge, arbeitsfähige Litauer suchen Arbeit in Großbritannien, Irland oder Skandinavien. Dass der gesetzlichen Rentenversicherung eine private Komponente zur Seite gestellt wurde, beruhigt in Zeiten unsicherer Finanzmärkte kaum.

Vor diesem Hintergrund war es für die leidgeprüften Pensionäre Litauens nur ein weiterer Dreh an der Schraube, als die Regierung ihnen die Renten im Zuge des Sparkurses um rund elf Prozent kürzte. Im Juni stimmte der Seimas zudem einer schrittweisen Anhebung des Rentenalters zu. Die Grenze für den Antritt der Rente soll jetzt jedes Jahr um zwei Monate für die Männer und vier Monate für die Frauen erhöht werden, bis sie 2026 bei 65 Jahren steht. Bisher gilt in Litauen ein Pensionsalter von 60 Jahren für die Frauen und 62,5 Jahren für die Männer. *Volker Schmidt*

Der Autor ist politischer Korrespondent und berichtet aus dem Baltikum.

Europa muss länger arbeiten

RENTEN Regierungen in der EU planen kräftige Einschnitte bei der Altersvorsorge

Durchschnittliches Alter bei Rentenbeginn in Europa



Quelle: Eurostat Stand 2009

STICHWORT: RENTE

Kosten im Bundeshaushalt

Mit 126 Milliarden Euro ist der Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) der größte Einzelposten im Bundeshaushalt 2012. Innerhalb dieses Etats wiederum machen die Zuschüsse an die Rentenversicherung den mit Abstand größten Posten aus: Rund 81 Milliarden Euro sind im nächsten Jahr zur Finanzierung der Renten vorgesehen.

Rentenniveau

Das Rentenniveau beschreibt das prozentuale Verhältnis der Nettorente eines Standardrentners (nach 45 Beitragsjahren mit Durchschnittsverdienst) gegenüber dem jeweils aktuellen Nettoverdienst eines Durchschnittsverdieners. Im Jahr 2010 lag das Rentenniveau nach einer Statistik der Rentenversicherung bei 51,6 Prozent. 1990 waren es noch 55 Prozent. Nach Angaben des BMAS wird dieses Niveau bis zum Jahr 2025 auf 45,2 Prozent sinken; es soll jedoch laut Gesetz ab 2021 die Marke von 43 Prozent nicht unterschreiten.

Rentenformel

Die Höhe der Rente wird mit der Rentenformel ausgerechnet. Diese lautet: persönliche Entgeltpunkte x Rentenfaktor x aktueller Rentenwert = Monatsrente. Dabei spiegelt sich die Zahl der persönlichen Entgeltpunkte wider, in welchem Umfang der Einzelne versichert war. Über den Rentenfaktor kommt zum Ausdruck, ob es sich um eine Alters-, Erwerbsminderungs-, Witwen- oder Waisenrente handelt. Der aktuelle Rentenwert ist ein bestimmter Betrag in Euro. Er entspricht der Monatsrente, die ein Durchschnittsverdiener für ein Jahr Beiträge erhält. Der aktuelle Rentenwert West liegt bei 27,47 Euro, der aktuelle Rentenwert Ost bei 24,37 Euro.

Rentenbeitrag und -höhe

Der Beitrag, den Arbeitnehmer von ihrem Gehalt in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, liegt derzeit bei 19,9 Prozent. Die Standardbruttorente („Eckrente“) eines Versicherten, der 45 Jahre lang Rentenbeiträge auf der Basis des Durchschnittsverdienstes gezahlt hat, betrug nach aktuellen Zahlen der Rentenversicherung im Juli 2011 in den alten Bundesländern 1.236 Euro, in den neuen Bundesländern 1.096 Euro monatlich.

Renteneintrittsalter und -dauer

1997 lag das durchschnittliche Alter, in dem Menschen in Rente gehen, bei 62 Jahren. Bis 2009 ist es um ein Jahr auf 63 Jahre gestiegen. Waren im Jahr 2000 nur rund zehn Prozent der Neu-Rentner 65 Jahre, ist deren Anteil 2009 auf knapp 30 Prozent gestiegen. Im Jahr 2009 bezogen Frauen durchschnittlich 20 und Männer 16 Jahre lang Rente. 1960 waren dies noch 10 beziehungsweise 9 Jahre und im Jahr 1990 schon 17 beziehungsweise 14 Jahre.

Demografischer Wandel

Heute leben 82 Millionen Menschen in Deutschland, davon sind 20 Millionen Rentner. Aber während 1960 nur zwölf Prozent der Bevölkerung 65 Jahre und älter waren, trifft dies gegenwärtig mit 16,8 Millionen bereits auf 21 Prozent der Einwohner zu. Schon heute leben mehr Menschen über 65 Jahre als Jüngere im Alter bis unter 20 Jahre in Deutschland. Im Jahr 2030 wird Deutschland voraussichtlich noch 79 Millionen Einwohner haben, von denen 28 Prozent 65 Jahre oder älter sind.

Ältere Arbeitnehmer

2009 lag die Erwerbstätigenquote der 55-60-Jährigen bei 70 Prozent und jene der 60- bis 65-Jährigen bei 38,4 Prozent. Ab dem 63. Lebensjahr fällt die Quote allerdings deutlich ab. Von den 64- bis unter 65-Jährigen arbeiten nur noch 22,3 Prozent (Altersteilzeit eingeschlossen). Im Jahr 2005 waren es nur 14,7 Prozent.

Ost-West-Berechnung

Das Rentenüberleitungsgesetz (RÜG) von 1991 regelt die Überführung des DDR-Rentensystems auf das bundesdeutsche Modell. Dazu gehört, dass die versicherten Bruttoeinkommen der DDR nach einem bestimmten festgelegten Faktor (im Schnitt: mal drei) hochgewertet wurden, um die Einkommensunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland auszugleichen. Bis heute werden ostdeutsche Einkommen auf diese Weise höher gewertet, offiziell so lange, bis die Einkommensunterschiede angeglichen sind. Bei gleichem Verdienst erwirbt also ostdeutscher Arbeitnehmer aus diesem also mehr Rentenansprüche als sein westdeutscher Kollege. Das allein führt jedoch nicht automatisch zu einer höheren Rente. *che*

KURZ NOTIERT

Grüne wollen Doktor aus Ausweisen streichen

Die Grünen-Fraktion möchte den Doktorgrad aus Ausweisen streichen. In einem Gesetzentwurf (17/8128), der am Donnerstag an die Ausschüsse überwiesen wurde, spricht sie sich dafür aus, die Bestimmungen des Pass- und Personalausweisrechts, die sich auf Eintragung, Erhebung und Speicherung des Doktrgrades beziehen, aufzuheben. Der Doktor sei kein Bestandteil des Namens und zur Identifizierung einer Person nicht notwendig, schreiben die Abgeordneten. Zudem sei seine Eintragung in Personaldokumente international unüblich. *tyh*

Besserer Schutz vor Kostenfallen im Internet

Ein besserer Schutz der Verbraucher vor Kostenfallen im Internet ist Ziel eines Gesetzentwurfes der Bundesregierung (17/7745), über den der Bundestag vergangenen Donnerstag in erster Lesung beriet. Danach sollen Unternehmer verpflichtet werden, Verbraucher im elektronischen Geschäftsverkehr „klar und verständlich und unmittelbar vor Abgabe der Bestellung über den Gesamtpreis einer Ware oder Dienstleistung zu informieren“. Ein Vertrag soll nur zustande kommen, wenn der Verbraucher mit seiner Bestellung ausdrücklich bestätigt, dass er sich zu einer Zahlung verpflichtet. *sto*

SPD: Freiwilligendienste aller Generationen weiter fördern

Die Förderung der „Freiwilligendienste aller Generationen“ (FdaG) soll nach dem Willen der SPD-Fraktion weitergeführt werden. Das Engagement älterer Menschen, die „mit ihren Erfahrungen einen wesentlichen Beitrag zum Miteinander in Familien, Vereinen und Gemeinden leisten“, werde hier in angemessenem Rahmen gefördert, heißt es in einem Antrag der Fraktion (17/7980), der am Donnerstag erstmals auf der Tagesordnung des Bundestags stand. Die Bundesförderung der FdaG laufe jedoch zum Jahresende aus. Die Bundesregierung soll nun laut Vorlage die FdaG-Förderung verstetigen. *sto*

Grüne kritisieren Bildungs- und Teilhabepaket

Ein halbes Jahr nach Inkrafttreten des „Bildungs- und Teilhabepaketes“ kritisiert die Grünen-Fraktion, dass diese Leistungen mit einem „so noch nicht dagewesenen bürokratischen Aufwand“ verbunden seien. Es bedürfe „durchgreifender konzeptioneller Veränderungen“, um Kindern und Jugendlichen ein menschenwürdiges Existenzminimum zu sichern, schreibt die Fraktion in einem Antrag (17/8149), den der Bundestag am Donnerstag an die Ausschüsse überwies. Darin fordert die Grünen-Fraktion unter anderem, die Leistungen des Pakets „finanziell bedarfsdeckend auszustatten“. *sto*

SPD will Öffnung der Ehe für homosexuelle Paare

Die SPD-Fraktion dringt darauf, auch gleichgeschlechtlichen Paaren das Recht auf eine Eheschließung zugestehen. Nur durch eine Öffnung der Ehe könnten Diskriminierungen dieser Paare beendet werden, heißt es in einem Antrag der Fraktion (17/8155), den der Bundestag vergangene Woche an die Ausschüsse überwies. Darin verweisen die SPD-Abgeordneten darauf, dass inzwischen fast zwei Drittel der Bevölkerung in Deutschland die Möglichkeit einer Ehe für homosexuelle Paare begrüßen. *bob*

Aufbewahrungsfrist der DDR-Lohnunterlagen läuft aus

Gegen die Stimmen der Opposition hat der Bundestag am Donnerstag einen Antrag der Linksfraktion (17/7486) zurückgewiesen, die Aufbewahrungsfrist der Lohnunterlagen von DDR-Betrieben über 2011 hinaus bis Ende 2016 zu verlängern. Die Fraktion hatte unter anderem darauf verwiesen, dass es noch etwa 650.000 ungeklärte Konten Ostdeutscher in der Rentenversicherung gebe. Damit sie ihre Beschäftigungszeiten nachweisen können, müssten die Unterlagen länger aufbewahrt werden. *che*

Grüne scheitern mit Vorstoß zu Integrationskursen

Die Grünen-Fraktion ist mit einem Vorstoß für eine bessere Qualität der Integrationskurse gescheitert. Mit den Stimmen der schwarz-gelben Koalition und der Linksfraktion lehnte der Bundestag einen Antrag der Grünen (17/7639) ab, in dem unter anderem eine Verbesserung der 2007 eingeführten Möglichkeit zur Kurswiederholung gefordert wurde. Auch sollte die Bundesregierung laut Vorlage bei der Überarbeitung der Zulassungskriterien für Kursträger die Mindestvergütung für freiberufliche Lehrkräfte von derzeit 15 Euro auf 24 Euro anheben. *sto*



Erneuerte Innenstädte und eine Vorreiterrolle bei erneuerbaren Energien schreibt die Bundesregierung Ostdeutschland zu: der Marktplatz von Greifswald 1989 und 2005 (l.) und eine Photovoltaikanlage in Thüringen

Von Erfolgen und Defiziten

AUFBAU OST Regierung und Opposition haben gegensätzliche Sichtweisen auf den Stand der Einheit

Zahlen, so nüchtern und sachlich sie daher zu kommen scheinen, kann man bekanntlich so oder so sehen, je nach Standpunkt. Das gilt natürlich auch für den Blick auf Erfolge oder Misserfolge beim Aufbau Ost, wie am vergangenen Freitag die Bundestagsdebatte über den „Bericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2011“ (17/7711) wieder einmal zeigte. Die beklagte etwa die SPD-Parlamentarierin Iris Gleicke, dass der ostdeutsche Arbeitsmarkt nach wie vor dem westdeutschen hinterher hinke. Zwar sei die Arbeitslosenquote zurückgegangen, doch sei die Arbeitslosigkeit im Osten fast doppelt so hoch wie im Westen, resümierte Gleicke. Für ihren CDU-Kollegen Manfred Behrens kann der Arbeitsmarkt Ost dagegen „mit sehr guten Werten glänzen“. Nach der Wiedervereinigung 1990 waren 30 Prozent der Menschen in den neuen Ländern ohne Arbeit. Inzwischen sank der Wert auf zehn Prozent“, lautete seine Rechnung.

Anhaltender Aufholbedarf In ihrem Bericht nennt die Bundesregierung den Aufbau Ost „ein Zeichen für den Erfolg des Zusammenwachsens von Ost und West“. Der Auftraggeber der Bundesregierung für die neuen Länder und Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Christoph Bergner (CDU), sprach in der Debatte von einer „außerordentlich erfolgreichen Entwicklung“. Die Transformation Ostdeutschlands in eine Marktwirtschaft sei abgeschlossen, die ostdeutschen Unterneh-

men seien heute wettbewerbsfähig und die allgemeinen Lebensbedingungen glichen weitgehend denen in Westdeutschland, bilanzierte Bergner zufrieden. Zu seiner Bilanz gehörte freilich auch, dass eine „vollständige Konvergenz“ insbesondere des Produktionsniveaus noch nicht erreicht ist. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung liege noch immer zirka 25 Prozent unter dem westdeutschen Durchschnitt, sagte der Regierungsbeauftragte und sah diese Lücke als Ausdruck eines noch immer anhaltenden Aufholbedarfs. Dabei sehe er den „Hauptschwerpunkt der Arbeit darin, die Angleichung der Löhne und Gehälter zu erreichen, damit wir auch auf diesem Wege die Angleichung der Renten erreichen“.

Kurswechsel gefordert Gleicke warf der Bundesregierung vor, sich vom Aufbau Ost verabschiedet zu haben. Dabei stagniere die ostdeutsche Wirtschaftskraft seit Jahren bei 73 Prozent des Westniveaus und das Produktivitätsniveau bei 80 Prozent. Derweil lägen die Löhne „je nach Branche zwischen 15 und 30 Prozent des Westniveaus“. Dies sei nicht etwa ein „Standortvorteil Ost“, sondern die Hauptursache für die Abwanderung in den neuen Ländern, fügte Gleicke hinzu und fragte an die Regierungskoalition gewandt, wo deren „Einsatz für anständige Löhne in Ostdeutschland“ bleibe. „Der Osten ist Ihnen egal“, gab sie sich selbst zur Antwort. Linksfraktionsvize Dietmar Bartsch forderte einen Kurswechsel in der Politik für Ostdeutschland. Der Aufbau Ost sei „als Nach-

bau West gescheitert“, konstatierte er. Es gebe zwar eine Menge positiver Entwicklungen wie bei der sehenswerten Infrastruktur im Osten, doch sei dies kein Verdienst der Bundesregierung. Die bestehenden Defizite indes gebe es auch wegen der Politik der Bundesregierung und ihrer Vorgängerinnen.

alten. Statt dass das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gelte, liege man in den neuen Ländern bei 80 Prozent des westlichen Lohnniveaus. „Das ist nicht zu akzeptieren.“ Der Grünen-Parlamentarier Stephan Kühn sagte, es gebe zweifelsfrei im Osten wirt-

Arbeitsplätze gefährdet. Die Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft, bemängelte der Grünen-Abgeordnete weiter, werde „durch falsche Prioritäten bei der Infrastruktur behindert“. Für die Unionsfraktion verwies Behrens darauf, dass die Finanzkrise seit 2008 die wirtschaftliche Angleichung zwischen Ost und West nicht unterbrochen habe. Inzwischen betrage die Wirtschaftsleistung der neuen Länder nahezu 80 Prozent des Westniveaus. Man habe ein erfreulich kontinuierliches Wirtschaftswachstum, das zudem „krisenresistent“ sei.

»Enorm aufgeholt« Der FDP-Abgeordnete Patrick Kurth bescheinigte den neuen Ländern, in den zurückliegenden 22 Jahren „enorm aufgeholt“ zu haben. Lebenserwartung und Wohlstand seien gestiegen, die Infrastruktur sei auf dem neuesten Stand und die Arbeitslosigkeit stark zurückgegangen. So habe Thüringen kürzlich Nordrhein-Westfalen „bei der Arbeitslosigkeit eingeholt und überholt“. Die schwarz-gelbe Regierungskoalition setze jetzt auf Modernisierung sowie darauf, „dass das verkehrliche Leben auch in ausgedehnten und überalterten Regionen aufrecht erhalten wird“ und „dass die Dezentralität der Energieversorgung gewährleistet werden kann“. Mit diesem Konzept werde die „Sicherung der privaten und öffentlichen Infrastruktur in allen Regionen gelingen“. *Helmut Stoltenberg*



Eine Folge der Abwanderung: Abriss eines Plattenbaus in Rathenow (Brandenburg)

Die Lücke in der ökonomischen Leistungskraft und den Lebensverhältnissen zwischen Ost und West sei „weiterhin erheblich“, die Erwerbslosenquote im Osten im November nahezu doppelt so hoch gewesen wie im Westen und der Niedriglohnbereich in den neuen Ländern doppelt so groß wie in den

schaftliche Erfolgsgeschichten, die aber durch die Politik der Bundesregierung gefährdet würden. So wolle etwa Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) die Solar-Förderung massiv kürzen. Wenn diese Deckelung komme, würden die ostdeutsche Solarindustrie „in die Knie gezwungen“ und

Gesamtlösung gesucht

BUNDESTAG Unabhängige Kommission berät über Diäten

Unter Leitung von Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) ist die unabhängige Kommission zu Fragen des Abgeordnetenrechts am vergangenen Mittwoch zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammengekommen. Dem Gremium unter Vorsitz des früheren Bundesjustizministers Edzard Schmidt-Jortzig (FDP) gehören elf Mitglieder an, die von den Fraktionen vorgeschlagen wurden und keinem Parlament angehören. Sie sollen bis zum 31. März 2013 Empfehlungen für die Abgeordnetenentschädigung und die Altersversorgung der Parlamentarier erarbeiten.

Heikle Fragen Es gehe darum, ein „Verfahren und eine Gesamtlösung“ zu finden, die „nicht ständiger Gegenstand öffentlicher Kritik“ ist, sagte Lammert. Das Hauptproblem seien weniger die vermeintlich zu hohen Bezüge, sondern die Versorgungsregelung und der Verdacht der Selbstbedienung, der Eindruck, es werde eine Entscheidung „in eigener Sache zu eigenen Gunsten“ getroffen. Schmidt-Jortzig sagte, die Medien seien auf diesem Feld besonders empfindlich. Die Fragen seien „fachlich hoch interessant“ und heikel, die Zeit knapp: „Wir brauchen Ermunterung.“ Die Einsetzung der Kommission geht auf einen Ältestenratsbeschluss vom 24. Novem-

ber und einen Bundestagsbeschluss vom 7. Juli 2011 zurück. Damals hatte das Parlament Änderungen des Parteien- und des Abgeordnetenrechtsgesetzes beschlossen (17/6291, 17/6496) und damit die Abgeordnetenentschädigung angehoben. In der Begründung hatten die Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen seinerzeit die Einsetzung der unabhängigen Kommission angekündigt. *vom*



Schmidt-Jortzig (links), Lammert

SPD rügt »Goldenen Handschlag«

ÖFFENTLICHER DIENST Besserstellung von Spitzenbeamten bei einseitigem Ruhestand

Eigentlich finden die von der Bundesregierung geplanten Maßnahmen „zur Unterstützung der Fachkräftegewinnung im Bund“ auch in der Opposition Zustimmung. Dies wurde vergangene Woche bei einer Sachverständigen-Anhörung zu dem entsprechenden Gesetzentwurf (17/7142) und den Beratungen im Innenausschuss ebenso deutlich wie am Donnerstag in der abschließenden Plenardebatte. Dass die Vorlage dann doch nur mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP in modifizierter Fassung (17/8178) verabschiedet wurde, lag an einem am Vortrag von der schwarz-gelben Ausschussmehrheit angenommenen Änderungsantrag der Koalition. Dieser erweiterte den Maßnahmenkatalog der Regierung unter anderem um eine Besserstellung von Spitzenbeamten des Bundes bei einer Versetzung in den einseitigen Ruhestand – sehr zum Ärger der Opposition.

»Moderate Verbesserung« Zur Begründung verwies die Koalition in ihrem Änderungsantrag darauf, dass die „jederzeit mögliche Versetzung“ in den einseitigen Ruhestand gerade für „Lebensjüngere Beamte zu erheblichen Einkommensbußen“ führe. Dem solle „die teilweise Wiedereinführung des bis Ende 1998 geltenden Rechts entgegenwirken, wodurch bis zu drei Jahre im

einseitigen Ruhestand als ruhegehaltsfähig anerkannt werden können“. Der CDU-Abgeordnete Armin Schuster wertete dies in der Debatte als „sehr moderate Verbesserung“. Dabei spreche man von Staatssekretären, Abteilungsleitern, Botschaftern sowie dem Generalbundesanwalt und den Präsidenten vom Bundeskriminalamt, Bundesamt für Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst. Der SPD-Innenexperte Michael Hartmann warf der Koalition vor, sie wolle, dass eine kleine Gruppe hochbezahlter Beamter „mit dem goldenen Handschlag nach Hause geht“. Auf dem Papier handele es sich dabei um 422 Personen, doch im Ernstfall seien es weniger als 100, die betroffen sein könnten und „im Regelfall zwischen 9.000 und 11.000 Euro plus verdienen“. Diese Beamten, die nach einem Regierungswechsel unter Umständen in den einseitigen Ruhestand geschickt würden, sollten nach dem Willen von Schwarz-Gelb „bis zu drei Jahre versorgungserhöhend und damit zusätzliche Zahlungen“ von bis zu 635 Euro monatlich „fürs Nichtstun“ erhalten. Der FDP-Parlamentarier Stefan Ruppert argumentierte dagegen, ein 49-Jähriger, der sich auf eine Abteilungsleiterstelle bewerbe, gehe „das Risiko ein, auf seine Lebenszeit gerechnet eine halbe Million Euro zu verlie-

ren“. Es sei festzustellen, „dass immer mehr Unterabteilungsleiter sagen, sie würden zwar gerne die Aufgabe, nicht aber das Besoldungsamt übernehmen“.

Streit um Direktorenposten Ebenfalls in dem Änderungsantrag enthalten war die Schaffung des Amtes eines Direktors beim Sachverständigenrat für Umweltfragen, die bei der Opposition für weiteren Unmut sorgte. Für die Linksfraktion sagte ihr Abgeordneter Frank Tempel, dieser Direktorenposten sei mit dem Rat weder besprochen worden „noch war er erwünscht“. Die Koalition wolle „ein neutrales Beratungsgremium auf Parteilinie bringen“. Sein Grünen-Kollege Konstantin von Notz ergänzte, Ziel von Schwarz-Gelb sei es, „die Unabhängigkeit dieses Gremiums aufzubohren“. Schuster betonte indes, die Koalition wolle mit dem Posten „eine Institution personell und akademisch aufwerten“.

Mit dem jetzt beschlossenen Gesetz will die Regierung die Konkurrenzfähigkeit des Bundes bei der Gewinnung von Nachwuchskräften „im Wettbewerb mit anderen Dienstherren und der Wirtschaft“ erhalten. Zu den Maßnahmen zählt etwa die Einführung eines „Personalgewinnungsschlags“, der es Behörden ermöglichen soll, „gezielt Fachkräfte zu gewinnen“. *sto*

Zum Bericht der Bundesregierung:
www.bundestag.de, Suchwort: 17/7711

Sie möchten nicht länger warten – weder auf die zuständige Ministerin noch auf ihre Fraktionskollegen: die CDU-Abgeordnete Rita Pawelski, Vorsitzende der Gruppe der Frauen der Unionsfraktion, und ihre FDP-Kollegin Sibylle Laurischk wollen eine gesetzlich verankerte Frauenquote. Und zwar jetzt. Zusammen mit anderen Parlamentarierinnen – erstmals in einer Initiative mit Abgeordneten aller Bundestags-Fraktionen – fordern sie eine gesetzliche Frauenquote von mindestens 30 Prozent in Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen. Dazu haben Pawelski und ihre Mitstreiterinnen, unter ihnen auch Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Kultur und Medien, vergangenen Donnerstag eine „Berliner Erklärung“ abgegeben. Darin heißt es, die Zeit sei „reif für eine verbindliche gesetzliche Regelung zur geschlechtergerechten Besetzung von Entscheidungsgremien der Wirtschaft“, weil alle bisherigen Versuche, dieses Ziel mit freiwilligen Vereinbarungen zu erreichen, gescheitert seien. Das im Grundgesetz festgeschriebene Gleichstellungsgebot müsse endlich umgesetzt werden. Damit die Quotenregelung Wirkung entfalten könne, sollen parallel dazu Fristen und „empfindliche Sanktionen“ festgeschrieben werden. „Wir wollen und werden es nicht länger hinnehmen, dass bei uns in Deutschland Frauen in den Spitzen der größten Unternehmen kaum präsent sind“, sagte Pawelski. Die Unternehmen hätten bewiesen, dass es ohne einen gewissen Druck nicht gehe. Bis Ostern will die Initiative Unterschriften für ihr Anliegen sammeln und die Liste anschließend Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) übergeben. Erklärtes Ziel ist es, bis 2013 einen Gesetzesentwurf auf den Weg zu bringen, da dann die meisten Aufsichtsräte neu besetzt werden. Nach den Worten der CSU-Abgeordneten Dorothee Bär soll die Quote spätestens 2018 bindend werden.

Verfassungsrechtliche Bedenken Dass sich nach monatelangen Diskussionen um das Für und Wider einer gesetzlichen Frauenquote nun diese große Koalition der Befürworter gebildet hat, ist auch ein Schlag ins Gesicht von Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU). Die nämlich will eine so genannte Flexiquote einführen, nach der Unternehmen gesetzlich verpflichtet werden sollen, sich eine selbstgewählte Frauenquote zu geben. Schröder und weite Teile der Koalition wenden gegen „staatlich verordnete, starre Frauenquoten“ unter anderem verfassungsrechtliche Bedenken ein. Feste Quoten ließen sich nicht umsetzen, etwa weil sie einen Eingriff in die Vertragsfreiheit der Wirtschaft darstellten, lautet ein Argument. Zudem würden mit festen Quoten nur Symptome, nicht Ursachen bekämpft. Es sei notwendig, dass Unternehmen der Monokultur im eigenen Haus selbst den Kampf ansagten, betonte Schröder kürzlich. Nun sind andere vorgebracht. Besonders ärgerlich für Schröder: Zu den Erstunterzeichnerinnen der Erklärung gehört ihre Amtsvorgängerin Ursula von der Leyen (CDU). Die Arbeitsministerin fordert schon lange eine verbindliche 30-Prozent-Quote und hat sich damit immer wieder demonstrativ gegen ihre Kabinettskollegin gestellt. Ihre Unterschrift dürfte den Konflikt weiter befeuern, in dem Schröder auch deshalb Probleme hat, sich zu behaupten, weil bis heute niemand ganz genau weiß, was in ihrem Entwurf für das „Dritte Gleichberechtigungsgesetz“ eigentlich stehen soll. In einer ersten Reaktion nach der Präsentation der „Berliner Erklärung“ versuchte Schröder, dennoch Honig aus der Initiative zu saugen. „Ich freue mich, dass es offenbar in der FDP Bewegung gibt für eine gesetzliche Regelung“, sagte die Ministerin der „Financial Times Deutschland“. In der Koalition



Ohne Quote haben bislang nur wenige Frauen den Aufstieg in Spitzenpositionen geschafft. Ein Bündnis will Kletterhilfe leisten.

Auf zum Gipfel

FRAUEN Ein breites Bündnis propagiert eine gesetzliche Quote in Konzernspitzen. Abgeordnete aller Fraktionen sind beteiligt

on müsse nun schnell Klarheit geschaffen werden, wie eine gesetzliche Regelung auf den Weg gebracht werden könne.

Prominente Unterstützerinnen Die Initiative selbst hat es nicht nur inhaltlich in sich, sondern sie wird auch prominent unterstützt. So gehören zu den schon jetzt mehr als 500 Unterzeichnerinnen Größen wie Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin, die Verlegerin Friede Springer und Ingrid Sehrbrock, Vizechefin des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Der Verband Deutscher Unternehmerinnen, der Deutsche Juristinnenbund und der Bundesverband der LandFrauen haben sich den Forderungen ebenso angeschlossen wie die Schauspielerinnen Senta Berger und DFB-Direktorin Steffi Jones. Es sei ihr sehr wichtig gewesen, sagte Rita Pawelski, „dass wir auch von ganz vielen Frauen außerhalb der Politik unterstützt werden, die damit zeigen, dass es hier nicht um ein elitäres Problem von Abgeordneten geht“. Sie unterstrich: „Eigentlich müsste Frau Schröder mit dem, was wir fordern, sofort einverstanden sein.“ Ganz bewusst haben die Initiatorinnen in ihrer Erklärung auf die Forderung einer Quote für Unternehmensvorstände verzichtet. Die wollen sie zwar auch unbedingt; da dieses Ziel verfas-

ungsrechtlich aber nicht ohne Weiteres durchzusetzen ist, wird vorerst nur gefordert, was auch konkret umsetzbar ist. Denn die Zeit drängt: „Wir haben aufgrund des Generationenwechsels in den Chefetagen einen Zeitpuffer von ein bis zwei Jahren“, sagte Grünen-Vizefraktionschefin Ekin Deligöz, „wenn jetzt nichts passiert, dauert es noch mal zehn Jahre“. Es bringe nichts, jetzt nur einzelne Vorzeigefrauen zu installieren. „Wenn wir die Besten der Besten wollen, müssen wir sie in der gesamten Gesellschaft suchen und nicht nur unter den Besten der Männer“, betonte Deligöz. Auch Carlotta Köster-Brons, Geschäftsführerin des Verbands Deutscher Unternehmerinnen, zeigte sich überzeugt davon, „dass eine Frau allein die Welt nicht verändern kann – aber 30 Prozent können richtig viel bewegen“.

Widerstand Für die Vertreterinnen der Oppositionsfraktionen ist das Bekenntnis zur „Berliner Erklärung“ leicht. Sie fordern ohne Quoten – SPD und Grüne wollen einen Frauenanteil von 40 Prozent, die Linke peilt sogar 50 Prozent an – , die sie in dieser Legislatur jedoch ohne Unterstützung von Schwarz-Gelb nicht erreichen können. Für die Koalitionssfrauen ist die Erklärung dagegen ein Risiko. Bei CDU und CSU gibt es viele Abgeordnete, die eine gesetzliche

Quote ablehnen. Den größten Widerstand aber gibt es in der FDP – und deshalb ist die Unterschrift von Sibylle Laurischk wohl die mutigste. In der Pressekonferenz zur Präsentation der Erklärung betonte die Liberale, mit ihrem Bekenntnis zur gesetzlichen Quote trete sie ganz bewusst „nicht als Vertreterin der Fraktion“ auf, mit der sie sich auch nicht abgestimmt habe. Im Interview sagte sie, obwohl sie ein großer Fan von Selbstverpflichtungen sei, müsse sie konstatieren, dass diese beim Thema Gleichstellung nicht funktioniert hätten. Aber da das Thema „entscheidend für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft und die internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes“ sei, müsse man sich klar positionieren. Sie wolle in ihrer Partei „Denkprozesse“ anstoßen: „Ich bin sicher, damit kann meine Fraktion umgehen.“ Die reagierte prompt – mit bekannter Ablehnung. So teilte die Fraktionssprecherin für Frauen und Senioren, Nicole Bracht-Bendt, auf ihrer Homepage mit, die Fraktion lehne „eine starre Quote als unverhältnismäßig“ ab; immerhin habe sich der Frauenanteil auf der Kapitaleseite der DAX30-Aufsichtsräte von 4,8 Prozent im Jahr 2009 auf 10,9 Prozent im vergangenen Jahr mehr als verdoppelt. Dies sei ein eindeutiger Trend, unterstrich Bracht-Bendt. *Susanne Kailitz*

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Kinderschutzgesetz tritt Anfang kommenden Jahres in Kraft

FAMILIE Der Weg für Verbesserungen beim Kinderschutz ist frei. Bundestag und Bundesrat billigten Ende vergangener Woche den Gesetzesentwurf der Bundesregierung (17/6256) in der vom Vermittlungsausschuss beschlossenen Fassung (17/8130). Neu ist, dass der Bund die Familienhebammen unbefristet finanzieren wird und nicht, wie ursprünglich vorgesehen, nur bis zum Jahr 2016. Außerdem gibt es mehr Geld für die so genannten frühen Hilfen. Für die Unterstützung junger Familien in schwierigen Lebenslagen stehen nach Angaben des Bundesrates in den kommenden beiden Jahren 30 beziehungsweise 45 Millionen Euro zur Verfügung, ab 2014 dauerhaft 51 Millionen. Den Kompromiss hatten Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) und Mecklenburg-Vorpommerns Sozialministerin, die stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende Manuela Schwesig, ausgehandelt. Das Gesetz kann zum 1. Januar 2012 in Kraft treten. Vorrangiges Ziel des im Bundestag nunmehr mit den Stimmen aller Fraktionen bis auf die der Linken beschlossenen Gesetzes ist es, Kinder besser vor Misshandlungen, Verwahrlosung und Vernachlässigung zu schützen. Dies soll unter anderem mit Hilfe von Familienhebammen gewährleistet werden, die junge Mütter in schwierigen Lebenslagen unterstützen. Der Bund stellt dafür jährlich 30 Millionen Euro zur

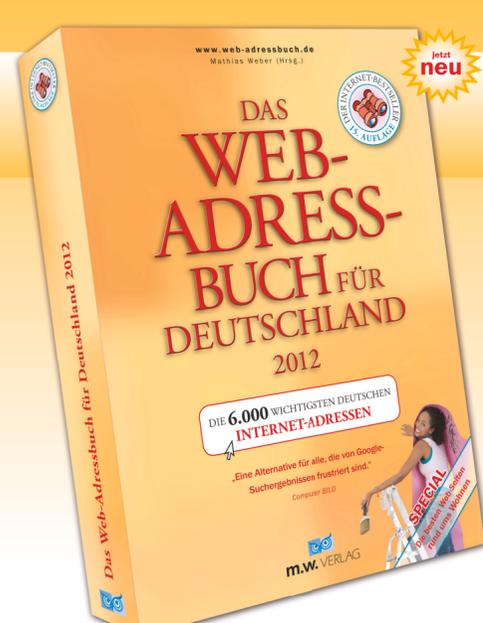
Verfügung. Nach Angaben der Bundesregierung können so zehn Prozent aller Familien mit Neugeborenen betreut werden. Familienhebammen haben eine Zusatzausbildung, um junge Familien mit sozialen oder anderen Problemen wirksam zu helfen zu können. Als Kriterien für den Einsatz einer Familienhebamme gelten unter anderem eine Minderjährigen-Schwangerschaft, ein Verdacht auf Kindeswohlgefährdung und Suchterkrankungen. Zusätzlich will die Regierung Geld für die Netzwerke früher Hilfen zur Verfügung stellen. In diesen Netzwerken arbeiten auf kommunaler Ebene beispielsweise Ärzte und Jugendämter zusammen, um die Gefährdung von Kindern frühzeitig zu erkennen. Die Einigung beim Kinderschutzgesetz stieß auf breite Zustimmung. Die familienpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Miriam Gruß, etwa sagte, das Inkrafttreten des Gesetzes sei „ein großer Erfolg für die Kinder in diesem Land“. Die stellvertretende Grünen-Fraktionsvorsitzende Ekin Deligöz wertete den Kompromiss als „Erfolg in der Nachspielzeit“. Mit den jetzt vorgesehenen Neuerungen würden „gute Impulse auf verlässlicher Grundlage für die Kinderschutzarbeit vor Ort gegeben“. Dagegen monierte die kinderpolitische Sprecherin der Linkenfraktion, Diana Golze, der Bund-Länder-Kompromiss sei „mehr als enttäuschend“. *mpi*

Über Kaskaden zu höherem Frauenanteil in der Forschung

WISSENSCHAFT „Nicht wissen, nicht wollen, nicht können.“ Ulla Burchardt (SPD), Vorsitzende des Bildungs- und Forschungsausschusses, war reichlich skeptisch. Grundlage für ihre Beurteilung der Regierungsarbeit am vergangenen Donnerstag im Plenum war die Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage aller drei Oppositionsfraktionen (17/5541, 17/7756). Thema: Geschlechtergerechtigkeit im Wissenschaftssystem. Wie die Regierung darin mittelteil, hat sich die Chancengleichheit an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den vergangenen zehn Jahren zwar verbessert, die bestehende Unterrepräsentanz von Frauen bleibe jedoch ein Problem. Laut Statistischem Bundesamt ist der Anteil der Frauen, die einen universitären Abschluss erlangten, zwischen 2000 und 2009 von 44,8 Prozent auf 52,3 Prozent gestiegen. Auch der Frauenanteil bei Promotionen hat im gleichen Zeitraum von 34,3 Prozent auf 44,1 Prozent zugelegt. Der Anteil der Frauen am wissenschaftlichen Personal ist in außeruniversitären Forschungseinrichtungen und in Leitungsfunktionen ebenfalls gewachsen. Jedoch sind Frauen dort noch immer stark unterrepräsentiert. Zudem arbeiten sie – so lässt sich der Vorlage entnehmen – an Hochschulen öfter in befristeten Beschäftigungsverhältnissen als Männer. Die Regierung habe keine Ahnung, was getan werden müsse, um die Situation zu verbessern, sagte die SPD-Abgeordnete Marianne Schieder. Es sei jedoch höchste Zeit zu handeln: Überproportional viele Frauen stiegen nach der Promotion aus dem Wissenschaftsbetrieb aus. „Wir erlauben uns eine massive Verschwendung von intellektuellem Potenzial“, betonte sie. „Warum verzichten Sie auf das kreative Potenzial von Frauen?“, wollte Petra Sitte, forschungspolitische Sprecherin der Linkenfraktion, von der Regierung wissen. Die Einigung von Bund und Ländern auf ein Kaskadenmodell – „also Quoten entsprechend des Frauenanteils

der jeweils vorausgehenden Stufe in der Karriere des Wissenschaftssystems“ – sei ein erster Schritt in die richtige Richtung, sagte Sitte. Jedoch könne dieses Modell nur konsequent umgesetzt werden, wenn Anreize geschaffen und Sanktionen integriert werden. „Wir sind auf gutem Weg und kommen unserer Verantwortung nach“, betonte dagegen Martin Neumann, forschungspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion. Dennoch belegten die Zahlen, dass die Geschlechtergerechtigkeit im Wissenschaftsbereich eine Daueraufgabe sei. Seine Fraktion habe sich daher stets für das Kaskadenmodell ausgesprochen. In einem Wissenschaftsfreiheitsgesetz solle nun die „gleichberechtigte Einbeziehung von Frauen in Wissenschaft und Forschung als Grundsatz“ verankert werden, kündigte Neumann. „Wir haben ein offenkundiges Innovations- und Qualitätsproblem“, konstatierte Krista Sager, Sprecherin für Wissenschafts- und Forschungspolitik der Grünen-Fraktion. Die Spitzenpositionen im Wissenschaftsbereich würden noch immer vorrangig aus einer Geschlechtergruppe rekrutiert werden. Die Fortschritte in Sachen Parität seien zu langsam, betonte sie und sprach sich für mehr Verbindlichkeiten, Zielquoten, Anreize, Sanktionsmechanismen und gezielte Rekrutierungsmaßnahmen aus. In den vergangenen zehn Jahren habe sich die Chancengerechtigkeit im Wissenschaftssystem verbessert, sagte Anette Hübinger (CDU). Ein Grund dafür sei auch, dass die Bundesregierung die Verbesserung der Repräsentanz von Frauen als strategisches Erfordernis ansehe. Fördermaßnahmen wie Exzellenzinitiativen, Förderinnenprogramm und Hochschulpakt hätten dazu beigetragen. Sollte in den kommenden Jahren die Selbstverpflichtung des Wissenschaftssystems jedoch keine Fortschritte erzielen, würde auch sie die Einführung des „Kaskadenmodells als eine gesetzliche Forderung“ befürworten. *tyh*

Anzeige



„Die besten Geheimtipps aus dem Internet“

Die 6.000 wichtigsten Internet-Adressen auf einen Blick

Brigitte

„Das besondere an den Web-Adressen ist, dass es oft solche sind, die man bei Google nicht ganz oben auf der ersten Seite der Suchergebnisse findet.“
BILD.de

„Orientierung bietet das Web-Adressbuch für Deutschland, das rund 6.000 Internet-Seiten übersichtlich geordnet und redaktionell getestet dem Leser präsentiert.“
BERLINER ZEITUNG

„Nie wieder zielloses Treiben im Internet: Das Web-Adressbuch bringt Ordnung in den Datenschlingel. Auch routinierte Surfer können noch manchen Geheimtipp entdecken.“
HAMBURGER ABENDBLATT

„Unverzichtbares Standardwerk für zielgerichtete Recherche im Internet.“
Münchener Merkur

„Die thematischen Zusammenstellungen mit kurzen, oft nur zweizeiligen Bewertungen können auch Journalisten Zeit sparen helfen, wenn es um die Einarbeitung in neue Themen geht.“
MEDIENDIENST KRESS

„Eine nützliche Orientierungshilfe im Datenschlingel bietet das 'Web-Adressbuch für Deutschland'.“
BERLINER MORGENPOST

„Wie findet man die besten und wichtigsten Internetadressen? Mit einem Blick ins Web-Adressbuch für Deutschland.“
B.Z.

„Eine Alternative für alle, die von Google-Suchergebnissen frustriert sind.“
COMPUTER BILD

„Das Web-Adressbuch für Deutschland bietet die definitiv umfangreichste und derzeit aktuellste Sammlung deutscher Web-Adressen.“
NDR

„Die gedruckte Alternative zu Google & Co. – Beim Web-Adressbuch für Deutschland kann man sich einfach durch die Themenbereiche treiben lassen und entdeckt ständig neue Surf-Tipps.“
WESTFALEN-BLATT



768 Seiten • 600 Screenshot-Abbildungen • Überall im Buch- und Zeitschriftenhandel erhältlich • 15. Auflage • ISBN 978-3-934517-14-1 • € 16,90



Die Bundesregierung will 2012 erstmals weniger Soldaten in Afghanistan einsetzen. Deren Aufgaben sollen zunehmend afghanische Sicherheitskräfte übernehmen.

Demokratie im Südkaukasus

MENSCHENRECHTE Die Bundesregierung soll in Gesprächen mit den Regierungen von Georgien, Armenien und Aserbaidschan die problematische Menschenrechtssituation in den Ländern thematisieren. Das fordert die Fraktion Die Linke in einem Antrag (17/7645), der am vergangenen Donnerstag an die zuständigen Ausschüsse überwiesen wurde. Ziel müsse sein, künftig jegliche Form repressiver Gewalt auszuschließen, schreiben die Abgeordneten. In der Menschenrechts-, Entwicklungs- und Außenpolitik Deutschlands müssten den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten der gleiche Stellenwert eingeräumt werden wie den bürgerlichen und politischen, heißt es weiter. Zudem sprechen sich die Abgeordneten dafür aus, gegenüber den Ländern die Freilassung von regierungskritischen Journalisten und Menschenrechtsverteidigern anzumahnen und den Auf- und Ausbau staatlicher Sicherungssysteme zu unterstützen. In Georgien habe sich die Menschenrechtssituation in den vergangenen Jahren verschlechtert, schreibt Die Linke. Das gleiche gelte für Armenien. Auch in Aserbaidschan sei die Lage bei den bürgerlichen und politischen Rechten angespannt. Seit ihrer Unabhängigkeit 1991 hätten die drei Länder schwierige Transformationsprozesse durchlaufen – belastet durch wirtschaftliche Not, innenpolitische Instabilität und gewaltsame Konflikte, heißt es weiter. **tyh**

Hilfe unter Bedingungen

AFGHANISTAN II Eine klares Signal, aber keine konkreten Zahlen: Zehn Jahre nach dem ersten Afghanistan-Konferenz auf dem Petersberg haben Anfang Dezember Vertreter aus 85 Ländern in Bonn über die Zukunft des Landes nach dem Abzug der internationalen Truppen 2014 beraten. Ihre Zusicherung: die internationale Staatengemeinschaft wird Afghanistan auch über dieses Datum hinaus unterstützen. Die Befriedung des Landes und den politischen Versöhnungsprozess mit den Taliban soll das Land zunehmend selbst in die Hand nehmen. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und UN-Generalsekretär Ban Ki Moon forderten die afghanische Regierung auf, Korruption und Drogenhandel zu bekämpfen. Merkel unterstrich, dass die Schwerpunkte der Hilfe auf die Ausbildung von Sicherheitskräften, den wirtschaftlichen Aufbau und Entwicklungszusammenarbeit verlagert würde. Außenminister Guido Westerwelle (FDP) sicherte deutsche Hilfen mindestens bis 2024 zu. Konkrete Zahlen wurden in Bonn nicht festgelegt. Über Höhe und Zeitraum der finanziellen Zusagen der Staatengemeinschaft soll eine Geberkonferenz im kommenden Jahr in Tokio entscheiden. Im Vorfeld der Konferenz hatte der afghanische Präsident Hamid Karzai Hilfen in der Größenordnung von fünf Milliarden US-Dollar im Jahr bis 2024 ins Gespräch gebracht. Das Geld benötige Afghanistan für den weiteren Aufbau von Polizei, Armee und staatlichen Institutionen, sagte Karzai in einem Gespräch mit dem Magazin „Der Spiegel“. Überschattet wurde die Konferenz vom Boykott Pakistans, das nach einem Nato-Angriff im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet seine Teilnahme kurzfristig abgesagt hatte. Ohne Mitwirkung des Nachbarlandes wird es aus Sicht vieler Beobachter keinen Frieden in Afghanistan geben. **ahn**

Der Abzug kann beginnen

AFGHANISTAN I Koalition will Bundeswehrmandat um ein weiteres Jahr verlängern – mit weniger Soldaten

Zehn Jahre nach Beginn des Afghanistan-Einsatzes will die Bundesregierung ab 2012 den Abzug der Bundeswehr einleiten. Am vergangenen Donnerstag zeichnete sich im Bundestag nach einer Regierungserklärung von Außenminister Guido Westerwelle (FDP) zur Lage in Afghanistan eine breite Mehrheit für eine Verlängerung des Bundeswehr-Mandats im Rahmen der internationalen Isaf-Schutztruppe ab. Nach Vorstellungen der Regierung soll es mit einer Reduzierung der Truppenstärke einhergehen. Bei der ersten Lesung des Regierungsantrags (17/8166) erklärten Westerwelle und Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU), die verbesserte Sicherheitslage und Fortschritte beim zivilen Aufbau am Hindukusch ermöglichen den Beginn des Abzugs. Während die SPD ihre Unterstützung für eine Mandatsverlängerung ankündigte, lehnten Die Linke und die Grünen dies ab. Neben dem Mandatsantrag lag der Debatte auch der am vergangenen Mittwoch vom Kabinett verabschiedete Fortschrittsbericht für Afghanistan (17/8180) zugrunde. Im Rahmen des bis Ende 2014 geplanten Abzugs der internationalen Truppen vom Hindukusch wird die Zahl der deutschen Soldaten laut Westerwelle bis Februar zunächst auf

4.900 vermindert. Derzeit liegt die Obergrenze bei rund 5.300 Mann. Im Laufe des nächsten Jahres sollen weitere 500 Soldaten zurückkehren, „sofern es die Sicherheitslage erlaubt“, sagte Westerwelle. „Der Trend einer sich von Jahr zu Jahr verschlechternden Sicherheitslage ist vorerst gebrochen“, sagte der Außenminister. Demnächst werde die Hälfte des afghanischen Territoriums unter der Verantwortung einheimischer Sicherheitskräfte stehen. De Maizière ergänzte, 2011 sei die Zahl der Anschläge im ganzen Land um 25 Prozent und im Norden Afghanistans, wo die Bundeswehr stationiert ist, um 50 Prozent gesunken. Der CDU-Politiker verurteilte die „veränderte Anschlagstaktik“ der Aufständischen, die zu einer höheren Zahl ziviler Opfer führe. Fortschritte bei der weiteren „labilen“ Sicherheitslage seien auch erzielt worden, „weil ganze Gebiete militärisch freigezogen wurden“. Westerwelle betonte, die internationale Staatengemeinschaft und Deutschland würden sich über 2014 hinaus am Hindukusch engagieren: „Kabul darf nie wieder Hauptstadt der Terroristen werden.“ Allerdings werde es „keine militärische, sondern nur eine politische Lösung geben“.

Aus Sicht der SPD-Abgeordneten Gernot Erler entspricht der Regierungsantrag weitgehend den von seiner Fraktion seit Langem erhobenen Forderungen. Am Hindukusch helfe nur eine politische Lösung. Die Übertragung der Verantwortung an die Afghanen könne nur schrittweise erfolgen, Deutschland solle sich auf die Ausbildung von Polizisten und Soldaten konzentrieren. Die ersten Schritte hin zur Übernahme der Zuständigkeit durch einheimische Sicherheitskräfte verliefen vielversprechend, sagte Erler, sie könnten sich gegen Angriffe der Aufständischen behaupten. Gleichwohl warnte der SPD-Parlamentarier davor, in einen „naiven Optimismus zu verfallen“. So könne die Übergabe an einer mangelnden Einsatzfähigkeit der afghanischen Kräfte scheitern. Der Härtestest stehe noch bevor, bisher hätten die Einheimischen „eher ruhige Regionen“ übernommen.

Widerstand Wolfgang Gehrcke (Die Linke) kritisierte, dass von der Regierung angestrebte Mandat laufe im Kern darauf hinaus, die Bundeswehr in Afghanistan zu belassen und den Krieg fortzusetzen, weil die Nato fälschlicherweise glaube, militärisch gewinnen zu können. Eine solche Strategie gefährde eine politische Lösung, betonte Gehrcke: „Der Abzug der Militärs ist der Schlüssel, um eine politische Lösung erreichen zu können.“ Solange am Hindukusch der Eindruck bestehe, das Land sei besetzt, werde es Widerstand geben, erklärte Gehrcke: „Die bisherige Afghanistan-Politik ist gescheitert.“

Für Bündnis 90/Die Grünen lobte Frithjof Schmidt die Bonner Afghanistan-Konferenz Anfang Dezember (siehe Beitrag rechts) als „wichtigen Schritt“ hin zu einem Konzept, das auf eine politische Lösung, zivilen Aufbau und Truppenabzug setze. Dem Ziel, die Aufständischen in Verhandlungen einzubinden, widerspreche jedoch der Strategiewechsel der Bundeswehr hin zu einer offensiven Bekämpfung der Taliban. Die Bilanz dieses Vorgehens sei „düster“, da es zu zivilen Opfern komme, was den Aufständischen zur Rekrutierung neuer Kräfte ver helfe. Schmidt bezeichnete die angekündigte Verringerung des Bundeswehrkontingents als „Luftnummer“ und „Mogelpackung“, tatsächlich würden nur 200 Soldaten zurückgeholt. Aus Sicht des CDU-Parlamentariers Andreas Schockenhoff hat die „verantwortungsvolle Übergabe der Verantwortung an die Afghanen Vorrang vor der Verwirklichung ehrgeiziger Zeitpläne“. Die Sicherheitslage habe sich „weiter verbessert, auch wenn noch nicht alles erreicht wurde“. So wachse etwa die Zahl der Überläufer aus den Reihen der Regierungsgegner. Für Bijan Djir-Sarai lässt ein positiver Trend bei der Sicherheitslage trotz diverser Rückschläge eine Truppenverminderung zu. Langfristig sei in Afghanistan noch viel Engagement für den Ausbau einer Zivilgesellschaft nötig, meinte der FDP-Abgeordnete. So sei etwa bei der Entwicklung der Demokratie und einer guten Regierungsführung noch einiges zu tun. Schon viele Fortschritte seien im Bildungswesen und bei der me-

dizinischen Versorgung der Bevölkerung zu verzeichnen. Eine innere Aussöhnung, so Djir-Sarai, könne nur von den Afghanen selbst vorangebracht werden. Ein Antrag der Fraktion Die Linke scheiterte am vergangenen Donnerstag im Plenum. Die Abgeordneten hatten gefordert, den Bundeswehreininsatz in Afghanistan „unverzüglich“ für beendet zu erklären. Eine breite Mehrheit votierte gegen die Vorlage (17/8027, 17/7547). **Karl-Otto Sattler**

KOMPAKT

- Mandat** Der Antrag der Bundesregierung (17/8166) sieht vor, dass die Zahl der vor Ort eingesetzten Soldatinnen und Soldaten 2012 erstmals herabgesetzt wird. Ab Februar nächsten Jahres sind nur noch 4.900 Streitkräfte vorgesehen.
- Obergrenze** Derzeit liegt die Obergrenze bei rund 5.350 Mann. Stationiert sind momentan 5.000 Soldaten. Im Laufe des nächsten Jahres sollen weitere 500 Soldaten zurückkehren.
- Kosten** Die Gesamtkosten des auf ein Jahr angelegten Mandats sollen mehr als eine Milliarde Euro betragen.
- Rückzug** Der Abzug der Truppen ist für Ende 2014 vorgesehen.

Für geistige Freiheit

SACHAROW-PREIS Diskussion aus Anlass der Verleihung

Wie geht es weiter mit dem Arabischen Frühling? Wie sollte Europa handeln? Das waren die Fragen einer Podiumsdiskussion am vergangenen Freitag im Informationsbüro des Europäischen Parlaments in Berlin. Anlass für die Veranstaltung mit dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, Ruprecht Polenz (CDU), der Grünen-Parlamentarierin Barbara Lochbihler, Vorsitzende des Unterausschusses für Menschenrechte des Europäischen Parlaments, und Sonja Hegasy vom Zentrum Moderner Orient war die Verleihung des Sacharow-Preises am Mittwoch. Damit würdigt das Europäische Parlament seit 1988 Persönlichkeiten und Organisationen, die sich für Menschenrechte und Meinungsfreiheit einsetzen. In diesem Jahr wurden fünf Aktivisten des Arabischen Frühlings ausgezeichnet: die ägyptische Demonstrantin Asmaa Mahfouz, Ahmed al-Zubair Ahmed al-Sanusi, Libyens am längsten inhaftierter politischer Gefangener, die syrische Menschenrechtsaktivistin Razan Zaitouneh und der syrische Karikaturist Ali Farzat. Posthum erhielt der Tunesier Mohamed Bouazizi den Preis. Seine Selbstverbrennung löste die Proteste aus. „Das Europäische Parlament hat mit der Verleihung ein Zeichen gesetzt“, betonte Polenz. Dennoch müsse man sich bewusst sein, dass nicht Europa die Revolution ma-

che, sondern diese nur unterstützen könne. Das Europäische Parlament beschäftige sich derzeit mit der verfehlten Politik gegenüber den Diktatoren der arabischen Welt, berichtete Lochbihler. Man habe zu lange auf eine falsche Stabilität gesetzt. Hegasy wies darauf hin, dass die Veränderungen in der arabischen Welt ein langer Prozess und nicht mit den Wahlen beendet seien. **tyh**



Die Sacharow-Preisträgerin Asmaa Mahfouz bei der Verleihung in Straßburg

Bruch mit der Diktatur

BESUCH Lammert wünscht Tunesien ein »starkes Parlament«

Ein Jahr nach Beginn des Arabischen Frühlings in Tunesien hat das nordafrikanische Land ein demokratisch gewähltes Staatsoberhaupt. Eine große Mehrheit der verfassungsgebenden Versammlung bestimmte vergangene Woche den Mediziner und früheren Dissidenten Moncef Marzouki zum Übergangspräsidenten. Marzoukis Mitte-Links-Partei CPR war bei der ersten freien und demokratischen Wahl zum Übergangsparlament im Oktober zweitstärkste Kraft hinter der islamischen Ennahda-Partei geworden. Deren Generalsekretär Hammedi Jebali beauftragte Marzouki vergangene Woche als designierten Premierminister mit der Regierungsbildung.

Freies Parlament Eine Woche zuvor hatte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) Tunesien als erster hochrangiger westlicher Gast nach den Wahlen im Oktober einen Besuch abgestattet und dabei Marzouki, Jebali und Vertreter der Opposition getroffen. Marzouki berichtete von der zwischen den tunesischen Parteien intensiv geführten Diskussion über das künftige politische System. Noch sei offen, ob Tunesiens staatliche Strukturen präsidial oder parlamentarisch geprägt sein werden. Bundestagspräsident Lammert wünschte der künftigen tunesischen Regierung ein starkes Parla-

ment. Jedes Land habe zwar eine Regierung, aber nicht jedes ein freies und starkes Abgeordnetenhaus, sagte Lammert. Der designierte Premier Jebali wies Befürchtungen zurück, dass das nordafrikanische Land nach dem Sieg der islamischen Ennahda-Partei einen islamistischen Weg einschlagen könnte. Tunesien werde weder ein religiöser noch ein militärischer Staat, versicherte Jebali. Lammert, sein Fraktionskollege, der CDU-Bundestagsabgeordnete Arnold Vaatz, sowie Josef Winkler, Abgeordneter von Bündnis 90/Die Grünen, standen in Tunis ausführlich Rede und Antwort über die deutschen Regeln zur Parteienfinanzierung, die Fünf-Prozent-Hürde bei Bundestagswahlen und andere praktische Fragen, die die neuen tunesischen Politiker im Hinblick auf die von ihnen zu schaffenden Gesetze interessierten. Unter anderem wollen sie schon bald ein Wahl-, Parteien- und Pressegesetz formulieren. Ende 2012 sollen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen stattfinden. Es gebe keine Blaupause für die Schaffung demokratischer Verhältnisse, warnte der Bundestagspräsident. Er sagte Deutschlands Hilfe zu und verwies unter anderem auf die arabischsprachigen Internetseiten des Bundestages, auf denen Gesetzestexte oder auch die Geschäftsordnung des Parlaments zu finden seien. **sad/dpa**

Anzeige

DAS WILL ICH LESEN!

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Meinung.
Mehr Parlament.*

Bestellen Sie unverbindlich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.

Telefon 069-75014253
parlament@fs-medien.de
www.das-parlament.de

Thema: Zukunft des Wissens im digitalen Zeitalter

ENTWICKLUNGSMASCHINE
Im Internet wird geistiges Eigentum flüchtig wie nie
SEITE 10

SUCHMASCHINE
Was wie im World Wide Web flüchtig liegt in den Händen weniger Konzerne
SEITE 13

DasParlament

Die Ware Wissen
BEGERHTE ROHSTOFF Informationen sind Kapital. Für die Gesellschaft und für den Einzelnen.

Krise als Chance

EUROPA I Die Bundeskanzlerin nennt die Ergebnisse des jüngsten EU-Gipfels einen Durchbruch. Zu wenig, zu unverbindlich, sagt die Opposition und warnt vor verfassungsrechtlichen Klippen



Währungen weltweit unter Druck: Die EU-Länder haben sich mit Ausnahme der Briten für den Weg strenger gemeinsamer Haushaltsdisziplin entschieden.

Von einem „Durchbruch“ ist die Rede, von einer „Wende zum Guten“ und der Krise als Chance: 20 Minuten hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) am vergangenen Mittwoch Zeit, um in einer Regierungserklärung im Bundestag die jüngsten Brüsseler Gipfelbeschlüsse zu erläutern. Die Opposition stellte da bereits die Frage, welche Krise überwog: die europäische oder eine hausgemachte der Koalition in Berlin, wo der FDP-Generalsekretär Christian Lindner am Vormittag seinen Rückzug bekannt gegeben hatte – zwei Tage vor der Bekanntgabe des Mitgliederentscheids seiner Partei zum Euro-Rettungsschirm ESM. Der SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier sah der Bundeskanzlerin ihre Regierung bereits „um die Ohren“ fliegen.

Londons Veto Für die Bundeskanzlerin stand indes fest: Die in Brüssel beschlossene Fiskalunion ist ein „Durchbruch zu einer Stabilitätsunion“. Die Mitgliedsländer der EU hätten sich auf einen gemeinsamen Kurs verständigt, dessen Kern laute: Verbindliche Schuldenbremsen, gemeinsame Kontrolle, ausgeglichene Haushalte in den Mitgliedsstaaten. „Wir reden nicht nur über eine Fiskalunion. Wir haben angefangen, sie zu schaffen“, sagte Merkel. „Das ist in seiner Bedeutung nicht hoch genug einzuschätzen.“ Mit der jüngsten Einigung in Brüssel sei es nunmehr möglich, die „Konstruktionsfehler“ der Wirtschafts- und Währungsunion zu beheben, sagte Merkel. Die angestrebten Änderungen der 17 Euro-Länder und der „großen Mehrheit aller 27 Mitgliedstaaten“ der EU sollen bis März nächsten Jahres in einem

zwischenstaatlichen Vertrag vereinbart werden. Merkel bedauerte, dass sich Großbritannien mit seinem Veto einer Lösung im Rahmen der EU-Verträge verweigert habe. Sie betonte ausdrücklich, dass das Land weiter ein wichtiger Partner in der EU sein werde.

EU-Vertrag Zu wenig, zu unverbindlich, obendrein völker- und verfassungsrechtlich bedenklich – so lautete das Urteil der Opposition. SPD-Fraktionschef Steinmeier warf der Kanzlerin vor, nach der Eurokrise nunmehr eine „veritable Verfassungskrise“ in Europa zu provozieren. Das Vorhaben, einen Vertrag außerhalb des EU-Vertrags zu machen, sei nur „auf den ersten Blick harmlos“, sagte Steinmeier und fuhr fort: „Wenn sich auch nur ein einziger Staat auf den Vorrang des Europarechts, also auf den Lissabon-Vertrag, beruft, dann gilt der Vorrang des Lissabon-Vertrages.“ Die Fiskalunion sei deshalb kein Durchbruch, sondern ein „Scheinriese“.

Linksfraktionschef Gregor Gysi warf der Bundesregierung vor, eine „Agenda-2010-Union“ für ganz Europa einführen zu wollen. Dies bedeute „Lohnabbau, Rentenkürzung, prekäre Beschäftigung, Outsourcing, Teilprivatisierung der Renten“ und des Gesundheitswesens. Eine EU aber, die für Sozialabbau stehe und Lebensperspektiven nehme, zerstöre das Vertrauen der Europäer. Jürgen Trittin, Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen attestierte der Bundesregierung eine falsche Ursachenanalyse, wenn sie von einer Staatsschuldenkrise spreche: „Diese Krise ist ausgelöst worden auch in Staaten wie Irland und Spanien mit einer vorbildlichen Haushaltsführung“, weil diese Länder gezwungen gewesen sei-



en, private Schulden zu verstaatlichen. Wenn die Bundesregierung jetzt harten Sparprogrammen das Wort rede, dann würde sie das Wachstum in Europa ab und verlagere die Krise, sagte Trittin. FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle entgegnete, der Gipfel habe „gute Ergebnisse“ gebracht. Nationale Haushalte würden künftig strenger überwacht, bei Verstößen gegen den neuen „Stabilitätspakt II“ würden automatische Sanktionen greifen. Ein zwischenstaatlicher Vertrag sei nicht die „elegante Lösung“, sagte Brüderle, aber es sei besser „mit Hausmannskost zum Ziel zu kommen“, als in schöner Anmutung unterzugehen. Der Fraktionschef der Union, Siegfried Kauder, kritisierte, dass die SPD den Konsens

KOMPAKT

> **EU-Gipfel** Die Staats- und Regierungschefs haben in Brüssel schärfere gemeinsame Haushaltskontrollen beschlossen.

> **Haushalte** Euro-Staaten sollen ihre Haushalte grundsätzlich ausgleichen. Tun sie das nicht, greifen automatische Sanktionen. Der Europäische Gerichtshof und auch die EU-Kommission sollen über die Einhaltung der Stabilitäts-Kriterien wachen.

> **Rettungsschirme** Der Rettungsmechanismus ESM wird auf 2012 vorgezogen. Außerdem wollen die EU-Länder bis zu 200 Milliarden Euro Kredite für die Krisenbekämpfung durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) bereitstellen.

der letzten Wochen, die Euro-Krise gemeinsam zu lösen, offenbar aufgekündigt habe. Die Sozialdemokraten forderten einerseits die Finanztransaktionssteuer, andererseits kritisierten sie die Bundesregierung dafür, dass Großbritannien unter anderem genau wegen der deutschen Forderung nach dieser Steuer beim EU-Gipfel ausgespart sei. „Wir kämpfen um die Stabilität des Euro“, sagte Kauder, es gehe hier um „Zukunftschancen von Hunderten Millionen Menschen in Europa“. Die Euro-Länder dürften nicht an einer Lösung gehindert werden, wenn einige nicht mitmachten, sagte Kauder. Der Unionsfraktionschef stellte außerdem klar, dass der Bundestag „von Anfang an“ auf dem Weg zu den vertraglichen Änderungen beteiligt werden solle.

Mitspracherechte Bei Präsidium und Ältestenrat des Bundestages dürfe Kauder mit dieser Forderung offene Türen eingerannt haben: Am vergangenen Freitag wandte sich Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) im Namen beider Gremien in einem Brief an die Bundeskanzlerin mit der Bitte, das Parlament über die Vertragsänderungen zu informieren und bei der Ausarbeitung zu beteiligen. Bereits einige Tage zuvor hatte Lammert eine Prüfung der Gipfelbeschlüsse angekündigt. Zugleich aber meinte er, dass sie am Bundestag nicht scheitern würden. Es müsse jedoch geklärt werden, ob sich verfassungsrechtliche Probleme „durch direkte Eingriffe der EU-Kommission oder eines europäischen Währungskommissars in die nationalen Haushalte und damit das parlamentarische Budgetrecht ergeben“, sagte der Bundestagspräsident dem Magazin „Der Spiegel“.

Alexander Heinrich

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Kritik an griechischer Flüchtlingspolitik

EUROPA II Die Fraktionen des Bundestages setzen sich dafür ein, die Situation der Flüchtlinge in griechischen Flüchtlingslagern zu verbessern. Einen fraktionsübergreifenden Antrag (17/797) legten CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen vor und einen separaten die Fraktion Die Linke (17/8139). Nach Beratung durch das Plenum wurde der fraktionsübergreifende Antrag vergangenen Donnerstag mit Mehrheit angenommen, jener der Linken zur weiteren Diskussion an die Ausschüsse überwiesen. Die Koalitionsfraktionen, SPD und Grüne fordern in ihrem Antrag das griechische Parlament auf, die „menschlich unwürdigen Zustände“ in den Auffanglagern des Landes endlich zu beenden und dazu die Mittel aus den EU-Flüchtlingsfonds zu beantragen. Auch solle das Parlament zügig mit dem Aufbau eines funktionierenden Asylsystems beginnen und die Migranten solange anderweitig unterbringen. Zur Begründung schreiben die Abgeordneten, dass 2010 fast 90 Prozent der Flüchtlinge, die nach Europa kamen, über die türkisch-griechische Landesgrenze einreisten. Dort würden sie in Lagern teilweise bis zu sechs Monaten in großer Enge, ohne Warmwasser und Zugang zu medizinischer Versorgung festgehalten.

Die Linke fordert die Bundesregierung auf, sich „im Europäischen Rat und gegenüber der griechischen Regierung für eine sofortige Lösung für die menschenunwürdige Situation der Flüchtlinge einzusetzen“. Außerdem plädiert sie für eine gemeinsame Übernahme von Flüchtlingen durch andere EU-Mitgliedstaaten, um das griechische Asylsystem zu entlasten. In der Debatte zeigte Stephan Mayer (CSU) Verständnis für die schwierige aktuelle Lage Griechenlands. Dies dürfe das Land jedoch nicht von der Verantwortung erheben, schnellstmöglich für vernünftige Zustände in den Flüchtlingslagern zu sorgen. Daniela Kolbe (SPD) betonte, dass es vor diesem Hintergrund wichtig sei, weiter keine Flüchtlinge nach Griechenland zurückzuschicken. Serkan Tören (FDP) kritisierte, dass Griechenland die EU-Fördermittel zur Lösung des Problems bisher nicht abgerufen habe. Ulla Jelpke (Die Linke) beklagte, dass die EU-Flüchtlingspolitik bisher vor allem auf Abschottung gesetzt habe, ohne sich auf einheitliche Asylrechtsstandards zu einigen. Josef Philip Winkler (Bündnis 90/Die Grünen) sah ebenfalls Reformbedarf beim europäischen Flüchtlingsrecht. Denn es sei derzeit nicht in der Lage, ein faires Umverteilungsverfahren auf die Länder der EU zu gewährleisten.

Starker Bundestag in Brüssel

EUROPA III Die Koalitionsfraktionen und die Fraktion Die Linke drängen darauf, die Mitspracherechte des Bundestages in europapolitischen Belangen weiter zu stärken. Vergangenen Donnerstag überwies das Plenum einen Antrag von CDU/CSU und FDP (17/8137) und einen von der Linken (17/8138) an die Ausschüsse. CDU/CSU und FDP äußern sich grundsätzlich zufrieden mit der Umsetzung des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bundestag und Bundesregierung (EUZBBG). Das Gesetz ist Teil der Begleitgesetzgebung zum Vertrag von Lissabon. Dennoch gebe es in Einzelfällen Unklarheiten bei der Auslegung des Gesetzes, die beseitigt werden müssen, schreiben sie. Sie fordern die Bundesregierung deshalb auf, die Berichterstattung gegenüber dem Bundestag in europapolitischen Belangen qualitativ zu verbessern. Aus Sicht des Bundestages seien grundsätzlich alle Initiativen für Vertragsentwürfe und dazugehörige Dokumente sowie geplante Rechtsakte in die Berichterstattung einzubeziehen, die im weiteren Sinne unter den in Artikel 23 Absatz 2 GG verwendeten Begriff der „Angelegenheiten der Europäischen Union“ gefasst werden können. Insbesondere solle jene Bestimmung des EUZBBG konkretisiert wer-

den, wonach die Bundesregierung über Sitzungen im Rahmen der Euro-Gruppe, des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees sowie des Wirtschafts- und Finanzausschusses lediglich mündlich berichtet. Die Abgeordneten fordern darüber hinaus, dem Bundestag eine angemessene Frist einzuräumen für Beratungen, in denen es um Eilentscheidungen geht. Die Linke fordert die Bundesregierung auf, ihre Unterrichtspflichten „umfassend und proaktiv“ erfüllen. Auch müsse die Koordinierung zwischen dem Bundeswirtschaftsministerium und den einzelnen Fachressorts verbessert werden, um sicherzustellen, dass dem Bundestag die wichtigen EU-Dokumente möglichst früh und umfassend übermittelt werden. Zur Begründung schreibt die Fraktion, dass trotz der insgesamt verbesserten Mitsprache des Bundestages die Bundesregierung in für die Zukunft der EU entscheidenden Fragen die Rechte des Parlaments systematisch umgehe. So seien unter dem Vorwand der „Eilbedürftigkeit“ die parlamentarischen Mitwirkungsrechte im Hinblick auf die Einrichtung des Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM) ausgehebelt und der Bundestag erst nachträglich informiert worden.

Gemeinsame Beratung zu EU-Finzen

EUROPA IV Insgesamt eine Billion Euro will die EU zwischen 2014 und 2020 investieren. Gemeinsam mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments hat der Europaausschuss des Bundestages Anfang Dezember diesen Plan – den künftigen Finanzrahmen der EU von 2014 bis 2020 – in Brüssel beraten. Der Ausschussvorsitzende Günther Krichbaum (CDU) lobte solche gemeinsame Sitzungen als Modell für die Parlamente in allen EU-Mitgliedstaaten. Bevor die Abgeordneten beider Parlamente in die inhaltliche Diskussion gingen, legte der stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Europaparlaments, Ivalio Kalfin, die Position der Brüsseler Abgeordneten dar. Der bulgarische Sozialdemokrat betonte, die Höhe des EU-Haushalts habe jahrelang bei einem Prozent der EU-Wirtschaftsleistung gelegen. Wenn sich die EU-Kommission mit ihren im Juni vorgelegten Vorschlägen zum mehrjährigen Finanzrahmen durchsetze, dann sinke das Unionsbudget auf unter ein Prozent der EU-Wirtschaftsleistung. Wenn man allerdings die in der Wachstumsstrategie 2020 gesteckten Ziele erreichen wolle, müssten die Mittel aufgestockt werden. „Wir brauchen dann einen Anstieg von fünf Prozent“, sagte Kalfin.

Sein Kollege im Europaparlament Reimer Böge (CDU) machte deutlich: „Wenn die EU-Staaten das Mehr von fünf Prozent nicht wollen, dann müssen sie sagen, welche der von ihnen gewünschten und vertraglich verankerten Ziele gestrichen werden sollen.“ Der Berichterstatter für den Finanzrahmen forderte parallele Verhandlungen sowohl auf Ebene der Parlamente als auch der Mitgliedstaaten. Man müsse versuchen, im zweiten Halbjahr 2012 zu einer Lösung zu kommen. Gleichzeitig betonte Böge, dass man nicht ins Leere laufe, wenn die Verhandlungen scheitern sollten: „Dann gelten die Vorgaben des Haushalts 2013 weiter.“ Europaabgeordnete der FDP plädierten für Umstrukturierungen innerhalb des Budgets. In Zeiten der Schuldenkrise müsse der Sparkurs auch für die EU gelten. Gleichzeitig wiesen sie darauf hin, dass viele EU-Mittel nicht abgerufen würden. Angesichts des Schuldenbergs, so warnten wiederum Abgeordnete der Grünen, würde es für die südlichen EU-Staaten künftig schwieriger, die für Infrastrukturprojekte notwendige Kofinanzierung aufzubringen. Viele verkehrspolitischen Projekte seien zu ambitioniert.

Solidarität mit lupenreinen Demokraten

RUSSLAND Die Abgeordneten des Bundestages würdigen die russische Demokratiebewegung und fordern eine Prüfung der Duma-Wahlergebnisse

So mancher Beobachter riß sich die Augen: Mehrere Zehntausende Menschen gingen Mitte Dezember in Moskau und anderen russischen Städten gegen die Politik des Kreml auf die Straße. Das hatte es so seit mindestens zehn Jahren nicht gegeben. Während Russland in der vergangenen Woche mit dem Beitritt zur Welthandelsorganisation WTO und einer Zusage über Milliardenhilfe zur Euro-Rettung Schlagzeilen machte, lenkten die Abgeordneten im Bundestag den Blick auf eine Entwicklung, die viele nicht für möglich gehalten hätten. In einer von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragten Aktuellen Stunde würdigten die Abgeordneten am Donnerstag die friedlichen Proteste als Ausdruck einer Zivilgesellschaft, die sich mit der Kreml-Politik der „gelenkten Demokratie“ nicht mehr abfinden wolle. Über die Fraktionsgrenzen hinweg forderten die Abgeordneten eine

Überprüfung der Duma-Wahl vom 4. Dezember, die Freilassung verhafteter friedlicher Demonstranten und die Gewährleistung von Meinungs- und Pressefreiheit.

Ämtertausch Das „zynische Modell der gelenkten Demokratie“ sei widerlegt, sagte für die Unionsfraktion der Außenexperte Andreas Schockenhoff. Der „inszenierte Ämtertausch“ zwischen Premier Wladimir Putin und Präsident Dmitri Medwedew gelte den Protestierenden nicht als Ausweis von Stabilität, er stehe für „Stillstand und Stagnation“. Die demokratisch gesinnten „neuen Russen“ hätten den Nichteinmischungsvertrag zwischen Kreml und Gesellschaft aufgekündigt. Sie seien „Mutbürger“, auf die der russische Staat als wichtigste „Modernisierungspartner“ genauso angewiesen sei, wie nunmehr der Westen im politischen Dialog mit Russland, sagte Schockenhoff.

Als Ursache der Proteste nannte Franz Thönes (SPD) vor allem den Eindruck vieler junger Russen, getäuscht worden zu sein. Neben einer Untersuchung der Wahlfälschungsvorfälle forderte Thönes die russische Führung auf, bei der Präsidentschaftswahl im März die Wahlstandards des Europarats zu gewährleisten und unabhängige Beobachter nicht zu behindern. Als „Lebenszeichen der Zivilgesellschaft“ wertete Michael Link (FDP) die Proteste, die nicht nur viele im Westen überrascht habe, sondern auch den Kreml. Die von der russischen Führung so häufig vorgetragene Stabilität sei mehr als eine Bestätigung des Status Quo, sagte Link. Stabil sei ein Land dann, wenn in ihm ein Regierungswechsel auf friedlichem und demokratischem Weg möglich ist. Der Außenexperte der Linksfraktion, Wolfgang Gehrcke, mahnte, die Diskussion über Russland „nicht von oben

herab“ zu führen und auch bei den Protesten genauer hinzuschauen. Unter den Demonstranten seien auch nationalistische

und rechtsextreme Gruppen gewesen, denen man eine deutliche Absage erteilen müsse.



„Keine Stimme“: Zehntausende Demonstranten zweifeln am Ergebnis der Duma-Wahl.

Marieluise Beck (Bündnis 90/Die Grünen) erinnerte daran, dass Putin in Deutschland als „lupenreiner Demokrat“ bezeichnet und von „vielen Seiten hofiert“ worden sei. Sie verwies auf Äußerungen des Ostauschusses der Deutschen Wirtschaft: Dieser hätte vor den Wahlen seine „tiefe Genugtuung“ darüber ausgedrückt, dass ein zukünftiger Präsident Putin wieder der richtige Man am rechten Ort sein werde. Ein Land, in dem Journalisten um ihr Leben fürchten müssten und in dem Zehntausende Unternehmer staatlicher Willkür ausgesetzt seien, weil sich Beamte im Staatsapparat deren Betriebe einverleiben wollten – ein solches Land sei nicht stabil, sagte Beck. Dass junge Russen hohe Hürden bei Einreise und Arbeitslaubnis in der EU in den Weg gestellt würden, nannte Beck „einen Skandal“. „Wir brauchen Reisefreiheit für junge Menschen“, sagte die Abgeordnete.



Verwaltungsmitarbeiter des Deutschen Bundestags mit Migrationshintergrund in vorweihnachtlicher Stimmung: Slobodan Djunovic, Argirios Kehagias, Jasmin Merati-Kashani und Yüstra Erkus (von links nach rechts)

Weihnachten gibt es zweimal

MIGRATION Zuwanderer sind Brückenbauer zwischen den Kulturen – auch im Bundestag. Gedanken zum Jahreswechsel

Vorweihnachtliche Klänge erfüllen den Bundestag. Während die meisten Abgeordneten durch die langen Gänge und Flure eilen, findet sich in der großen Halle des Paul-Löbe-Hauses, direkt neben dem imposanten Reichstagsgebäude, ein Pol der inneren Ruhe. Ein Posaunenchor stimmt mit seinen festlich golden schimmernden Instrumenten Weihnachtslieder an. Die Klänge schallen bis unter die Decke der hohen Halle in schwindelerregender Höhe. Auf den einzelnen Etagen beugen sich neugierige Menschen über die Brüstung der Balkone zur Halle, um trotz der Eile und Arbeit wenigstens einen kurzen Augenblick lang teilzuhaben. Am letzten Abend vor den parlamentarischen Weihnachtsferien, drei Tage vor dem vierten Advent, haben sich hier Abgeordnete, ihre Mitarbeiter, Mitarbeiter der Bundestagsverwaltung, Gäste und Besucher unter dem imposanten Weihnachtsbaum zum alljährlichen Adventssingen getroffen.

»Ich habe Glück, wir feiern zwei Mal Weihnachten. Am 24. gibt es Geschenke.«

Slobodan Djunovic

initiative teilzunehmen. Begleitet von dem kleinen Blasensemble stimmen sie sich fast eine Stunde lang auf das nahende Fest ein. Ein evangelischer Prälat heißt alle willkommen; Menschen aller Religionen seien herzlich eingeladen, teilzunehmen. Einige der Gesichter in der stimmungsvollen Runde wirken fremdländisch, einige davon südländisch. Eine Selbstverständlichkeit auch im Bundestag. Denn der beschäftigt in seiner Verwaltung auch ausländische Mitarbeiter. Über diese Erkenntnis ist Slobodan Djunovic ein Stein von Herzen gefallen, als er sich vor rund zwei Jahren um eine Stelle in der Bundestagsverwaltung beworben hatte. Der heute 29-jährige Diplom-Informatiker ist für die Serververwaltung zuständig. Er kommt gerade von einer Weihnachtsfeier mit Kollegen zurück in sein Büro und erinnert sich, wie er sich damals „ganz spontan“ beim Bundestag beworben hat. Darauf hin fragten ihn Freunde und Bekannte, ob er als serbischer Staatsbürger ohne deutschen Pass überhaupt im Bundestag arbeiten dürfe. An diese Einschränkung hatte Djunovic ganz und gar nicht gedacht und „sofort erst einmal nachgefragt“ – um zu erfahren, dass „die Staatsbürger-

schaft für den öffentlichen Dienst nicht relevant ist“. Und, fügt Djunovic hinzu, „als EU-Bürger kann man in Deutschland sogar Beamter werden“. Als er die Stelle schließlich bekam, bewarb er sich sofort um die deutsche Staatsbürgerschaft. „Die habe ich auch sofort problemlos bekommen. Zuvor hatte ich eine unbegrenzte Aufenthaltsgenehmigung, das hat vollkommen ausgereicht, ich habe keinen deutschen Pass gebraucht. Ich konnte mich hier frei bewegen, wie jeder Deutsche auch“. Er ist froh, dass es so reibungslos geklappt hat, „für mich ist es auch wirklich eine Ehre zu sagen, ich arbeite beim Deutschen Bundestag“. **Orthodoxe** Slobodans Eltern stammen aus Belgrad, „wie fast alle Serben“, fügt er ein wenig traurig hinzu, „viel mehr ist nach dem Krieg vom Land damals auch nicht übrig geblieben“. Sie seien aber nicht wegen des Krieges, sondern schon viel früher nach Deutschland gekommen, um hier zu arbeiten. Slobodan ist zweisprachig aufgewachsen; jeden Sommer fährt die Familie in die Heimat auf dem Balkan. Neben der zweiten Muttersprache profitiert der junge Mann auch von seiner Religion: „Ich habe

»Der 24. ist bei uns auch kein normaler Tag, sondern das Fastenbrechen.«

Argirios Kehagias

Glück, wir feiern zwei Mal Weihnachten. Am 24. gibt es Geschenke, da feiern wir deutsche Weihnachten und am 6. Januar steht dann das Religiöse im Vordergrund.“ Slobodan Djunovic gehört der serbisch-orthodoxen Kirche an, die nach dem alten Kalender das Weihnachtsfest am 6. Januar begeht. In Berlin, wie vielerorts in Deutschland, gibt es eine serbisch-orthodoxe Gemeinde, der er angehört. Doppelte Freude zur Weihnachtszeit gibt es auch für Argirios Kehagias, einem Bundestagsmitarbeiter griechischer Eltern. „Ich bin auch Christ“, sagt der dunkelhaarige junge Mann, „griechisch-orthodox.“ Im Gegensatz zu den serbisch-orthodoxen Christen feiern sie Weihnachten am 25. Dezember. „Aber der 24. ist bei uns auch kein normaler Tag“, führt Kehagias aus, „sondern das Fastenbrechen. Wir fasten vor Weihnachten.“ Es gebe drei „große Fastenzeiten“ in der griechisch-orthodoxen Kirche, „vor Ostern, vor Weihnachten und vor dem 15. August, Maria Himmelfahrt“.

Weihnachtsdekoration Seit 2007 ist Argirios Kehagias in der Bundestagsverwaltung tätig, damals hat er seine Ausbildung im Bundestag begonnen und erfolgreich beendet. Er wurde übernommen und ist nun vornehmlich für die Serververwaltung im Hause zuständig. Seine Kollegen und Aufgaben schätzt er sehr im Bundestag – und auch die Weihnachtsdekoration. „Wie wäre es, wenn man alles normal lassen würde?“, empört er sich. Das Weihnachtsfest feiere seine Familie zwar am 25. Dezember, „aber ganz normal. Wir treffen uns mit der Familie am Nachmittag, dann essen wir und gehen in die Kirche“. Auch die griechischen Orthodoxen haben eine eigene Gemeinde in Berlin. Der Unterschied zu anderen orthodoxen Kirchen, erklärt Kehagias, sei, dass die Griechen nicht nach dem alten Kalender ihre Feste begehen. Deshalb falle das Neujahrsfest auf den 1. Januar. Für Slobodan Djunovic ist zwar das „Hauptneujahrsfest“, wie er Silvester nennt, „das normale“. Das serbische Neujahr sei dann etwa zwei Wochen später, aber „das feiern wir nicht wirklich, da es meistens in der Woche fällt und der nächste Tag nicht extra frei ist. Wir stoßen nur im kleinen Kreis an. Man gratuliert sich und sagt 'Ich wünsche Dir ein frohes serbisches Neujahr'“.

Glück, wir feiern zwei Mal Weihnachten. Am 24. gibt es Geschenke, da feiern wir deutsche Weihnachten und am 6. Januar steht dann das Religiöse im Vordergrund.“ Slobodan Djunovic gehört der serbisch-orthodoxen Kirche an, die nach dem alten Kalender das Weihnachtsfest am 6. Januar begeht. In Berlin, wie vielerorts in Deutschland, gibt es eine serbisch-orthodoxe Gemeinde, der er angehört. Doppelte Freude zur Weihnachtszeit gibt es auch für Argirios Kehagias, einem Bundestagsmitarbeiter griechischer Eltern. „Ich bin auch Christ“, sagt der dunkelhaarige junge Mann, „griechisch-orthodox.“ Im Gegensatz zu den serbisch-orthodoxen Christen feiern sie Weihnachten am 25. Dezember. „Aber der 24. ist bei uns auch kein normaler Tag“, führt Kehagias aus, „sondern das Fastenbrechen. Wir fasten vor Weihnachten.“ Es gebe drei „große Fastenzeiten“ in der griechisch-orthodoxen Kirche, „vor Ostern, vor Weihnachten und vor dem 15. August, Maria Himmelfahrt“.

»Weihnachten feiern, obwohl ich nicht daran glaube, ist sehr widersprüchlich.«

Yüstra Erkus

Bewerbungen Wie viele Mitarbeiter der Bundestagsverwaltung einen Migrationshintergrund haben, lässt sich aus Gründen des Datenschutzes nicht erheben. Außerdem sei „Migrationshintergrund“ auch schwer zu definieren, erklärt ein Mitarbeiter des Personalreferats. Allerdings unterstützt die Bundestagsverwaltung „die Ziele des Nationalen Integrationsplans“. In Stellenausschreibungen wird deshalb teils explizit darauf verwiesen, dass die Verwaltung auch „an Bewerberinnen und Bewerbern mit Migrationshintergrund interessiert“ sei. Yüstra Erkus hat mittellange, glatte, dunkle Haare und ist eine fröhliche junge Frau. „Ich bin seit gut einem Jahr hier im Bundestag. Nach dem Abi habe ich die Ausbildung zur Verwaltungsfachangestellten begonnen, die dauert drei Jahre. Es gefällt mir gut und macht Spaß“, fügt sie hinzu. Yüstra Erkus ist in Berlin geboren, ihre Eltern sind aus der Türkei, in die sie gemeinsam mit ihren Geschwistern jedes Jahr reisen. „Meine Mutter kommt aus einem Dorf in der Nähe von Istanbul. Mein Vater stammt aus der Nähe der türkisch-syrischen Grenze“, sagt sie. Die Eltern kamen unabhängig vonei-

ander nach Deutschland, ihre Mutter im Alter von zehn Jahren, gemeinsam mit ihren Eltern, die auf der Suche nach Arbeit waren. Ihr Vater war bereits 20 Jahre alt, als er zuerst in Holland und dann in Deutschland arbeitete. Zuhause spreche die Familie abwechselnd türkisch und deutsch, wobei sie so manches Mal durcheinander komme, erzählt Erkus lachend. **Fest des Glaubens** Natürlich sei sie Muslima. „Weihnachten feiere ich nicht“, sagt sie resolut und fügt hinzu: „Ich feiere Weihnachten nicht. Nicht, weil ich nicht daran glaube, sondern weil ich keine Christin bin. Und ich finde es nur berechtigt, wenn man wirklich Christ ist.“ Sie verstehe es „wirklich nicht“, dass Leute Weihnachten feiern, die nicht daran glauben. Dann macht sie eine Pause, sucht nach Worten und fährt fort, „das ist doch ein christliches Fest! Mitfeiern, obwohl ich nicht dran glaube, ist schon sehr widersprüchlich!“ Sie selbst gehe aber gern auf den Weihnachtsmarkt mit ihrer Familie, das gehöre schon dazu. Und die Weihnachtsbeleuchtung vom Bundestag sei schon „nett“. Und Weihnachtsbäume auch. Im letzten Jahr hat Yüstra zwischen den Jahren gearbeitet, denn den christlichen Kollegen sei der Urlaub natürlich wichtiger. Aber in diesem Jahr kann sie ein paar Tage frei nehmen. Yüstra Erkus will die Zeit nutzen, um endlich einmal Verwandte in Wien zu besuchen. „Unsere Familie ist eben überall“, sagt sie lachend. **Politischer Ort** Im Paul-Löbe-Haus klingt das interfraktionelle Adventssingen aus. „Gerade hier an einem sonst so politischen Ort“, heißt es seitens der Initiatoren, stimme man sich gemeinsam auf Weihnachten ein. Im „Forum der Nation“ sind es längst nicht mehr nur die Abgeordneten, die die Interessen ihrer Wähler vertreten und somit die Bevölkerung repräsentieren. Sondern es sind vor allem auch die Mitarbeiter, die für die kulturelle und religiöse Vielfalt Deutschlands stehen. **Verena Renneberg**



Das Berliner Reichstagsgebäude in weihnachtlicher Atmosphäre

STICHWORT

ZUWANDERUNG – Aktuelle Zahlen und Fakten

> Migrationsbericht Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat vergangene Woche den aktuellen Migrationsbericht vorgelegt. Er gibt einen ausführlichen Überblick über das Wanderungsgeschehen 2010.

> Zuwanderung Laut Bericht wandern immer mehr qualifizierte Arbeitskräfte zu.

> Nationalitäten 73,3 Prozent der Immigranten stammen aus Europa; davon 19,9 Prozent aus den alten und 38 Prozent aus den zwölf neuen EU-Staaten. Häufigstes Herkunftsland der zugewanderten Menschen war Polen, gefolgt von Rumänien, Bulgarien, der Türkei und Ungarn.

Mehr zum aktuellen Migrationsbericht unter: www.bamf.de

Bürokratieabbau als Daueraufgabe

WIRTSCHAFT Der Bürokratieabbau soll weiter vorangetrieben werden. Der Bundestag stimmte am Donnerstag einem Antrag der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP (17/7636, 17/8167) zu, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, ihre Arbeit in diesem Bereich zu intensivieren und dabei insbesondere die Schwerpunkte Steuervereinfachung, Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren und die Einrichtung eines Frühwarnsystems für mittelstandsrelevante EU-Regulierungen zu setzen. SPD- und Linksfraction stimmten gegen den Antrag. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen enthielt sich.

In einer Bilanz der bisherigen Entbürokratisierungsmaßnahmen wiesen die Koalitionsfraktionen darauf hin, noch vor fünf Jahren hätten die Unternehmen 50 Milliarden Euro im Jahr für Bürokratiekosten aufwenden müssen. Inzwischen sei eine dauerhafte Entlastung um zehn Milliarden Euro gelungen. Zu den einzelnen Forderungen der Fraktionen gehört unter anderem die Vereinheitlichung und Verkürzung von gesetzlichen Aufbewahrungsfristen für Unternehmen und private Haushalte im Handels-, Steuer- und Sozialrecht.

Abgelehnt wurde ein Antrag der SPD-Fraktion (17/7610). Darin wird gefordert, für den Zeitraum ab 2012 ein allgemeinverbindliches Bürokratieabbauziel und ein neues Nettoentlastungsziel bei den Informations- und Statistikkosten festzulegen. In der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am Mittwoch hatte Eckart von Klæden (CDU), Staatsminister bei der Bundeskanzlerin, weitere Maßnahmen zum Abbau der Bürokratie angekündigt. Die Eckpunkte der Regierung sähen eine Reduzierung der Aufbewahrungsfristen für Rechnungen und andere Belege, Vereinfachungen in der Finanz- und Lohnbuchhaltung sowie weitere Maßnahmen in den Bereichen Gesundheit und Pflege vor. *hle* ||

KURZ NOTIERT

EU zahlte 122 Milliarden an Griechenland

Griechenland hat seit 1981 aus dem EU-Haushalt insgesamt 122,75 Milliarden Euro erhalten. Dies teilte die Bundesregierung auf die schriftliche Frage des CSU-Abgeordneten Johannes Singhammer (17/7239) mit. Der deutsche Anteil an diesen Zahlungen betrage 24,67 Prozent, heißt es in der Antwort weiter. Außerdem erhalte Griechenland zur Zeit Darlehen aus dem im Frühjahr 2010 vereinbarten EU-/IMF-Hilfsprogramm. Der Anteil der Euro-Mitgliedstaaten betrage 80 Milliarden und der Anteil Deutschlands 22,4 Milliarden, der von der KfW-Bankengruppe gezahlt und von der Bundesregierung garantiert werde. *hle* ||

Einfache Umstellung auf neues Lastschriftverfahren

Die Integration der bestehenden Einzugsermächtigungen in den neuen harmonisierten Zahlungsverkehrsraum in Europa (SEPA) ist möglich. In einem von der Bundesregierung als Unterrichtung (17/8072) vorgelegten Bericht über die Maßnahmen der Kreditwirtschaft zur Umstellung bestehender Einzugsermächtigungen auf das SEPA-Lastschriftmandat heißt es, die von der Kreditwirtschaft vorbereiteten Maßnahmen seien geeignet, „eine Umstellung bestehender Einzugsermächtigungen selbstständig, rechtssicher und innerhalb eines angemessenen Zeitraums durchzuführen“. Gesetzesänderungen seien nicht erforderlich. *hle* ||

Energieverbrauch soll europaweit sinken

Die SPD-Fraktion fordert eine wirkungsvolle Ausgestaltung der Energieeffizienz-Richtlinie der Europäischen Union. In einem Antrag (17/8159), der am Donnerstag vom Bundestag an die Ausschüsse überwiesen wurde, heißt es, „ohne entschiedenes Handeln auf nationaler wie auch auf europäischer Ebene können die Ziele zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Senkung des Primärenergieverbrauchs nicht annähernd bis 2020 erreicht werden“. Für die SPD-Fraktion ist eine europäische Zielsetzung klimapolitisch am wirkungsvollsten. *hle* ||

Grüne wollen geordnete Insolvenz von Staaten

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht sich für die Möglichkeit einer geordneten internationalen Staateninsolvenz aus. In einem Antrag (17/8162) fordert die Fraktion die Bundesregierung auf, sich für die Einführung eines Staateninsolvenzverfahrens einzusetzen. Im Rahmen des europäischen Rettungsschirms ESM solle ein „verbindlicher, unparteiischer und umfassender Insolvenzmechanismus für die Eurozone“ etabliert werden. *hle* ||



Spritpreise kennen in Deutschland meistens nur eine Richtung: nach oben

Abzocke an der Zapfsäule

WIRTSCHAFT I Benzin- und Dieselkraftstoffe sind so teuer wie nie. Die Bundesregierung lehnt jede Preisregulierung ab

Das Autofahren ist so teuer wie nie. Das zu Ende gehende Jahr dürfte nach ADAC-Berechnungen mit einem Durchschnittspreis von 1,52 Euro pro Liter Benzin und 1,41 Euro pro Liter Diesel das teuerste Autofahrer-Jahr werden. Besonders teuer geworden ist Diesel. Denn bezogen auf die unterschiedlichen Steuersätze müsste Diesel eigentlich 22 Cent billiger sein als Ottokraftstoff. Abhilfe ist nicht in Sicht: Denn die Bundesregierung will die Benzinpreise nicht regulieren. Dies erklärte ein Vertreter der Regierung am Mittwoch im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie. Nach seinen Angaben hat eine Prüfung des „österreichischen Modells“ und anderer Maßnahmen zur Preisregulierung ergeben, „dass diese Modelle keine Verbesserung des Wettbewerbs erwarten lassen“. In Österreich dürfen die Mineralölpreise an den Tankstellen nur einmal am Tag erhöht werden. Preisenkungen können jedoch häufiger vorgenommen werden.

Österreich kein Vorbild Dazu hieß es von der Regierung, diese Benzinpreismodelle würden den Wettbewerb durch eine weitere Festigung der Marktstrukturen schwächen. Denn eine Regelung wie in Österreich verstärkte den Anreiz, den Preis stärker zu erhöhen als im Wettbewerb notwendig, um ihn dann in zahlreichen kleinen Schritten wieder fallen zu lassen. Zudem würden in Deutschland die Benzinpreise nach den Erfahrungen des Bundeskartellamtes ohnehin höchstens einmal am Tag erhöht. Die Regierung kündigte die „konsequente Anwendung bestehender kartellrechtlicher Instrumente“ an. Sollten Zukäufe von Tankstellen durch große Mineralölunternehmen geplant sein, würden die Unternehmen einer strengen Fusionskontrolle unterliegen. Außerdem soll das derzeit bis Ende 2012 befristete Verbot der sogenannten „Preis-Kosten-Schere“ in Dauerrecht überführt werden. Danach dürfen große Mineralölunternehmen ihren Konkurrenten Kraftstoffe

nicht zu einem höheren Preis liefern als dem, den sie selbst an ihren eigenen Tankstellen von den Endverbrauchern verlangen. Damit werde der Wettbewerb gestärkt. Die Regierung wies aber auch auf die Preisentwicklung auf den internationalen Märkten hin. So habe sich der Preis für einen Barrel (159 Liter) Rohöl auf dem Rotterdamer Markt von unter 60 Euro im Januar 2010 auf über 80 Euro im November dieses Jahres erhöht. Die Preise für Benzin und Diesel hätten sich auseinanderentwickelt. So sei der Literpreis für Diesel auf dem Großmarkt inzwischen 11,2 Cent höher als der für Benzin. Es gebe eine stark gestiegene Nachfrage nach Diesel und saisonal bedingte eine größere Nachfrage nach Heizöl. Leichtes Heizöl ist wie Diesel ein sogenanntes Mitteldestinat. Beide Produkte sind produktionstechnisch eng verbunden.

Teure Biokomponenten Außerdem kommt den Autofahrer die Beimischung sogenannter Biokomponenten teuer zu stehen. Wie aus einem Bericht der Regierung hervorgeht, liegt der Preis für Biodiesel 17 Cent je Liter über dem Preis für fossilen Diesel. Im Dieseldieselkraftstoff sind bis zu sieben Prozent Biodiesel enthalten. Auch Ethanol, das herkömmlichem Benzin beige mischt wird, ist 15 Cent pro Liter teurer. Ottokraftstoff kann bis zu fünf Prozent Ethanol enthalten. Im europäischen Vergleich seien die deutschen Kraftstoffpreise jedoch niedrig, versicherte die Bundesregierung und verwies auf Erhebungen der EU-Kommission, nach denen die deutschen Benzinpreise (ohne Steuern) im November die dritt niedrigsten in der EU waren. Beim Diesel hatten die deutschen Nettopreise im Herbst durchschnittlich auf dem neunten Rang gelegen. In 18 Mitgliedsstaaten seien die Nettopreise damit höher als in Deutschland gewesen. Einschließlich Steuern hätten die Preise im europäischen Vergleich gerade noch im oberen Drittel gelegen. Die CDU/CSU-Fraktion verwies in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses auf eine

Untersuchung des Bundeskartellamtes. Die Behörde habe völlig zu Recht die Oligopol-situation auf dem von wenigen Konzernen dominierten deutschen Markt kritisiert. Ein Sprecher der Fraktion wundert sich auch, dass eine bestimmte Tankstellenkette Benzin stets um einen Cent pro Liter billiger anbiete als die anderen. Die Diskriminierung freier Tankstellen durch zu teure Benzinlieferungen müsse beendet werden. Die SPD-Fraktion bezeichnete die Spielräume des Gesetzgebers, preisbildend zu wirken, als gering. Daher wundere man sich über „vollmundige Ankündigungen des Wirtschaftsministeriums“ zur Preis-Kosten-Schere. Die FDP-Fraktion verwies darauf, dass die freien Tankstellen nichts vom österreichischen Modell wissen wollten. Das Problem der freien Tankstellen seien vielmehr die zu hohen Preise des von den Raffinerien kommenden Benzins. Man müsse sich den Raffinerie-Strukturen und den Verrechnungspreisen zuwenden. Die Raffinerien würden immer mehreren Konzernen gehören.

Die Fraktion Die Linke forderte eine Reduzierung des Benzinverbrauchs. Die Benzinpreisentwicklung gehe zum Teil auf das Oligopol auf dem deutschen Markt zurück. Die Linke forderte eine „missbrauchsunabhängige Entflechtung“, um das Oligopol aufzulösen und kritisierte die Haltung der Bundesregierung, die diese Entflechtung ablehne. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bezeichnete die Spekulationen als „dominanten Effekt“ für die gestiegenen Benzinpreise. 14 Cent der Preissteigerungen seien auf die Spekulation zurückzuführen, erklärte die Fraktion unter Berufung auf eine Studie. Der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie, Ernst Hinsken (CSU), erklärte, er persönlich könne dem österreichischen Modell „viel abgewinnen“. Es sei verbraucherfreundlich und verhindere Preischwankungen, wie er sie in seinem Wahlkreis erlebt habe: auf der Hinfahrt habe der Liter 1,39 Euro gekostet, auf der Rückfahrt 1,46. *Hans-Jürgen Leersch* ||

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

SPD fordert Girokonto für jedermann

FINANZEN Kreditinstitute sollen verpflichtet werden, Menschen ohne Girokonto ein solches Konto auf Guthabenbasis einzurichten. Das Konto solle die üblichen Basisfunktionen bieten, heißt es in einem Antrag der SPD-Fraktion (17/7823). „Eine breite Teilhabe am bargeldlosen Zahlungsverkehr fördert die Eingliederung einkommensschwächerer Bevölkerungsschichten und den sozialen Zusammenhalt in Deutschland“, stellen die Abgeordneten fest. Ohne Konto sei es nur schwer möglich, eine Wohnung oder einen Arbeitsplatz zu finden. Zur Vermeidung unangemessen hoher Gebühren für die Kontoführung soll ein Entgeltrahmen festgesetzt werden, so dass die Kosten nicht höher würden als die Kosten üblicher Gehaltskonten. Das Konto soll den im normalen bargeldlosen Zahlungsverkehr notwendigen Leistungsumfang bieten. Die SPD-Fraktion erinnert daran, dass die Spitzenverbände des deutschen Finanzwirtschaft bereits 1995 den Banken empfohlen hätten, je-

dem Verbraucher auf Wunsch ein Guthabenkonto zur Verfügung zu stellen. „Nach über 15 Jahren ist die deutsche Kreditwirtschaft weiterhin nicht bereit, allen Bürgerinnen und Bürgern einen Zugang zum bargeldlosen Zahlungsverkehr zu gewährleisten“, heißt es in dem Antrag. Hunderttausende würden in Deutschland kein Girokonto erhalten. Zu dem zum 1. Juli 2010 per Gesetz eingeführten „Pfändungsschutzkonto“ (P-Konto) verweist die SPD-Fraktion auf Untersuchungen von Verbraucherschützern, wonach es nach der Umstellung normaler Konten auf P-Konten zu erheblichen Gebührenerhöhungen gekommen sei. Durch überhöhte Gebühren würden die Institute die Kunden zur Kündigung der Konten drängen. „Mit dem Verzicht auf eine wirksame Selbstregulierung zwingt die Branche den Gesetzgeber nunmehr, die Institute zur Führung eines Guthabenkontos für bisher kontolose Verbraucher gesetzlich zu verpflichten“, stellt die SPD-Fraktion fest. *hle* ||

Hoher Flächenverbrauch ungelöst

VERKEHR UND BAU I Alle Fraktionen sind für eine Reduktion des Flächenverbrauchs. Trotzdem fand ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (17/6502) am Mittwoch im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung mit dieser Forderung keine Mehrheit, da die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP bei Enthaltung der SPD den Antrag ablehnten. Die Grünen fordern darin die Bundesregierung auf, am 30-Hektar-Ziel festzuhalten, nach dem ab 2020 täglich nur 30 Hektar Flächen für die Siedlungsentwicklung verbraucht werden dürfen. Weiter soll die Regierung eine Grundlage für strategische und nachhaltige Planungen schaffen und den Fehlentwicklungen durch Bebauung im Außenbereich und durch große Infrastrukturprojekte mit starker Zerschneidungswirkung begegnen. Dabei sollen unter anderem

Projekte im Fernstraßenbedarfsplan, die besonders wertvolle zusammenhängende Lebensräume entwerfen, einer besonderen naturschutzfachlichen Prüfung unterzogen werden. Durch die Reduzierung von Flächenverbrauch und die Anwendung von Flächenrecycling würden nicht nur Fehlinvestitionen in Milliardenhöhe auf der „Grünen Wiese“ vorgebeugt, sondern es werde die Grundlage für eine kontinuierliche Stadtmmodernisierung geschaffen. Die Koalition wolle am 30-Hektar-Ziel festhalten, erklärten die Abgeordneten. Um dieses Ziel zu erreichen, sollten aber eher die Innenstädte weiter verdichtet und nicht Flächen im Außenbereich bebaut werden. Die SPD-Fraktion befürchtet mit dem Antrag mehr Bürokratie. Für die Linksfraction zeigt die Initiative einen guten Weg zur Flächenreduktion auf. *mik* ||

Münchner Flughafen vor Ausbau

VERKEHR UND BAU II Die Planungen für den Bau der dritten Start- und Landebahn am Flughafen München können weitergehen. Einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (17/7479), in dem eine Aussetzung des Baus gefordert wurde, lehnte der Verkehrsausschuss am Mittwoch mit den Stimmen der Koalition und der SPD bei Enthaltung der Linksfraction ab. Die Grünen fordern darin von der Bundesregierung, über ihre Beteiligung von 26 Prozent an der Flughafen München GmbH (FMG) dafür zu sorgen, dass bis zum endgültigen Abschluss aller gerichtlichen Verfahren kein Baubeginn erfolgt. Außerdem soll die FMG keine Verträge mit Dritten eingehen, die den Bund unabhängig vom Ausgang des gerichtlichen Verfahrens zu finanziellen Verbindlichkeiten verpflichten. Es bestehe kein Grund zur Eile, heißt es weiter zur Be-

gründung. Für den Ausbau des Flughafens gebe es keinen Bedarf. Für die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP ist der Ausbau des Münchener Flughafens „dringend“ nötig, da jetzt schon in Spitzenzeiten die Kapazitäten nicht ausreichen würden. Laut Prognosen werde der Flugverkehr in den kommenden Jahren noch zunehmen. Die SPD wies darauf hin, dass es voraussichtlich im nächsten April ein Bürgerbegehren geben werde. Dies müsse auf jeden Fall abgewartet werden, bevor unumkehrbare Entscheidungen getroffen würden. Für die Linke sind die Belastungen durch eine dritte Landebahn für Bürger und Umwelt größer als der wirtschaftliche Nutzen. Die Antragsteller wiesen unter anderem darauf hin, dass die Anwohner „massiv“ belastet würden und zudem der Flughafen in Nürnberg Nachteile erleiden könnte. *mik* ||

Lob für das Handwerk

WIRTSCHAFT II Hinsken lobt Leistung des Mittelstands

Das deutsche Handwerk blickt zufrieden auf das zu Ende gehende Jahr zurück. In der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie am Mittwoch sagte der Präsident des Zentralverbandes des deutschen Handwerks (ZdH), Otto Kentzler, seine Branche erwarte ein Umsatzwachstum von fünf Prozent und einen Beschäftigungszuwachs um 25.000. Zugleich wies Kentzler auf die Probleme der Betriebe hin. So hätten 40 Prozent der Firmen Schwierigkeiten, geeignetes Fachpersonal zu finden. Bis zu 11.000 Lehrstellen hätten nicht besetzt werden können. Daher werde das Handwerk die Bemühungen verstärken, gute Kräfte zu finden, zu fördern und auch in den Betrieben zu halten. Jeder fünfte Beschäftigte im deutschen Handwerk habe einen Migrationshintergrund. „Bei uns kommt es nicht darauf an, wo man herkommt, sondern wo man hin will“, sagte Kentzler. Zuvor hatte der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie, Ernst

Hinsken (CSU), auf die Bedeutung des Handwerks mit einer Million Betrieben und einem Umsatz von 464,5 Milliarden Euro hingewiesen. Im Handwerk seien 5,13 Millionen Menschen tätig. Knapp 440.000 Lehrlinge würden ausgebildet. „Das Handwerk bildet mit seiner Vielzahl mittlerer und kleinerer Betriebe das Rückgrat der deutschen Wirtschaft“, stellte Hinsken fest.

»Garant für Wachstum« Auch die Sprecher der Fraktionen unterstrichen die Bedeutung des Handwerks für die deutsche Wirtschaft. Das Handwerk sei „Garant für Wachstum und Beschäftigung“, würdigte die CDU/CSU-Fraktion. Für die FDP-Fraktion ist das Handwerk ein Ort der Stabilität in instabiler Zeit. Ein Sprecher der Fraktion lobte die Initiativen zur Nachwuchsgewinnung wie die Vorstellung von Handwerksberufen in Schulen.

Die SPD-Fraktion freute sich, dass es dem Handwerk so gut gehe. Sie wies aber auch auf neue Herausforderungen hin, die durch die Energieende etwa bei der Gebäudesanierung entstehen würden. Auch die Fraktion Die Linke bezeichnete den Beschäftigungszuwachs um 25.000 als „erfreuliche Entwicklung“. Das Handwerk sei ein wichtiger Wirtschaftsbereich. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wies auf zahlreiche Übereinstimmungen mit Positionen des deutschen Handwerks hin. Ohne das Handwerk könne die Energieende vor Ort nicht funktionieren. „Handwerk hat grünen Boden“, hieß es aus der Fraktion. *hle* ||



Ernst Hinsken (rechts) mit Handwerkspräsident Kentzler

KURZ NOTIERT

SPD gegen Verkauf des Duisburger Hafens

Der Duisburger Hafen muss in öffentlicher Hand bleiben. Dies fordert die SPD-Fraktion in einem Antrag (17/8140), der am Donnerstag erstmals im Bundestag beraten wurde. Deshalb soll die Bundesregierung die außerordentliche Bedeutung des Binnenhafens Duisburg für Nordrhein-Westfalen, Deutschland und Europa anerkennen und das Verfahren zur Veräußerung des Anteils des Bundes an der Duisburger Hafen AG „sofort“ stoppen. Weiter soll nicht durch den Verkauf einer rentablen Beteiligung auf stetig wachsende Gewinne für den Bund verzichtet werden. „Der Duisburger Hafen ist der weltweit größte Binnenhafen, der sich selbst in der Wirtschaftskrise positiv weiter entwickelt hat und als herausragendes Beispiel für einen modernen Hafen gilt“, schreibt die Fraktion zur Begründung. Die Bundesregierung habe mehrfach auf seine hohe Bedeutung für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, Beschäftigung und den Güterverkehr hingewiesen. Rund 350 Unternehmen seien am Duisburger Hafen ansässig, insgesamt würden etwa 40.600 Arbeitsplätze am Hafen hängen. Der Duisburger Hafen würde schwarze Zahlen mit steigender Tendenz schreiben. Trotzdem habe die Bundesregierung ein Verfahren zur Veräußerung seiner Anteile von 50 Prozent eingeleitet, heißt es in dem Antrag. *mik*

100 Millionen Euro für Libyen

Der Bundesfinanzminister hat im dritten Quartal dieses Jahres über- und außerplanmäßigen Ausgaben in Höhe von 272,39 Millionen Euro zugestimmt. Davon gingen allein 100 Millionen Euro als Darlehen an den Nationalen Übergangsrat zur Sicherung der demokratischen Entwicklung in Libyen. Das geht aus einer Unterrichtung durch die Bundesregierung (17/8080) hervor. Die Bewilligungen der über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich in dem Quartal auf 63,61 Millionen Euro. 60,9 Millionen Euro gingen davon an Aufwendungen an Auslandsdienstlehrkräfte und Programmlehrkräfte. *mik*

Überplanmäßige Ausgabe für das Schüler-BAföG

Der Bundesfinanzminister hat überplanmäßigen Ausgaben bis zur Höhe von 41,8 Millionen Euro für das Schüler-BAföG zugestimmt. Zudem bewilligte das Ministerium maximal 41,1 Millionen Euro für Zinszuschüsse für das BAföG und Erstattungen von Darlehensausfällen an die Kreditanstalt für Wiederaufbau. Dies geht aus zwei Unterrichtungen durch die Bundesregierung (17/8078, 17/8079) hervor. *mik*

Regierung soll über Berliner Flughafen informieren

Über die Flugrouten und die Lärmauswirkungen des Flughafens Berlin Brandenburg (BER), der im Juni in Betrieb genommen werden soll, will sich die Fraktion Die Linke in einer Großen Anfrage (17/6942) informieren. In insgesamt 68 Fragen wollen die Abgeordneten erfahren, von welchen Erwartungen die Bundesregierung bei der Entwicklung des Flugverkehrs bis 2025 ausgeht und ob sie eine Entwicklung des BER zu einem internationalen Flughafen mit Drehkreuzfunktion für absehbar hält. *mik*



Lärmschutzwände bieten oft nur unzureichenden Schutz vor Straßen- und Schienenlärm.

»Laut wie eh und je«

VERKEHR UND BAU Sachverständige halten Verkehrslärm für eine gesundheitliche Bedrohung

Verkehr macht Lärm, und Lärm kann krank machen. Das belegen zahlreiche medizinische Studien, und darüber waren sich auch die Sachverständigen bei der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung am vergangenen Mittwoch einig. Grundlage des Hearings waren ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (17/4652) „Schutz vor Bahnlärm verbessern – Veraltetes Lärmprivileg Schienenbonus abschaffen“ sowie ein Antrag der SPD-Fraktion (17/5461) mit dem Titel „Für einen Infrastrukturkonsens – Schutz der Menschen vor Straßen- und Schienenlärm nachdrücklich verbessern“. Professor Rainer Guski, Ruhr-Universität Bochum, wies darauf hin, dass in der Lärmwirkungsforschung äquivalente Dauerschallpegel oberhalb von etwa 60 Dezibel (dB) am Tag und 50 dB in der Nacht als gesundheitliche Bedrohung angesehen werden. Beziehe man diese Pegel auf die bundesdeutsche Wohnbevölkerung, dann bedrohe der Straßenlärm tags und nachts jeweils 30,9 Prozent der Bevölkerung, der Schienenlärm tags 9,3 Prozent und nachts 21,1 Prozent. Für Wolfram Bartholomäus von der Bundesanstalt für Straßenwesen handelt es sich bei der Festlegung von Grenzwerten bei Lärmvorsorge um „politische Entscheidungen“. Das Wünschenswerte stehe dabei dem finanziell Machbaren gegenüber, und es müssten „vernünftige Kompromisse“ gefunden werden. Er wies in seiner Stellungnahme auf die Lärmschutzpakete der Bundes-

regierung aus den Jahren 2007 und 2009 hin, mit denen der Verkehrslärmschutz verbessert werden sollte. Darin ist vorgesehen, dass bis 2020 Belastungen durch Verkehrslärm im Vergleich zu 2008 um 20 Prozent im Flugverkehr, um 30 Prozent im Schienenverkehr und um 50 Prozent im Schienenverkehr abnehmen sollen. Dazu hat der Bund 2006 die für Lärmsanierung zur Verfügung stehenden Mittel auf 50 Millionen Euro pro Jahr verdoppelt sowie im vergangenen Jahr die Auslösewerte für Lärmsanierung an Bundesfernstraßen um drei dB abgesenkt. Doch wie soll die Lärmbelastung verringert werden? Grundsätzlich hielt Bartholomäus eine quellennahe Lärmbekämpfung für sinnvoll. Dies könne durch lärmarme Straßenbeläge, lärmgedämmte Reifen und zukünftig verstärkt auch durch lärmarme Fahrzeuge (Elektromobile) geschehen.

Leisere Straßenbeläge Christian Popp, Lärmkontor GmbH, kritisierte, dass in Deutschland eine systematische Erprobung von für den Innenortsbereich geeigneten Straßenbelägen mit lärmindernder Wirkung fehle. „Gelingt es nicht, für die Innenortstraßen, die die meisten Lärmbetroffenen in Deutschland erzeugen, geeignete Straßenbeläge sicher zu identifizieren, werden die Kommunen weiter an individuellen Lösungen basteln“, sagte er. Bei der Schiene erwarten die meisten Experten die größten Erfolge vor allem durch eine Modernisierung der Güterzüge. Deshalb forderte die Bundesregierung in einem Pilotprogramm die Umrüstung von 5.000 Güterwagen.

Außerdem will sie Ende 2012 eine lärmabhängige Differenzierung der Trassenpreise bei der Bahn einführen. Danach wird auf bis 2020 Belastungen durch Güterzüge, in die laute Güterwagen eingestellt sind, eine zusätzliche lärmabhängige Entgeltkomponente erhoben.

setzt sich auch Michael Jäckers-Cüppers von der Deutschen Gesellschaft für Akustik ein. Der Schienenbonus müsse mindestens für Belastungen, die gesundheitliche Risiken mit sich bringen, entfallen. Ulrich Möhler von Möhler + Partner Ingenieure AG hielt eine generelle Abschaffung des Schienenbo-

vorbeifahrenden Güterzügen und bei geringen Abständen zwischen dem Verkehrsweg und der Wohnbebauung sollte die Anwendung des Schienenbonus überprüft werden, sagte er. Möhler wies auf die unterschiedlichen Schallpegel beim Lärm von der Schiene und der Straße hin. Während es beim Straßenverkehrslärm durchaus eine Dauerbelastung gebe, seien für den Schienenverkehrslärm nach Ruhephasen Pegelspitzen typisch. „Die Bahngeräusche werden als weniger andauernd und unausweichlich bewertet und der Bahnlärm wird insgesamt als weniger beeinträchtigend empfunden, da die Geräusche für Betroffene vorhersagbar sind“, schreibt Ulrich Möhler in seiner Stellungnahme.

Zentrales Umweltproblem Für Roland Diehl von der Interessengemeinschaft Bahnprotest an Ober- und Hoch-Rhein (IG BOHR) hat sich der Schienenverkehrslärm inzwischen zu einem zentralen Umweltproblem entwickelt. Während sich beim Straßenlärm durch leisere Motoren, lärmminimierende Reifen und Straßenbeläge eine erfreuliche Entwicklung abzeichne, sei der Schienengüterverkehr auf Grund des noch immer „überwiegend eingesetzten (uralten) Wagenmaterials laut wie eh und je“. Deshalb forderte er, den Schienenbonus angesichts der hohen Belastungen des Schienenetzes mit immer schnelleren, schwereren und zahlreicheren Güterzügen „unverzüglich“ auszusetzen. „Wir können uns ein Privileg für den Bahnlärm nicht mehr leisten“, sagte er. *Michael Klein*



Auch an autofreien Tagen tun Lärmschutzwände ihren Dienst.

Mit diesen Einnahmen und einem Bundeszuschuss von 152 Millionen Euro soll Güterwagenhaltern, die ihre Wagen umrüsten, ein Bonus gezahlt werden. Außerdem will die Regierung den Schienenbonus abschaffen, der besagt, dass fünf dBA vom gemessenen Schallpegel abgezogen werden. Dafür

mus auf der Grundlage der jüngsten Untersuchungen der Lärmwirkungsforschung für „nicht begründbar“. Es habe sich jedoch gezeigt, dass der pauschale Ansatz des Korrekturwertes von fünf dBA für alle Situationen des durchgehenden Schienenverkehrs nicht angemessen sei. Insbesondere bei häufig

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Transparentere Flughafengebühren

VERKEHR Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes (17/8098) vorgelegt. Damit soll vor allem die Richtlinie 2009/2012/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 über Flughafenentgelte umgesetzt werden. Die Richtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten auf gemeinsame Regeln zur Festlegung von Flughafenentgelten für Flughäfen mit jährlich mehr als fünf Millionen Fluggastbewegungen. Flughafengebühren werden erhoben für die Nutzung der Einrichtungen und Dienstleistungen, die ausschließlich von Flughafenbetreibern bereitgestellt werden und mit Landung, Start, Beleuchtung und Abstellen von Flugzeugen sowie mit der Abfertigung von Fluggästen und Fracht in Zusammenhang stehen. Damit soll sichergestellt werden, dass diese Flughafengebühren in transparenter und nicht diskriminierender Weise erhoben werden. Mit dem Gesetzentwurf sollen zugleich die Verbraucherschutzbestimmungen aus der Verordnung (EG) Nummer 1008/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. September 2008 über gemeinsame Vorschriften für die Durchführung von Luftverkehrsdiensten in der Gemeinschaft umgesetzt werden. Dabei geht es vor allem darum, allen Kunden transparente Preise und in gleicher Weise Zugang zu

den angebotenen Flugpreisen zu gewähren. Zudem sollen durch den Gesetzentwurf unbemannte Luftfahrzeugsysteme (Drohnen) als eine neue Kategorie von Luftfahrzeugen eingeführt werden. Weiter soll klargestellt werden, dass Flüge zum Absetzen von Fallschirmspringern genauso wie Flugsportgeräte generell von der Betriebsgenehmigung nach Paragraph 20 Absatz 1 befreit sind. Der Gesetzentwurf wurde am vergangene Donnerstag zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen. Das gilt ebenso für einen Gesetzentwurf der Linksfraktion zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes (17/8129). Damit will die Fraktion festschreiben, dass im Luftverkehr der nächtliche Lärmschutz Priorität vor wirtschaftlichen Belangen haben soll. Gemäß Luftverkehrsgesetz diene die Flugsicherung der sicheren, geordneten und flüssigen Abwicklung des Luftverkehrs, schreibt die Fraktion. Der Schutz vor Fluglärm finde somit bei der Abwicklung des Luftverkehrs keine ausdrückliche Erwähnung. Zwar verpflichte das Gesetz die Luftfahrtbehörde und die Flugsicherung, auf den Schutz der Bevölkerung vor unzumutbarem Fluglärm „hinzuwirken“. In der Praxis würden Lärmschutzbelange aber in der Regel hinter die betrieblichen Belange der Flughafenbetreiber und der Flugesellschaften treten. *mik*

Attacken gegen Steuerpolitik der Koalition

FINANZEN Linksfraktion wirft Bundesregierung Begünstigung bestimmter Gruppen vor

Die Linksfraktion hat der Koalition von Union und FDP vorgeworfen, ihrer Klientel auf Kosten der Allgemeinheit Steuergeschenke zu machen. Ganz schnell sei nach der Bundestagswahl 2009 das Hotel- und Gaststättengewerbe mit einer eine Milliarde Euro teuren Steuersenkung beschenkt worden, erklärte die Finanzexpertin der Linken, Barbara Höll, am Mittwoch in einer von ihrer Fraktion beantragten Aktuelle Stunde zum Thema „Angekündigte aber bisher nicht angegangene steuerpolitische Vorhaben der Bundesregierung“. Aus der angekündigten großen Mehrwertsteuerreform und der Unternehmenssteuerreform sei nichts geworden. Dabei gebe es große Risiken mit der Verlustverrechnung durch Unternehmen.

»Nase voll« Wenn die Unternehmen alle Verluste in einem Jahr geltend machen würden, würde das zu Steuerausfällen von 150 Milliarden Euro führen, und „wir wären alle ziemlich pleite“. Die Koalition agiere „wie ein Weihnachtsgeschenk“, indem sie an bestimmte Gruppen Geschenke verteile. Die Bevölkerung habe „die Nase voll“, sagte Höll. Dagegen erklärte der CDU/CSU-Finanzexperte Hans Michaelbach, die Steuerpolitik der Koalition schaffe Wachstum und fördere die Leistungsbereitschaft der Bürger. „Ih-

re Weihnachtsgeschichte war voll daneben“, rief Michaelbach Höll zu. Die Opposition wolle nur die Steuerschraube weiter anziehen. „Das Abkassiermodell in diesem Haus heißt seit jeher Rot-Rot-Grün“, sagte Michaelbach, der auf zahlreiche steuerpolitische Initiativen der Koalition hinwies. Die Koalition habe Bürger und Unternehmen um 8,5 Milliarden Euro entlastet. Mit dem Gesetzentwurf zur „kalten Progression“

stehe jetzt auch ein Beitrag zu mehr Steuerungerechtigkeit und eine Entlastung um sechs Milliarden Euro auf dem Programm. „Ihre Geschenke bedeuten für einen Niedrigverdienenden 1,41 Euro. Nicht einmal eine Tasse Kaffee im Monat kann er sich davon leisten“, kontierte die SPD-Finanzexpertin Petra Hinz, die Michaelbach vorwarf, „platte Sprüche“ zu klopfen: „Heiße Luft, die man sich schenken kann.“ Was die Opposition behauptete, sei „schlicht falsch“, erklärte Volker Wissing (FDP): „Wir arbeiten hart daran, die kalte Progression abzumildern.“ Sie habe noch keine Koalition erlebt, die zu Beginn der Legislaturperiode „so die Backen aufgebläht hat, was sie alles tun will“. Und am Ende sei nichts herauskommen, sagte Christine Scheel (Bündnis 90/Die Grünen). „Das, was Sie versprochen haben, erfüllen Sie nicht. Was man von Ihnen erwarten müsste, erfüllen Sie auch nicht“, kritisierte Scheel. Die Grünen-Abgeordnete verabschiedete sich mit der Rede aus dem Bundestag und dankte „für sehr viele gute Gespräche in vielen Jahren“. Sie freue sich auf eine neue Herausforderung, „einem Konzern dazu zu helfen, zu einem Nachhaltigkeitskonzern zu werden“. Christine Scheel wechselt im Februar in den Vorstand des süddeutschen Energieunternehmens HSE. *hle*



Letzte Rede: Christine Scheel (Grüne)

Anzeige

Kürschners Handbuch Gesundheit
Ausgabe 2012
504 Seiten, Broschur
EUR 39,80
ISBN 978-3-87576-702-5

Kürschners Handbuch Luft- und Raumfahrt
Ausgabe 2012
504 Seiten, Broschur
EUR 39,80
ISBN 978-3-87576-693-6

Inhalt:

- Über 400 Fachpolitiker aus Bund, Ländern und Europa
- Übersichten der Fachausschüsse in den Parlamenten und Abteilungen in den Ministerien
- Namen und Kontaktdaten der zuständigen Ansprechpartner

Kürschners Politikkontakte Hauptstraße 74
53619 Rheinbreitbach
Tel. 02224 3232 · Fax 02224 78639 · E-Mail vertreib@dnv.info
Datenbank www.kuerschner.info · Shop www.politik-kontakte.de



Rund 20.000 Delegierte verschiedener Regierungen, Organisationen und Parlamente waren in Durban akkreditiert. Bundesumweltminister Norbert Röttgen (rechtes Bild, Mitte) leitete die deutsche Regierungsdelegation.

Mehr Rechte für Umweltverbände

UMWELT Die Klagemöglichkeiten für Umweltverbände sollen verbessert werden. Ein entsprechender Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (17/7888), der am vergangenen Donnerstag im Bundestag auf der Tagesordnung stand, wurde zur weiteren Beratung in die Ausschüsse überwiesen. In dem Gesetzentwurf fordern die Grünen mehr Rechte für Umweltverbände. Damit soll ein entsprechendes Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) in deutsches Recht umgesetzt werden. Die Luxemburger Richter hatten am 12. Mai 2011 entschieden (EuGH-115/09), dass die Klagemöglichkeiten für Umweltverbände in Deutschland erweitert werden müssten, da die Vorschriften des deutschen Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes (UmwRG) mit europäischem Recht nicht vereinbar seien. Bislang können Umweltverbände nur dann klagen, wenn sie unmittelbar oder individuell betroffen sind. Gerade in Bereichen, in denen einzelne Bürger keine Möglichkeit hätten, zu klagen, könnten Verbandsklagen eine bessere Durchsetzung umweltrechtlicher Standards bewirken, betonen die Grünen in ihrem Gesetzentwurf. Zudem könnten durch verbesserte Klagemöglichkeiten Defizite in bestimmten Verfahren erkannt und beseitigt werden. Auch Stiftungen sollen in Zukunft einfacher nach dem UmwRG klagen können, wenn sie überwiegend Ziele des Umweltschutzes fördern. **as**

Alle im selben Boot

UN-KLIMAKONFERENZ Regierung lobt Beschlüsse von Durban. Opposition kritisiert Finanzierung

Selten konnte man die Strapazen einer Konferenz so deutlich an ihren Akteuren ablesen wie auf der UN-Klimakonferenz in Durban (Südafrika). Dem sichtlich übermächtigen Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) war in den Morgenstunden des 11. Dezember seine Erleichterung anzumerken. „Das Paket von Durban ist ein großer, wegweisender Erfolg für den Klimaschutz“ sagte Röttgen kurz vor seiner Rückreise. Denn allen Unkenrufen zum Trotz hatte sich die Weltgemeinschaft in Durban nach zweiwöchigen harten Verhandlungen doch noch auf einen neuen Fahrplan für ein Klimaschutzabkommen geeinigt, das erstmals für alle Staaten gelten soll. Das Kyoto-Protokoll läuft 2012 aus.

Konflikten zu leiden. Für sie alle ist „Klimawandel eine Frage von Leben und Tod“, mahnte er. Gerade die neue strategische Partnerschaft zwischen den am wenigsten entwickelten Ländern, den Inselstaaten und der EU, habe „ein starkes moralisches Gewicht gehabt“, sagte Röttgen, und zum Verhandlungserfolg beigetragen. Die Tatsache, dass es in Zukunft ein globales Abkommen für alle geben solle, sei eine „fundamentale Neuordnung der Klimapolitik“. Als positiv bewertete er auch, dass der 2010 in Cancun (Mexiko) beschlossene Klimafonds 2012 arbeitsfähig werden solle. Deutschland habe sich als Sitz für den neuen Fonds beworben.



»Das ist kein großer Erfolg. Das ist nichts.«
Matthias Miersch (SPD)

Die Taten der Regierung reichen der Opposition in Sachen Klimaschutz bei weitem nicht aus. „Das ist kein großer Erfolg. Das ist nichts“, sagte Matthias Miersch (SPD). Er kritisierte, dass es für den Klimafonds gar kein Geld gebe und auch die EU-Energieeffizienzrichtlinie noch nicht umgesetzt sei. „Beenden Sie das Trauerspiel“, sagte er an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gewandt. Sein Fraktionskollege Frank Schwabe (SPD) forderte von der Bundesregierung, sich eindeutig zum 30-Prozent-Ziel der EU

zu bekennen, mit dem sich die EU verpflichten soll, bis 2020 insgesamt 30 Prozent weniger CO₂ (im Vergleich zu 1990) auszustoßen. Nach Meinung der SPD soll die Politik daher in Zukunft nicht mehr auf eine UN-Konferenz, sondern auf eine „Mehr-Wege-Strategie“ setzen, bei der vor allem mit den Ländern verhandelt werden soll, die beim Klimaschutz vorangehen wollen. Auch die Vorsitzende des Umweltausschusses, Eva Bulling-Schröter (Die Linke), die mit einer Delegation des Ausschusses nach Durban gereist war, stellte ernüchtert fest: „Der internationale Prozess ist gescheitert.“ Als Ergebnis aller UN-Klimaverhandlungen habe es eine Minderung des CO₂-Ausstoßes von einem Prozent gegeben, während die Emissionen insgesamt um 40 Prozent gestiegen sei, erklärte sie. Dennoch brauche man die Beratungen zum Klimaschutz, sagte die Umweltpolitikerin. Ganz grundsätzlich stellte sie fest: „Der Klimaschutz stößt an die Grenzen des Gesellschaftssystems“ und rief dazu auf, „vor der eigenen Haustüre zu kehren“ und den ungezügelter Konsum zu beenden.

Neuer Rechtsrahmen Ganz anders sieht Michael Kauch (FDP) in einem neuen Klimaabkommen auch neue Chancen. Die Konferenz habe die Erwartungen „klar übertraffen“, weil es gelungen sei, einen einheitlichen Rechtsrahmen zu vereinbaren. Dies sei auch wichtig, um zwischen den Industriestaaten Wettbewerbsgleichheit zu erlangen, sagte er. Gleichzeitig lobte Kauch den

neuen Klimafonds. Ein entscheidender Moment in der Verhandlungsführung sei gewesen, „dass wir es ernst meinen mit der Klimafinanzierung“, sagte Kauch. Genau das bestreitet aber die Opposition. SPD und Grüne hielten der Regierung „Rechenricks“ vor, mit denen kein zusätzliches Geld für den Klimaschutz zur Verfügung gestellt werde. „Vieles, was sie anbieten, steht nicht im Haushaltsansatz“, kritisierte Grünen-Fraktionschefin Renate Künast. Außerdem warf sie der Regierung vor, zu wenig Konkretes für den Klimaschutz zu tun: „Man

muß zu Hause auch liefern“, sagte sie und forderte von der Regierung ebenfalls die rasche Umsetzung der EU-Effizienzrichtlinie. Übereinstimmend kritisierten die Fraktionen hingegen die Ankündigung Kanadas in der vergangenen Woche, sich aus dem Kyoto-Protokoll zurückzuziehen. Röttgen bezeichnete den Schritt als „inakzeptables Verhalten“. Und sein Koalitionspartner Kauch erklärte, ein Verhalten wie das von Kanada müsse zukünftig an anderer Stelle bei internationalen Verhandlungen Konsequenzen haben. **Annette Sach**

STICHWORT

Gipfel von Durban – Ergebnisse der Weltklimakonferenz

> Fahrplan für neues Abkommen Erstmals sollen alle Staaten bis 2015 ein gemeinsames Abkommen vereinbaren, das 2020 in Kraft treten soll. Unklar ist aber bislang noch, welche rechtliche Verbindlichkeit ein solcher Vertrag haben wird.

> Verlängerung des Kyoto-Protokolls Das 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll, dem nicht alle Staaten angehören, soll bis 2017 oder bis 2020 verlängert werden. Eine Entscheidung soll bei der Klimakonferenz 2012 in Qatar fallen.

> Einrichtung eines Weltklimafonds Der 2010 beschlossene „Green Climate Fonds“ soll 2012 seine Arbeit aufnehmen. Er soll Entwicklungsländer beim Klimaschutz und bei der Anpassung an die Klimafolgen finanziell unterstützen.



Auf Leben und Tod Fünf Tage später und sichtlich erholt, lobte Röttgen am vergangenen Freitag bei einer Regierungserklärung nochmals die Ergebnisse des Gipfels – allerdings auch mit kritischen Untertönen: „Dieses Ergebnis ist wegweisend, substanzvoll, aber nicht ausreichend“, sagte der Umweltminister. „Auch mit dieser Konferenz hinken wir dem Problem hinterher“, erklärte er. Es gebe noch immer eine „erschreckende Lücke“. Die Menschen hätten mit mehr Dürre, weniger Wasser und unter zunehmenden

FÜNF FRAGEN ZUM: KLIMAGIPFEL IN DURBAN



HERMANN OTT, Mitglied des Umweltausschusses, Bündnis90/Die Grünen

»Man sieht daran aber auch, dass Klimapolitik Machtpolitik geworden ist«

Ist das Ergebnis der Konferenz von Durban ein Erfolg oder eine Enttäuschung? Es ist eine Enttäuschung, denn es sind nur Formelkompromisse erreicht worden, die dafür sorgen, dass der Prozess weitergeht. Notwendige Entscheidungen wie beispielsweise bei der Verlängerung des Kyoto-Protokolls die Minderungsanforderungen für CO₂ sind nicht getroffen worden.

Was können Sie als Parlamentarier auf einer Regierungskonferenz bewirken? Man hat mehrere Hüte auf: Zum einen kontrollieren wir im Sinne der Gewaltenteilung als Abgeordnete alle gemeinsam die Regierung. Zum anderen ist aber wichtig, dort auch Netzwerke mit Parlamentariern anderer Länder zu schmieden – für mich auch mit Grünen-Parlamentariern anderer Staaten oder des Europaparlaments.

Sie haben schon mehrere UN-Konferenzen als Wissenschaftler erlebt. Wie war die Stimmung in Durban? Nein, das glaube ich nicht. Die Reaktionen um den Globus herum waren eindeutig negativ. Es wird ein einzelner Schritt bleiben, muss aber

es herrschte eine schlechte Stimmung. Der Grundfehler war, dass man versucht hat, alle zur selben Zeit ins Boot zu bekommen. Daher brauchen wir für diese Konferenzen einen klaren Strategie-wechsel – eine Klimapolitik der unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Das heißt, dass man Bremser wie zum Beispiel die USA außen vor lässt. Wenn ich jemanden nicht ins Boot holen kann, kann ich ihm nicht helfen, aber ich muss trotzdem im See stehen. Ansonsten gibt man diesen Staaten eine Verhinderungsmacht, die ihnen nicht zusteht. Man sieht daran aber auch, dass Klimapolitik Machtpolitik geworden ist, wo um Zukunftschancen gekämpft wird.

Kanada hat kurz nach Ende der Konferenz sein Ausscheiden aus dem Kyoto-Protokoll angekündigt. Wird das eine Signalwirkung haben? Nein, das glaube ich nicht. Die Reaktionen um den Globus herum waren eindeutig negativ. Es wird ein einzelner Schritt bleiben, muss aber

trotdem auf das Schärfste verurteilt werden. Kanadas Verhalten ist nicht nur ein Schlag ins Gesicht des Klimaschutzes, sondern auch des Völkerrechts. Denn wer soll noch internationalen Verträgen trauen können, wenn ein Staat seinen Verpflichtungen einfach aus dem Weg gehen kann. Umso wichtiger ist es, dass Europa zusammensteht.

Wie kann der Klimaprozess vorangebracht werden? Wir müssen bis zur nächsten großen Konferenz 2015 die Allianz von Durban weiter schmieden. Dann halten wir es auch aus, wenn einige große Verschmutzer außen vor bleiben und sich nicht binden. Wir sollten 2012 eine Konferenz veranstalten, zu der wir nur die Vorreiter einladen. Ich glaube, dass wir dadurch den UN-Prozess stärken. Und wir müssen den Energiewechsel in Deutschland und in der EU vorantreiben. An unseren Taten wird man uns erkennen. Dann ist mir nicht bange.

Die Fragen stellte Annette Sach.

Neue Runde beim Bund-Länder-Streit

CCS-TECHNOLOGIE Vermittlungsausschuss vertagt Beratungen zu CO₂-Speichergesetz

„Die Situation ist verfahren“, kritisierte der SPD-Umweltpolitiker Matthias Miersch. „Die Lage ist schwierig“, sagte auch Thomas Bareiß (CDU). Die Verhandlungsstrategie im Bundesrat sei „unverständlich und unfair“, ärgerte sich der energiepolitische Koordinator der Union. Weiter reichte die Übereinstimmung der beiden Bundestagsabgeordneten beim Konflikt um die unterirdische Lagerung von Kohlendioxid, kurz CCS genannt, indes nicht. Der Bundesrat hat am vergangenen Mittwoch im Vermittlungsausschuss erneut eine Entscheidung über das Gesetz zur unterirdischen Lagerung von Kohlendioxid vertagt. Bei CCS (Carbon Capture Storage) geht es um die Abscheidung des bei der Kohleverbrennung in Kraftwerken und Industrie anfallenden Kohlendioxids, das dann in verflüssigter Form unterirdisch verpresst wird. Klimapolitisch setzt die EU große Hoffnungen auf dieses Modell und hat den Mitgliedstaaten auferlegt, zur großtechnischen CCS-Erforschung einen Rechtsrahmen zu schaffen. Da Berlin dieser Verpflichtung nicht nachkommt, hat Brüssel jetzt ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet.

Bundesländer uneins Zwar hat der Bundestag ein CCS-Gesetz verabschiedet, das jedoch im Bundesrat keine Mehrheit fand. Unter den Ländern herrscht große Uneinigkeit: Manche fordern, die Haftung für Betreiber von Kohlendioxidsspeichern zu verschärfen. Vor allem auf Drängen von Niedersachsen und Schleswig-Holstein sollen Länder unter bestimmten Voraussetzungen

Lagerstätten untersagen können. Den einen geht dieses Vetorecht nicht weit genug. Brandenburg aber, das CCS befürwortet, wehrt sich dagegen, allein die CCS-Lasten zu tragen. Konkret geht es um ein 300-Megawatt-Kohlekraftwerk in Jänschwalde (Brandenburg), wo der Energiekonzern Vattenfall zu Forschungszwecken 1,5 Milliarden Euro investieren wollte und von der EU dazu 180 Millionen Fördergelder bekommen sollte. Genervt vom politischen Hickhack hat der Konzern dieses Projekt jetzt gestrichen. Miersch erläuterte nun, er wolle die Dauerblockade im Vermittlungsausschuss von

Parlament und Länderkammer sowie den Rückzug Vattenfalls von dem Projekt nutzen, „um die Debatte über diese Strategie neu zu starten“. Bareiß hingegen pochte darauf, endlich eine Lösung in diesem Streit zu finden. Er verlangte vom Bundesrat, doch noch den Weg frei zu machen, denn „schließlich sind auch andere Forschungsprojekte möglich“. Miersch indes sieht nun die Chance, bei einem ganz neuen Gesetz. CCS bei Kohlekraftwerken zu untersagen, sei ökologisch ein Irrweg, sagte er. Denn Sinn habe CCS nur in Industriezweigen wie der Zement- oder Stahlbranche, wo viel Kohlendioxid frei werde. **Karl-Otto Sattler**



Zukunft ungewiss: Die CCS-Pilotanlage im Kraftwerk Schwarze Pumpe (Brandenburg)

KURZ REZENSIIERT



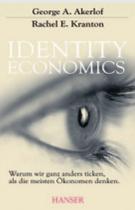
Josef Nye: **Macht im 21. Jahrhundert. Politische Strategien für ein neues Zeitalter.**

Siedler Verlag, München 2011; 384 S., 24,99 €

Vor 20 Jahren prägte der damals noch unbekannt Politikwissenschaftler Josef Nye zum ersten Mal in einer Studie die Strategie der „soft power“ als dritter Macht neben der Wirtschaftskraft und der Militärmacht eines Staates. Den USA riet er, sich nach dem Kalten Krieg auf ihre demokratische Werte- und Kulturpolitik sowie auf die Institutionalisierung der Außenpolitik zu konzentrieren. Der inzwischen weltbekannte Autor legte jetzt eine weitere Studie zum Thema „Macht“ vor.

Nye verweist auf das Buch „Der Aufstieg der Anderen“ des US-Journalisten Fareed Zakaria. Darin sucht er nach Antworten auf die Frage, wie sich die USA gegenüber den aufsteigenden Wirtschaftsnationen, allen voran der Volksrepublik China, positionieren soll. Die Globalisierung und die Informationstechnologien hätten die Beteiligungschancen der Anderen, also der aufsteigenden Nationen, an der globalen Kommunikation erheblich verbessert. Deshalb sei das Übergewicht der USA nicht mehr so erdrückend, meint Nye. Dennoch blickten die Vereinigten Staaten nicht ihrem Niedergang entgegen. Die erste Hälfte des 21. Jahrhunderts werde sicher keine „postamerikanische Welt“ sein, die USA müssten sich nur an das neue Zeitalter anpassen und die Strategie der „smart power“ einsetzen. In deren Mittelpunkt stünden Bündnisse, Institutionen und Netzwerke. Um das neue Jahrhundert „erfolgreich zu bestehen“, hätten die USA wieder zu lernen, „eine intelligente Macht zu sein“ und entsprechend zu agieren.

Josef Nye ist kein Träumer: Die Realpolitik kennt er nicht nur vom universitären Elfenbeinturm aus. Der Harvard-Professor und Direktor des International Institute for Strategic Studies arbeitet viele Jahre im Außenministerium und analysierte als Vorsitzender des National Intelligence Council die Nachrichtenlage, die er dem Präsidenten persönlich vortrug. Später war er stellvertretender Verteidigungsminister unter Präsident Bill Clinton. Josef Nyes neues Buch ist ein Muss für alle, die die globale Politik besser verstehen wollen. manu



George A. Akerlof, Rachel E. Kranton: **Identity Economics. Warum wir ganz anders ticken, als die meisten Ökonomen denken.**

Carl Hanser Verlag, München 2011; 192 S., 19,90 €

Von 69 Wirtschafts-Nobelpreisträgern stammen 48 aus den USA. So war es auch keine allzu große Überraschung, als auch der diesjährige Preis an die US-Forscher Thomas Sargent und Christopher Sims für ihre bahnbrechende empirische Forschung zur Ursache und Wirkung in der „Makroökonomie“ ging. Die beiden Wissenschaftler hatten die Wechselwirkungen zwischen Wirtschaft und Politik analysiert, insbesondere die Folgen steigender Ölpreise auf die Inflation und die Auswirkungen höherer Zinsen auf die Wirtschaftsleistung. Auf die Frage, was er mit dem Preisgeld mache, antwortete Sims prompt: „Ich werde es eine Weile in bar behalten und dabei über die Verwendung nachdenken“. George Akerlof, der im Jahr 2001 den Wirtschaftsnobelpreis erhalten hatte, und seine Kollegin Kranton veröffentlichten jetzt ihre Studie „Identity Economics“ zu diesem spezifisch menschlichen Verhalten.

Mit Hilfe ihrer Identitätsökonomie analysieren die beiden Wissenschaftler Handlungen, die als selbstzerstörerisch gelten können oder zumindest „ökonomisch kaum Sinn zu ergeben scheinen“. Als Beispiele führen sie den Jahresumsatz der kosmetischen Chirurgie in den USA, der sich auf 13 Milliarden Dollar belaufe, und Privatspenden an. So hätten die Amerikaner für wohltätige Zwecke im Jahre 2008 rund 300 Milliarden Dollar gespendet.

Die Autoren entwickelten ihre Identitätsökonomie, um die menschliches Handeln am Arbeitsplatz, im Schulalltag und zu Hause besser erforschen zu können. Akerlof und Kranton sind davon überzeugt, dass sich ihre Theorie auch auf demokratische Wahlen übertragen lassen: Wähler stimmten eben nicht nur für den Kandidaten, der ihre wirtschaftlichen Interessen am besten vertritt. Wichtiger seien seine Persönlichkeit, seine Normen und Ideale. Politiker, die die Ideale und Normen der Wähler berücksichtigen, würden selbst dann gewählt, wenn ihre Politik nicht den wirtschaftlichen Interessen der Wähler entsprechen würde, betonen die beiden Autoren in ihrem interessanten und aktuellen Buch. manu

Das Schwarzbrot gehört dazu, das Bier, die Volksfeste und natürlich auch die Märchen: Die Liste des „immateriellen Kulturguts“ der Deutschen ist lang. Allerdings ist sie noch nicht offiziell. Anders als inzwischen 139 andere Staaten ist die Bundesrepublik bislang noch nicht dem Unesco-Übereinkommen zur Bewahrung des immateriellen Kulturerbes beigetreten. Das Übereinkommen definiert „Praktiken, Darbietungen, Ausdrucksformen, Kenntnisse und Fähigkeiten – sowie die damit verbundenen Instrumente, Objekte, Artefakte und Kulturräume –, die Gemeinschaften, Gruppen und gegebenenfalls Individuen als Bestandteile ihres Kulturerbes ansehen“. All dies soll bewahrt und geschützt werden; so sieht es das Übereinkommen vor, das die Generalkonferenz der Unesco im Oktober 2003 in Paris beschlossen hat und das nach der Ratifizierung durch 30 Unesco-Mitgliedstaaten seit dem 20. April 2006 in Kraft ist. Und geht es nach den Abgeordneten des Bundestags, soll Deutschland das Übereinkommen besser früher als später ratifizieren. Das wurde in einer Debatte am vergangenen Donnerstag deutlich.

Ratifizierung vorantreiben Trotz des gemeinsamen Ziels konnten die Fraktionen sich nicht auf einen gemeinsamen Weg verständigen: Während der Bundestag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen einem Antrag von Union und FDP (17/6314) zustimmte, in dem gefordert wird, die Ratifizierung der Konvention voranzutreiben, verweigerte er einem Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen (17/6301) die Zustimmung, der dafür konkrete Fristen und Arbeitsschritte definiert. Damit folgten die Parlamentarier einer Beschlussempfehlung des Kulturausschusses (17/8121).

In der grundsätzlichen Begeisterung für das immaterielle Kulturerbe sind sich die Abgeordneten einig. Warum, so fragte etwa der kulturpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Wolfgang Börsen, sollten die „einzigartigen deutschen Brotsorten“ nicht wie das kroatische Ingwerbrot Eingang in die Liste des immateriellen Kulturerbes der Menschheit finden? Deutschland tue sich schwer damit, sich einem „umfassenden Kulturbegriff“ zu öffnen, wie er weltweit praktiziert werde. Das immaterielle Kulturerbe umfasse nicht die „in Stein gemeißelten großartigen Zeugnisse der Vergangenheit“, sondern die „Kulturmauerblümchen“, die so wichtig seien für die kulturelle Identität eines Landes. Auch der kulturpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Reiner Deutschmann, betonte, das Schutzsiegel der Unesco sei ein „Gütesiegel ersten Ranges“. Beispiele wie das der Sorben in Sachsen und Brandenburg zeigten, wie wichtig – und schwer – es sei, die kulturelle Identität durch Traditionspflege zu erhalten.

»Unverzügliche Umsetzung« Davon ist auch die Opposition überzeugt – sie allerdings wirft Union und FDP vor, in ihrem Antrag viel zu schwammig zu sein. Sie fragte sich, sagte Lukrezia Jochimsen, kulturpolitische Sprecherin der Linken, wie lange die Koalition noch mit „viel Wortgeschwall“ fordern werde, die Ratifizierung voranzutreiben, ohne Taten folgen zu lassen. Die Zustimmung ihrer Fraktion zu dem Vorhaben gebe es bereits seit fünf Jahren, auch die Fraktionen von SPD und Grünen hätten gezeigt, dass sie das gleiche Ziel verfolgten und in ihrem gemeinsamen Antrag bereits konkrete Schritte genannt. Tatsächlich drücken SPD und Bündnis 90/Die Grünen aufs Tempo. Sie wollen, dass



Bald auch Teil des immateriellen Kulturerbes der Deutschen? Der bayrische Schuhplattler

Brot und Märchen

KULTUR Opposition fordert konkrete Schritte zur Ratifizierung des Unesco-Übereinkommens zum immateriellen Kulturerbe

die Bundesrepublik das Übereinkommen bis Ende 2012 ratifiziert und sich in dem dafür nötigen Abstimmungsprozess mit den Ländern und Kommunen über eine „qualitätsichernde Methodik“ und ein bundesweit einheitliches Verfahren und klare Entscheidungskriterien für eine „nationale Inventarliste“ verständigt. Wenn man wirklich wolle, dass nicht nur über die Ratifizierung der Konvention geredet werde, sondern auch für eine „unverzügliche Umsetzung“ sei, müsse man dem rot-grünen Antrag zustimmen, betonte deshalb die SPD-Kulturpolitikerin Ulla Schmidt. Die einzigartigen regionalen Praktiken und Traditionen, die gesamte „föderale Vielfalt“ sei Teil einer „lebendigen Alltagskultur“.

Für die Grünen stellte ihre kulturpolitische Sprecherin Agnes Krumwiede fest, dabei dürfe es keine „ideologisch und politisch motivierte Ausgrenzungstendenzen geben“ – es sei vielmehr nötig, auch die Traditionen von Minderheiten zu bewahren. Daher sei es sinnvoll, über das Aufnahmekriterium der „Schutzbedürftigkeit“ nachzudenken.

Eine bunte Liste Erhaltenswertes Die bisherige Liste des immateriellen Kulturerbes ist bunt: Aufgenommen wurden zum Beispiel die Akupunktur aus China, die mediterrane Küche Spaniens, Griechenlands, Italiens und Marokkos, der polyphone Gesang aus Georgien, die japanische und chinesische Seidenproduktion und der argentinische Tango. Für die Unesco ist klar: „Kulturelle Vielfalt spiegelt sich nicht nur in prachtvollen Palästen, Kathedralen und musealen Stadtensembles, sondern auch in lebendigen Ausdrucksformen“ – und weil diese Kulturformen durch Globalisierungseinflüsse zunehmend verloren gingen, müsse man sie erhalten. Sie seien die „Triebfeder kultureller Vielfalt und Garant der nachhaltigen Entwicklung“.

Geht es nach den Schaustellern des Münchner Oktoberfests, darf auch dieser Liste künftig eines keinesfalls fehlen: die Wiesn. Ob dann auch deren Motto „Oans, zwo, guffal!“ als bewahrenswertes Kulturgut niedergeschrieben wird, muss vermutlich noch diskutiert werden. Susanne Kailitz

Neue Form am alten Ort

BERLINER STADTSCHLOSS Projektleiter präsentiert »Humboldt-Forum« im Kulturausschuss

„Wir haben den Anspruch, einen neuen Typus von Museum zu erfinden“, beschreibt der Schweizer Projektleiter Martin Heller seine Vision und die Arbeiten am Berliner »Humboldt-Forum“. Ziel sei es, „einen zeitgenössisch ausgerichteten Kulturbetrieb“ in direkter Nachbarschaft zu den zahlreichen nahegelegenen Kulturgütern und Sehenswürdigkeiten Berlins zu schaffen. Der Schweizer hatte vergangenen Mittwoch im Berliner Stadtteil Mitte wieder aufgebaut werden. Das historische Schloss, dessen erste Bauphase 1443 begonnen hatte, erhielt seine finale Gestalt erst 1854, allerdings nur für kurze Zeit. Nach der Novemberrevolution von 1918 wurde das Schloss zunächst zu einem Museum transformiert. Anschließend nutzten es dann zahlreiche andere Mieter, unter ihnen die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und die Notgemeinschaft für deutsche Wissenschaft für ihre Zwecke. Nachdem es im Zweiten Weltkrieg sehr stark beschädigt wurde, entschied das SED-Regime 1950, das Stadtschloss zu sprengen.

Bewegte Geschichte Hinter den rekonstruierten Außenfassaden soll dann das „Humboldt-Forum“ entstehen. Das ehemalige Stadtschloss soll am Original-Standort im Berliner Stadtteil Mitte wieder aufgebaut werden. Das historische Schloss, dessen erste Bauphase 1443 begonnen hatte, erhielt seine finale Gestalt erst 1854, allerdings nur für kurze Zeit. Nach der Novemberrevolution von 1918 wurde das Schloss zunächst zu einem Museum transformiert. Anschließend nutzten es dann zahlreiche andere Mieter, unter ihnen die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und die Notgemeinschaft für deutsche Wissenschaft für ihre Zwecke. Nachdem es im Zweiten Weltkrieg sehr stark beschädigt wurde, entschied das SED-Regime 1950, das Stadtschloss zu sprengen.



Die Humboldt-Box dient als Infozentrum.

Von 1973 bis 1976 wurde an gleicher Stelle der Palast der Republik errichtet, der wiederum von 2006 bis 2008 abgerissen wurde.

Zukunft gestalten Nun soll das Stadtschloss bis 2019 neu errichtet werden, die Grundsteinlegung wird im Sommer 2013 erfolgen. Projektleiter Martin Heller berichtete im Kulturausschuss über die Pläne der Organisatoren, Alt und Neu zu verknüpfen. ver

Die historische Fassade soll demnach im Innern auf zeitgenössische Weise ein Forum für Kultur, Kunst und auch Wissenschaft bieten.

Herzstück Agora Bauherr des Projekts sei die „Stiftung Preußischer Schlösser“, informierte Heller. Die Gestaltung der Innenräume werde sich die Stiftung mit den Zentral- und Landesbibliotheken Berlins sowie der Humboldt-Universität teilen. Herzstück des neuen Schlosses solle die sogenannte Agora werden, ein Schauplatz und Veranstaltungsbereich im Erdgeschoss mit Ausstellungsflächen. Die Agora solle in Anlehnung an das gleichnamige antike Pendant, nämlich die Markt- und Versammlungsplätze der alten Griechen, gestaltet werden. Abschließend führte der 59-jährige Projektleiter aus, dass sich eine zweisprachige Internetseite des Projekts momentan im Aufbau befände. „Beim Wunsch, regelmäßig über den Stand des Projekts informiert zu werden, nennen Sie bei mir offene Türen ein“, sagte er in der anschließenden kurzen Gesprächsrunde mit den Mitgliedern des Ausschusses. Die Frage nach den Zielgruppen beziehungsweise der Zielgruppe des „Humboldt-Forums“ wollte er allerdings noch nicht beantworten. Seinen Angaben zufolge werden sich die Projektverantwortlichen selbst diese Frage erst in den kommenden Jahren stellen. ver

KURZ NOTIERT

Mehr Datenschutz bei Facebook und Co gefordert

Die Grünen-Fraktion dringt auf stärkeren Daten- und Verbraucherschutz in sozialen Netzwerken im Internet. In einem Antrag (17/8161), mit dem sich der Bundestag am Freitag erstmals befasste, zeigt sich die Fraktion „besorgt über den Umgang mit persönlichen Daten und Informationen, die durch soziale Netzwerke im Internet allgemein zugänglich werden und oftmals besonders sensibel sind“. Von Datenverarbeitungen in sozialen Netzwerken könnten „erhebliche Gefährdungen des Persönlichkeitsrechts ausgehen“. Die Bundesregierung soll daher nach dem Willen der Fraktion unter anderem Regelungen schaffen, „die besondere Schutzvorkehrungen der Persönlichkeitsrechte Minderjähriger gewährleisten“. sto

Grüne: Prekäre Situation von Musiklehrern beenden

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert die Bundesländer auf, sich der prekären Situation von Lehrbeauftragten an Musikschulen und Hochschulen für Musik und Tanz anzunehmen. In ihrem Antrag (17/7825) spricht sie sich für die Bildung einer Arbeitsgruppe im Kompetenzbereich der Kultusministerkonferenz aus, die Vorschläge für Änderungen in den Landeshochschulgesetzen oder für Vereinbarungen zwischen den Musikhochschulen erarbeiten soll. Unter anderem müssten Honoraruntergrenzen und andere Vergütungsmodelle entwickelt werden, die die Situation der Lehrbeauftragten nachhaltig verbessern. Der Bundestag überwiegt den Antrag am vergangenen Donnerstag ohne Aussprache zur Beratung in die Ausschüsse. aw

Schwierige Finanzierung

INTERNET-ENQUETE Bei den Finanzierungsmöglichkeiten für Start-Up-Unternehmen gibt es in Deutschland Nachholbedarf. Zu dieser Einschätzung gelangten mehrere Experten während einer Anhörung der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ in der vergangenen Woche. Für eine „nachhaltige Förderung von risikokapitalfinanzierten Finanzierungsmodellen“ sprach sich Heiko Hebig von der Spiegelnet GmbH aus. Mit den in Deutschland zumeist üblichen Bankkrediten sei Start-Up-Unternehmern oftmals nicht geholfen, da deren Geschäftsmodelle für derartige Kredite nicht geeignet seien, betonte Tom Kirschbaum, Mitgründer der Penelope Ventures GmbH. Durch Venture-Capital-Gesellschaften vergebene Risikokapital dürfe man daher „nicht verteuern“, forderte er. In Frankreich habe man positive Erfahrungen mit Steuererleichterungen für Wohlhabende, die in Wagniskapitalmodelle investieren, gemacht, sagte Frederic Hanika von der Software AG. Dadurch hätten sich mehr Wagniskapitalfonds gegründet, wodurch die Finanzierung von Start-Up-Unternehmen einfacher geworden sei. Schwieriger als ein Start-Up-Unternehmen zu gründen, so Hanika weiter, sei jedoch der Schritt zu einem „großen Unternehmen“. Dafür bedürfe es eines hohen Vermarktungsaufwandes, betonte er. Dies sei oft teurer als die eigentliche Entwicklung. hau

Anzeige

Klima vs. Sicherheit?



Klimawandel und Konflikte

Versichertheitlichung versus präventive Friedenspolitik? Herausgegeben von Michael Brzoska | Martin Kalinowski | Volker Matthies | Berthold Meyer 2011, 297 S., brosch., 29,- € ISBN 978-3-8329-6400-9 (AFK-Friedensschriften, Bd. 37)

Weitere Informationen: www.nomos-shop.de/13388



AUFGEKEHRT

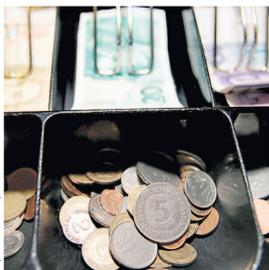
Austrias Töchter rebellieren

Müssen Sie auch manchmal innerlich schmunzeln angesichts all der gleichstellungspolitisch korrekten Sprachverrenkungen? „Bürgerinnen und Bürger“ ist ja okay, aber wer sagt schon „PfarrerInnen“, „Azubinen und Azubis“ oder gar „Hündinnen und Hunde“? Auf Neuhochdeutsch „gedenderte“ Sprachschöpfungen sind auch auf parlamentarischer Ebene zu finden. Besondere Verdienste um geschlechtergerechte Formulierungen hat sich jetzt Österreichs Parlament erworben: Mit klarer Mehrheit beschloss es, die Nationalhymne so zu ändern, dass künftig Austrias Männlein wie Weiblein gleichermaßen besungen werden können: Statt „Heimat bist du großer Söhne“ heißt es nun „Heimat großer Töchter und Söhne“, und statt „in Brüderchören“ sollen die Österreicher in Zukunft in „Jubelchören“ ihrem „Vaterland“ (sic!) Treue schwören. Kommt jetzt auch eine Debatte über die deutsche Nationalhymne? Schließlich sind wir dort aufgefordert, „alle“ nach „Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland“ zu streben, und zwar „brüderlich mit Herz und Hand“. Das klingt schön, ist aber unlogisch: Entweder streben wir „alle“, also Mütter, Schwestern, Töchter inklusive, oder nix schwesterlich, sondern nur brüderlich unter Ausschluss der weiblichen Bevölkerung. Gut übrigens, dass als Europahymne nur die Melodie aus Beethovens 9. Sinfonie verwendet wird ohne Schillers „Ode an die Freude“ – heißt es doch in dem von Beethoven vertonten Text: „Alle Menschen werden Brüder“. Das wäre sonst womöglich ein Fall für das Europäische Parlament. A propos Parlament und Demokratie: Da entscheidet ja die Mehrheit – und die stellt in Österreich, Deutschland und der EU das weibliche Geschlecht. Seien wir Männer also dankbar, dass uns die Österreicherinnen nicht ganz aus der Hymne gestrichen haben. *Helmut Stoltenberg*

VOR 10 JAHREN ...

Die letzte Mark

31.12.2001: Euro in den Startlöchern Nach 53 Jahren war Schluss. Das Symbol des Wirtschaftswunders, die harte Währung Deutschlands – nicht mehr wert als rund 51 Cent. Viele wurden sentimental am 31. Dezember 2001, dem Tag, an dem das letzte Stündlein der D-Mark schlug. Das Ende war von langer Hand geplant. Bereits am 23. April 1998 stimmte der Bundestag nach siebenstündiger Debatte für den Euro als neue Gemeinschaftswährung. 1999 wurde das Aus für die D-Mark sozusagen greifbar: Am 17. Dezember



Silvester 2001 war das Ende der D-Mark als alleiniges Zahlungsmittel.

wurden Münzhaushaltsmischungen – neudeutsch „Starter-Kits“ – ausgegeben: Plastikröhren mit Euro-Münzen im Wert von 10,23 Euro, Kaufpreis 20 D-Mark. Gesetzlich wurde das Ende der Mark schon im Vorwort beschlossen: Das D-Mark-Beendigungsgesetz, das der deutschen Währung ihre Eigenschaft als alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel zum 31. Dezember 2001 nehmen sollte, passierte das Parlament. Die Mark teilte an diesem Silvestertag ihr Schicksal mit elf weiteren europäischen Landeswährungen, die dem Euro weichen mussten. Doch verschwand die D-Mark nicht über Nacht aus den Geldbeuteln. Zwar folgten viele Deutsche der Aufforderung „Her mit den Schlafmünzen“ einer gleichnamigen Medienkampagne, die Mitte 2001 startete, und brachten bis Jahresende Münzen im Wert von 11,6 Milliarden D-Mark zu ihren Banken. Ihre letzte Mark konnten die Bürger auch während einer zweimonatigen Übergangszeit, in der Barzahlungen mit Euro und D-Mark möglich waren, bis 28. Februar 2002 loswerden. Wer übrigens noch „Schlafmünzen“ hat: Die Filialen der Deutschen Bundesbank tauschen D-Mark-Bestände noch immer in Euro um. *Benjamin Stahl*

DAS GROSSE WEIHNACHTSRÄTSEL



Weihnachtsimpressionen aus dem Bundestag

Ein frohes Fest und einen guten Rutsch ins neue Jahr!

Eine Reise nach Berlin mit einem Besuch des Bundestages – das ist der Hauptpreis des diesjährigen Weihnachtsrätsels von „Das Parlament“. Und so können Sie gewinnen: Die vorliegende Ausgabe von „Das Parlament“ lesen, die folgenden Fragen richtig beantworten und die Lösungen an die Redaktion schicken. Wenn es mit dem Hauptpreis nicht klappt, werden unter den richtigen Einsendungen übrigens noch neun Sachpreise verlost. Also: Viel Spaß beim Lesen, Rätseln und Gewinnen!

Unsere Fragen

1. Wie oft dürfen Tankstellen in Österreich die Benzinpreise an einem Tag erhöhen?
2. Bis wann möchte die SPD die Rente mit 67 aussetzen?
3. Um wie viel Prozent soll bis 2020 im Vergleich zu 2008 der Schienenlärm reduziert werden?
4. Welche Spitzenbeamten des Bundes werden künftig im Fall einer Versetzung in den einstweiligen Ruhestand besser gestellt als bisher?
5. Wie hoch ist die Gesamtzahl der ab Februar 2012 in Afghanistan eingesetzten Soldaten?
6. In welchem Alter gehen in der EU Frauen im Durchschnitt in Rente?
7. Welches Land hat kürzlich sein Ausscheiden aus dem Kyoto-Protokoll verkündet?
8. Wie hoch war der Frauenanteil bei universitären Abschlüssen im Jahr 2009?
9. Auf wie viel Prozent möchte die Fraktion Die Linke die Umlage der Modernisierungskosten auf die Miete begrenzen?
10. Welche Folge hat das Veto Großbritanniens beim Brüsseler Gipfel vom 9. Dezember für die „Fiskalunion“?
11. Seit wann ist das Unesco-Übereinkommen zur Bewahrung des immateriellen Kulturerbes in Kraft?
12. Wann feiert die serbisch-orthodoxe Kirche Weihnachten?

Ihre Antworten
Schicken Sie uns Ihre Lösungen per Post oder E-Mail an:
Redaktion „Das Parlament“
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de
Stichwort: Weihnachtsrätsel

Einsendeschluss ist am 14. Januar 2012. Barauszahlungen sind nicht möglich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

LESERPOST

Zur Ausgabe 49/50 vom 5. Dezember 2011, „Mitten unter uns“, Seite 9

Der Artikel zum Antisemitismus in Deutschland versucht, mehrere Perspektiven/Dimensionen zu beleuchten. Sie widmen sich sehr dem Rechts- und Linksextremismus. Leider blendet der Artikel aus, dass eine nicht unbeträchtliche Zahl von Menschen mit Migrationshintergrund – insbesondere aus dem arabischen Raum – einen regelrechten Hass auf Israel und alles Jüdische haben und diesen auch in Deutschland ausleben. Sprechen Sie dieses Thema einmal in einer arabischstämmigen Jugendgruppe in Deutschland an...

Helmar Breuker, Einbeck

gemeinsam in einer Regelschule unterrichtet werden, um die gleichberechtigte Teilhabe und die Entfaltung des individuellen Potenzials in der Gemeinschaft zu ermöglichen? Obwohl dazu verpflichtet, haben die meisten Bundesländer bisher nicht die Voraussetzungen für einen gemeinsamen Unterricht geschaffen. In einer reichen Gesellschaft wie der deutschen sollte es wohl möglich sein, Nichtbehinderte und behinderte Kinder gemeinsam in Integrationsklassen zu sozialisieren und sie somit frühzeitig die soziale Kompetenz üben zu lassen. Es darf keine Eingrenzung – Verbleib in einem isolierten Umfeld – und keine Ausgrenzung geben. Nach dem Plan der Bundesregierung wird die Idee der Inklusion aber erst in den kommenden zehn Jahren im gesellschaftlichen Alltag verankert werden. Wie sagte es der Abgeordnete Heinz Golombek (FDP) zum Schluss seiner Rede so treffend: „Wir benötigen die innere Einstellung, dass Vielfalt zu unserer Gesellschaft gehört und jeden bereichert.“ Nur davon sind wir noch weit entfernt.

Hans-Dieter Seul, Berlin

Zur Ausgabe 49/50 vom 5. Dezember 2011, „Trauer um Christa Wolf“, Seite 13

Anlässlich des Todes von Christa Wolf fand Bundestagspräsident Norbert Lammert die richtigen Worte. Ich danke ihm! Christa

Wolf war eine große Schriftstellerin. Wir alle sollten unser Haupt vor ihr verneigen. Wenn jemand in einigen Jahrzehnten wissen will, wie die deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert mit all ihren Irrungen und Wirrungen verlief, wie sie passierte – gerade für die kleinen Leute (mehr im Leiden als im Gewinn) –, kann nach Christa Wolfs Büchern greifen und wird es erfahren. Auch ihre eigene, ehrliche Auseinandersetzung mit den beiden deutschen Diktaturen bleibt aufschlussreich. Für uns damals junge Leser im Westen waren Christa Wolfs Werke zudem Schlüssel zum Verständnis, wie die DDR funktionierte – oder mit den Jahren nicht mehr funktionierte. Christa Wolfs Tod ist ein unermesslicher Verlust für die deutsche Literatur.

Peter W. Hendl, Dachau

SEITENBLICKE



Zur Zeitung „Das Parlament“ allgemein

Seit fast drei Jahren bin ich Leserin von „Das Parlament“ und möchte mich ganz herzlich für die lesenswerten Beiträge und Beilagen bedanken. Als Studentin der Politikwissenschaft habe ich ein großes Interesse daran, Objektivität und Transparenz unseres nationalen Parlamentsgeschehens nachzulesen. Der Schreibstil und das Layout der Zeitung gefallen mir außerordentlich gut und machen jede Ausgabe zu einem interessanten und informativen Lesereignis.

Katharina Kohlhaas, Mannheim

PANNENMELDER

Das Foto von Jens Spahn auf Seite 2 der vorigen Ausgabe stammt nicht von der dpa. Vielmehr hat das Porträt des gesundheitspolitischen Sprechers der Unions-Fraktion der Fotograf Stephan Baumann gemacht.

PERSONALIA

> Herbert Ehrenberg
Bundestagsabgeordneter 1972-1990, SPD

Am 21. Dezember vollendet Herbert Ehrenberg sein 85. Lebensjahr. Der aus Collnischen im ostpreussischen Kreis Goldap gebürtige promovierte Volkswirt war zunächst Angestellter eines Industrieunternehmens, arbeitete danach als Dozent und war schließlich beim Hauptvorstand der IG Bau, Steine, Erden tätig. 1955 trat er der SPD bei, war von 1973 bis 1991 Mitglied des SPD-Berliner Bezirksvorstandes Weser-Ems und gehörte von 1975 bis 1984 dem SPD-Parteivorstand an. 1968 wurde Ehrenberg ins Bundeswirtschaftsministerium berufen, ehe er 1971 dort das Amt des Staatssekretärs übernahm. Von 1976 bis 1982 amtierte Ehrenberg, stets Direktkandidat des Wahlkreises Wilhelmshaven, als Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

> Klaus-Jürgen Hedrich
Bundestagsabgeordneter 1983-2005, CDU

Am 21. Dezember wird Klaus-Jürgen Hedrich 70 Jahre alt. Der Gymnasiallehrer aus Uelzen trat 1961 der CDU bei, war von 1978 bis 1990 Mitglied des Landesvorstandes der CDU Niedersachsen und gehörte von 1972 bis 2006 dem Kreistag in Uelzen an. Von 1974 bis 1983 saß er im niedersächsischen Landtag. Im Bundestag arbeitete Hedrich überwiegend im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit. Von 1994 bis 1998 war er Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

> Hans Eichel
Bundestagsabgeordneter 2002-2009, SPD

Am 24. Dezember vollendet Hans Eichel sein 70. Lebensjahr. Der aus Kassel gebürtige Philologe trat 1964 der SPD bei, war von 1969 bis 1972 stellvertretender Juso-Bundesvorsitzender und stand von 1989 bis 2001 an der Spitze der hessischen SPD. Von 1991 bis 2005 gehörte er dem Bundesvorstand sowie von 1999 bis 2005 dem SPD-Parteipräsidium an. Eichel amtierte von 1975 bis 1991 als Oberbürgermeister seiner Geburtsstadt. Von 1991 bis 1999 war er hessischer Ministerpräsident. Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) berief ihn im April 1999 zum Nachfolger des zurückgetretenen Bundesfinanzministers Oskar Lafontaine (damals SPD). Das Amt behielt er bis 2005. Eichel engagierte sich im Bundestag zuletzt im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union.

> Karl-Walter Fritz
Bundestagsabgeordneter 1965-1969, SPD

Karl-Walter Fritz wird am 27. Dezember 80 Jahre alt. Der aus Wiesbaden gebürtige Versicherungskaufmann wurde 1953 SPD-Mitglied, war von 1962 bis 1969 Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Wiesbaden und von 1960 bis 1964 Stadtverordneter. Fritz, Direktkandidat des Wahlkreises Wiesbaden, arbeitete im Bundestag im Finanzausschuss mit.

> Albert Probst
Bundestagsabgeordneter 1969-1998, CSU

Am 29. Dezember wird Albert Probst 80 Jahre alt. Der aus Garching bei München stammende promovierte Agrarwissenschaftler, seit 1949 CSU-Mitglied und seit 1960 vielfältig kommunalpolitisch aktiv, amtierte von 1982 bis 1991 als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Forschung und Technologie. Probst, von 1969 bis 1976 direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises München-Land beziehungsweise danach von 1976 bis 1998 des Wahlkreises Freising, gehörte von 1991 bis 1999 auch der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und der Westeuropäischen Union an. Im Bundestag engagierte er sich vorwiegend im Ausschuss für Bildung und Wissenschaft beziehungsweise für Forschung und Technologie, an deren Spitze er von 1972 bis 1982 stand. *bmh*

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wider. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 2. Januar.

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 16.-20.01.2011
Jahreswirtschaftsbericht 2012 (Do),
„Internet“-Enquete-Kommission (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de:
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream